

DIE NEUE ORDNUNG

begründet von Laurentius Siemer OP
und Eberhard Welty OP

Nr. 5/2001 Oktober 55. Jahrgang

Ethik der Medien

Editorial

Wolfgang Ockenfels, Die Satanischen Verse
des 11. September 322

Clemens Breuer, Massenmedien als Heraus-
forderung der Christlichen Sozialethik 324

Wolfgang Bergsdorf, Ethik in der Informati-
onsgesellschaft 341

Fides Kraus-Brewer, Was ist los mit Presse
und Fernsehen? 353

Fritz Pleitgen, Kirche und Rundfunk – ein
konfliktfreies Verhältnis? 364

Bericht und Gespräch

Walter Brandmüller, Ein neuer Streit um
Pius XII. Zum Desaster einer Kommission 371

Paul-Johannes Fietz, Religion und Grenzen
der Kunst 382

Harald Bergsdorf, Die PDS und rechtsextre-
mistische Parteien 387

Lars Rademacher, Medienethik im Medien-
system 392

Besprechungen 396

Herausgeber:

Institut für
Gesellschaftswissenschaften
Walberberg e.V.

Redaktion:

Wolfgang Ockenfels OP (verantw.)
Heinrich Basilius Streithofen OP
Bernd Ketteren

Redaktionsbeirat:

Stefan Heid
Martin Lohmann
Edgar Nawroth OP
Herbert B. Schmidt
Günter Triesch
Rüdiger von Voss

Redaktionsassistentz:

Andrea und Hildegard Schramm

Druck und Vertrieb:

Verlag Franz Schmitt, Postf. 1831
53708 Siegburg
Tel.: 02241/64039 – Fax: 53891

Die Neue Ordnung erscheint alle
2 Monate

Bezug direkt vom Institut
oder durch alle Buchhandlungen
Jahresabonnement: 49,- DM
Einzelheft 10,- DM
zzgl. Versandkosten

ISSN 09 32 – 76 65

Bankverbindungen:

Sparkasse Bonn
Konto-Nr.: 11704533
(BLZ 380 500 00)
Postbank Köln
Konto-Nr.: 13104 505
(BLZ 370 100 50)

Anschrift der
Redaktion und des Instituts:
Simrockstr. 19
53113 Bonn

Tel. + Fax Redaktion: 0228/222323
Tel. Institut: 0228/21 68 52
Fax Institut: 0228/22 02 44

Unverlangt eingesandte Manuskripte und
Bücher werden nicht zurückgesandt.
Verlag und Redaktion übernehmen keine
Haftung

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck, elektronische oder photome-
chanische Vervielfältigung nur mit
besonderer

Genehmigung der Redaktion

Editorial

Die Satanischen Verse des 11. September

Der unsichtbare Feind trägt ein Gesicht. *Bin Ladin* und seine Helfer mit *Hitler* zu vergleichen liegt nach allem, was der 11. September an heillosem Elend über die Welt zu bringen droht, nahe. Sie müssen eine Privatoffenbarung des Teufels gehabt und ihn mit Gott verwechselt haben, als sie ihre Bereitschaft zum Selbstmord mit der Entscheidung zum Massenmord verbanden. Sie schlugen die USA mit deren eigenen Waffen einer technischen Zivilisation, die oft mit der „Kultur des Westens“ verwechselt wird. Mit dem apokalyptischen Anschlag, der die einschlägigen, ästhetisch goutierten Katastrophenfilme plötzlich zu einer Realität werden ließ, die „wirklich“ unter die Haut so vieler Opfer ging, schienen sich die Pforten der Hölle zu öffnen.

Die von allen guten Geistern des Islams verlassenen Terroristen - man könnte sie auch als gottverlassene islamistische Häretiker bezeichnen - haben sich ausgerechnet die Zerstörung eines Landes vorgenommen, das sich unter dem besonderen Schutze Gottes weiß und in Seinem Auftrag bereits die gleichermaßen gottlosen wie menschenverachtenden Systeme des Nationalsozialismus und des Kommunismus niederwarf. Die USA sind von Anfang an nicht nur von einer deistischen Zivilreligion, sondern auch von (inzwischen weitgehend säkularisierter) christlicher Hoffnung geprägt worden und glauben auch im Zuge der Terrorbekämpfung eine welt- und heilsgeschichtliche Mission erfüllen zu müssen. Der Begriff der „militärischen Mission“ enthält jedoch ein gefährliches Gemisch aus Politik und Religion, wie überhaupt die allzu enge Verbindung von politischen und theologischen Begriffen naive Sorglosigkeit erkennen läßt: Als hätte es niemals Kreuzzügler, revolutionäre Wiedertäufer und gewaltbereite Befreiungstheologen gegeben. Ob christlich oder islamisch, sie haben der Glaubwürdigkeit ihres Glaubens nachhaltig geschadet.

Die religiöse Sprache zieht wieder in die öffentliche Debatte ein und sorgt für eine Verschärfung der politischen Fronten. Dabei ist das theologische Vokabular kein bloßer Bestandteil psychologischer Kriegsführung oder patriotischer Rhetorik. Im Namen Gottes werden auch heute Verbrechen begangen und vergolten, die den Namen Gottes in den Schmutz ziehen. Freilich kann sich der Terror am allerwenigsten auf den barmherzigen Gott berufen. Denn Gottes Gesetzeswille steht auf seiten einer Rechts- und Friedensordnung, die den Antiterror gebietet und ihm zugleich den Gebrauch terroristischer Mittel untersagt. Diese Ordnung ist wesentlich auf Verteidigung ausgerichtet und unterliegt der Rationalität einer universalisierbaren und reziprok geltenden *bellum iustum*-Lehre, die zum Zweck der Eindämmung militärischer und polizeilicher Gewalt, der *vis bruta*, auf immer neue Anpassungen an die reale Situation angewiesen ist: Wie soll man heute mit einem Terrorismus verfahren, der zwischen Bürgerkrieg, Kamikaze-Aktion und Partisanenkampf angesiedelt ist?

Übrigens feierte die katholische Kirche am 12. September, „zufällig“ am Tag nach der Katastrophe, wenigstens regional das Fest „Mariä Namen“, das an den Sieg über die Türken bei Wien im Jahre 1683 erinnert. Das Fest scheint nur „wegen des historischen Bezuges zum Sprachgebiet und der Verwurzelung im Volk im Regionalkalender erhalten“ geblieben zu sein. Aber das geschichtliche Bewußtsein einer islamischen Bedrohung scheint in weiten Teilen der Welt, weniger in der westlichen (wo sich Muslime überwiegend friedlich verhalten), neue Nahrung zu finden. Von „islamistischen“ Muslimen angezettelte Konflikte und Bürgerkriege auf den Philippinen, in Indonesien, Tschetschenien, Libanon, Algerien, Sudan, Nigeria, Uganda, Eritrea, Bosnien, Kosovo etc. sorgen für ein Bedrohungsszenario, das keineswegs nur so von Christen wahrgenommen wird. Vielmehr erinnert es an die These von *Samuel Huntington* „The Clash of Civilizations“ (1993). Und daran, daß es sich beim Islam weithin nicht nur um ein religiöses und kulturelles, sondern zugleich auch um ein politisch-staatliches Phänomen handelt. In den „islamisch“ dominierten Staaten ist die Religionsfreiheit stark eingeschränkt, in den „islamistisch“ beherrschten ist sie – wie die übrigen Menschenrechte – so gut wie aufgehoben.

Freilich wollen sich nun (fast) alle diese Staaten mehr oder weniger an dem Kampf gegen den Terrorismus beteiligen, der sie schließlich selber bedroht. Den Koran zitierend pochen sie auf den Gesetzeswillen Gottes, der Willkür und Terror untersagt. Denselben Koran zitierend berufen sich hingegen die Terroristen, die sich ohnehin lieber als „Freiheitskämpfer“ ausgeben, auf einen göttlichen Geschichtswillen, dessen geheime Mitwisserschaft sie sich anmaßen. Sie verstehen sich als Avantgardisten eines „Heiligen Krieges“, als Werkzeuge Gottes, als Märtyrer, die garantiert in den Himmel kommen, wenn sie den USA, dem kollektiven Satan, die Hölle auf Erden bereiten.

Alles Irrsinn, Verblendung oder Ketzerei? Dazu hätte man gern ein bindendes Urteil. Doch im Islam gibt es keine Instanz verbindlicher Interpretation, kein zentrales Lehr- oder Hirtenamt, das ihn wirksam vor „islamistischer“ Verfälschung und politischem Mißbrauch bewahrt. Aber wie weit kann sich der Islam verkirchlichen und entpolitisieren, ohne seine „Identität“ preiszugeben? Auf diese Fragen hätte ein innerislamischer Dialog Antworten zu finden, schon um geeignete Partner für den interreligiösen Dialog zu benennen. Und in Deutschland würde man gerne einiges über die Inhalte des islamis(tis)chen Religionsunterrichts erfahren, bevor er staatlich eingerichtet wird.

Was den Dialog behindert, sind nicht allein die Tabus in den islamischen Ländern. Auch im freien Westen kann die Aufklärung über den Islam sehr riskant sein. Gemeint sind nicht die lyrischen Verunglimpfungen im Stile eines *Salman Rushdies*. Es ist die moderne theologische Forschung, die auf eine kritische Exegese des Korans, mithin auf eine Entmythologisierung *Mohammeds* hinauslief. Doch vor einer solchen „Blasphemie“, die dem Christentum nicht erspart blieb, schrecken sogar westliche Islamforscher zurück – aus Angst vor muslimischen Sanktionen. Im Dialog sind also noch einige Toleranzgrenzen zu überwinden.

Wolfgang Ockenfels

Massenmedien als Herausforderung der Christlichen Sozialethik

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Produktion von Unterhaltung die weltweit wichtigste Wachstumsbranche geworden. Weltweit entstehen Erlebnisparks, die sich als ein bunter Strauß unverbindlicher Sinnstiftungen verstehen und alle anderen Bereiche der Kultur zunehmend in den Schatten drängen. Zu diesem Siegeszug der Unterhaltungsbranche tragen die Massenmedien in einem beträchtlichen Maße bei, sind sie es doch, die diesen neuen „Kulturzweig“ in die Öffentlichkeit tragen bzw. selbst verkörpern.

Im Zeitalter der Massenmedien kann sich kaum ein Staat, erst recht keiner, der in der Welt eine bedeutsame Rolle spielen will, dem Einfluß der Kommunikations- und Medienwissenschaft entziehen. *Hans Magnus Enzensberger* spricht in diesem Zusammenhang vom „digitalen Evangelium“ bzw. „digitalen Kapitalismus“, da die Diskussion über Computer und neue Medien von Heilsverkündern und Apokalyptikern beherrscht wird.¹ Wenngleich sich die Veröffentlichung von einem Privileg weniger im Gutenberg-Zeitalter zu einem elektronischen Menschenrecht in unserer Zeit gewandelt hat, dem sich selbst diktatorisch verfaßte Staaten nicht entziehen können, sieht er das Internet grundsätzlich von seinen negativen Facetten: Es ist „ein Dorado für Kriminelle, Intriganten, Hochstapler, Terroristen, Triebtäter, Neonazis und Verrückte. Hier finden alle Sekten und alle Kulte ihr gemütliches Auskommen. Endlich können sich Welterlöser und Satanisten zusammenschalten.“²

Derart skeptische Töne in bezug auf die Entwicklung der Medien stellen in jüngster Zeit kein Einzelfall dar. So gelangt der in Bielefeld Amerikanistik lehrende *Hartmut Heuermann* in seiner Schrift „Medienkultur und Mythen. Regressive Tendenzen im Fortschritt der Moderne“ zu vergleichbaren Aussagen, wenn er ausführt: „Wer die jüngere Geschichte der westlichen Medienkultur unter die Lupe nimmt, kann feststellen: Ihre progressive Dynamik birgt einen regressiven Gegenstrom. Oberflächenentwicklungen, die dem Zeitgeist folgen, werden unterminiert von Tiefenströmungen, welche die Gefolgschaft verweigern. Mythische Themen, die wir in der kulturellen Evolution als erledigt ansahen, werden wiederbesetzt. Archaische Erfahrungsmuster, die wir als geistig tot betrachteten, melden sich zurück. Paradiesesthemen, apokalyptische Vorstellungen, Satansverehrungen, Geisterglaube, Todeskulte, mythische Metamorphosen u.a. feiern fröhliche Urständ – in der Literatur ebenso wie im Film, in der bildenden Kunst ebenso wie in der Werbung und Musik.“³

Vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklung im Bereich des Kommunikationswesens und der unterschiedlichen Beurteilung der neuen Medien in der Gesellschaft, liegt es nahe, daß die Theologie dieses Feld nicht allein anderen Diszi-

plinen überlassen darf. Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Beitrag geliefert werden, der neben einer Analyse der „Kommunikationsgesellschaft“ auch aufzeigen möchte, welche Möglichkeiten sich für die Theologie ergeben können. Dabei ergibt sich bereits aus der zu behandelnden Thematik, daß hier nicht ein abgeschlossener Traktat zur Medienethik vorgetragen werden kann, sondern lediglich eine Richtung beschrieben wird und Ansätze zur Bewältigung aufgezeigt werden sollen.

I. Von der Medienwirklichkeit zur Medienwirkung

Medien stellen unzweifelhaft einen der wichtigsten Aspekte der sozialen Organisation dar, die in den vergangenen Jahrzehnten einem zunehmenden Wandel unterliegen. Wir erkennen und erfahren immer wieder, daß den Medien eine Schlüsselfunktion in kultureller, politischer, ökologischer, ökonomischer, in lebensweltlicher, beruflicher, gesamtgesellschaftlicher und somit auch in ethisch-moralischer Hinsicht zukommt.⁴ Medien sind hierbei zu keiner Zeit ein neutraler Vermittler der Wirklichkeit, sondern sie schaffen diese in einer gewissen Weise selbst. Die Bestimmung der Wirklichkeit kann hierbei als eines der Schlüsselprobleme einer medial dominierten Kultur angesehen werden. Wenn sich die medial vermittelte Welt in einer anderen Weise als der natürlichen Welt darstellt, da letztere durch räumliche Nähe und Ferne, Erfahrungskontinuitäten und leibliche Zugangsmöglichkeiten gekennzeichnet ist, dann wird erkennbar, daß mit der zunehmenden Programmvelfalt die Realitätsauffassungen und damit auch die Weltbilder subjektiver werden.⁵

Der zunehmend medial geprägte Mensch lebt zerstreut und flüchtig, er ist gut informiert und kann überall mitreden, doch kann er für sein Verhalten nicht zur Verantwortung gezogen werden, da die mediale Welt inszenatorische Gesichtszüge trägt. Diese Entwicklung läuft auf die Devise hinaus: „Es ist gleich, was du tust, aber es nicht gleich, wie du es tust. Anders gesagt: Ästhetik geht vor Ethik.“⁶ Realität vermischt sich hier unweigerlich mit Simulation und Fiktion und löst sich in Rechenleistungen des Computers auf.⁷

In einer empirischen Kommunikationsstudie aus dem Jahr 1999 zu dem Thema „Mediale und reale Gewalt. Eine Untersuchung sozialer Netzwerke von Jugendlichen“ sind mehrere hundert männliche Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren aus dem Großraum Stuttgart über ihr soziales Umfeld, ihre finanziellen Mittel und ihr Mediennutzungsverhalten befragt worden. In der Studie wird im Ergebnis deutlich, daß in einem sozialen Umfeld, in dem die Rezeption von Mediengewalt unterstützt wird, auch eine große Affinität zum Alkohol- und Drogenkonsum gegeben ist. Ein „soziales Umfeld, das die Rezeption von Mediengewalt positiv unterstützt, begünstigt es, daß die entsprechenden Jugendlichen nicht nur häufig fernsehen oder Videos anschauen, sondern daß sie auch spezifische gewalthaltige Medienangebote nachfragen (...) Die Studie belegt daher, daß der Einfluß des Umfelds auf die Gewaltbereitschaft, wie vielfach vermutet, von erheblichem Gewicht ist.“⁸

In seiner Schrift „Der Ehrliche ist der Dumme. Über den Verlust der Werte“ schildert der Redakteur *Ulrich Wickert* die Gefahren der zunehmenden Kommerzialisierung des Fernsehens, die auch vor den Öffentlich-Rechtlichen Fernsehanstalten keine Ausnahme macht. „Nachrichten sind Ware mit Verfallsdatum. Wenn ein Sender Bilder gezeigt hat, sind sie für einen anderen Sender meist wertlos. (...) Unter dem Druck, ständig Neues bringen zu müssen, und zwar aufregend Neues, multiplizieren sich plötzlich die Skandale. Das, was bisher jeder wußte, aber keinen scherte, wird plötzlich moralistisch aufgeblasen.“⁹ *Wickert* weist darauf hin, daß täglich mit entwürdigenden Methoden die Privatsphäre von Menschen verletzt wird. Diese Mißachtung bezieht sich dabei nicht allein auf berühmte Persönlichkeiten, wie beispielsweise Prinzessin *Diana*, sondern sie kann grundsätzlich jeden Menschen treffen.

Daß es im Fernsehen nahezu keine Themen gibt, die nicht in die Öffentlichkeit gezogen werden, können wir jeden Tag in den Talk-Sendungen sehen, die von der Wochenzeitung „Die Zeit“ treffend charakterisiert worden sind: „Drei Freunde haben etwas Privates miteinander zu besprechen. Sie treffen sich bei Pro Sieben in einer Talkshow. Da hören nur 700.000 Menschen zu.“¹⁰ Hier wachsen scheinbar Menschen mit den Talkshows auf, wie ihre Eltern mit den Beatles.

Ist es nicht zuletzt ein Verdienst der ehemals demokratischen Freiheitsbewegungen gewesen, aus Schutz vor den Persönlichkeitsrechten einen privaten von einem öffentlichen Raum auseinanderzuhalten, so werden in den mehr als zehn Daily-Talkshows im deutschsprachigen Fernsehen in einem Jahr über 20.000 Talk-Gäste vorgeführt und nicht selten verschlissen. Die Talkshow-Moderatoren verkommen zu „Ersatztherapeuten ohne Ethik“.¹¹ Während in den USA – so *Ulrich Wickert* – das Motz- und Kotz-Fernsehen längst ein Hit ist, wird nun auch in deutschsprachigen Fernsehprogrammen nicht selten die „Sau raus gelassen“. So ist es nicht verwunderlich, daß *Wickert* für die Zukunft keine hoffnungsvolle Prognose abgibt: „Die negative Wirkung der Massenmedien kann nicht vom Gesamtzustand unserer Gesellschaft getrennt gesehen werden. Rache-, Haß-, Sex- oder Gewaltsendungen werden die Sittlichkeit weiter zerstören. Ebenso wie auch die Überschreitung der Privatsphäre in Skandal- oder Klatschsendungen oder -berichten in der Boulevardpresse die Schamgrenze weiter senkt.“¹²

Ein weiterer Aspekt der Medienwirkung kann darin gesehen werden, daß die Massenkommunikation zunehmend zu einer Verarmung der kulturellen Identität Europas führt. Hat der Anteil von anglo-amerikanischen Spielfilmen im deutschen Fernsehen Mitte der 50er Jahre nur bei etwa 3,5 Prozent gelegen, so hat er bereits Mitte der 80er Jahre rund 45 Prozent betragen. Dieser Trend dauert bis in die Gegenwart an, weswegen wir von einer Informationsweltordnung sprechen können, was nichts anderes heißt, daß ein Film, wenn er als internationale Produktion bezeichnet wird, mit Sicherheit sowohl in formaler als auch inhaltlicher Hinsicht auf die Leitlinien des großen US-amerikanischen Marktes hin angelegt ist.¹³

Indem bei den meisten massenattraktiven Medien die Themen Sport, Mode, Sex, Klatsch und Unglück dominieren, ist eine Emotionalisierung und Kommerzialisierung zu erkennen, die scheinbar grenzenlos gesteigert werden kann.¹⁴ Die

Ökonomisierung der Massenmedien hat einen Grad erreicht, an dem die Werbung zum Herzstück der gesamten Informations- und Kommunikationslandschaft geworden ist und sich die anfängliche Idee der Mediendemokratie auf eine Mediendiktatur bewegt. Die Kräfte der Medien zerren an dem Fundament der demokratischen Gesellschaft, da die intellektuelle und emotionale Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern immer größer wird. Die modernen Informations- und Kommunikationsmittel führen dazu, daß die „Klugen“ immer klüger und die „Dummen“ immer dümmer werden, sie festigt die Stablen und verunsichert die Labilen.¹⁵

Der Leiter für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, *Peter Weibel*, hat in der Zeitschrift „Psychologie heute“ im Jahre 1999 resümiert: „Wir sind unterwegs zu einem Egoismus, der sich seiner selbst nicht mehr bewußt ist: Wer bisher eine Regel oder eine Norm verletzte, bekam ein schlechtes Gewissen. Inzwischen werden Regelverletzungen kaum noch wahrgenommen. (...) Die klassische Philosophie fragte nach dem Sinn für die Gesellschaft oder für die Menschheit. Heute wird der Sinn des Lebens nur mehr durch das Subjekt definiert. Keiner fragt mehr für alle: Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Nur noch für sich. Sorge um sich selbst: Die Teletechnologie entspricht dieser Philosophie. Man könnte sie die Technologie des Selbst nennen.“¹⁶

Vor dieser Entwicklung ist es kaum verwunderlich, wenn selbst die Pädophilie keineswegs einhellig abgelehnt und einem hedonistischen Sättigungsgewinn das Wort geredet wird.¹⁷ Nach einer Auswertung der fünfzig meisteingegebenen Suchbegriffe im Internet, welche die Kolibri Online GmbH im Jahre 1997 durchgeführt hat, weisen nur sieben eindeutig nicht auf ein sexistisches oder pornographisches Interesse hin und unter den ersten einhundert Suchbegriffen sind mindestens zehn, die auf Kinderpornographie und sexuelle Perversionen hindeuten.¹⁸ Treffend ist auf die Problematik dieser Entwicklung hingewiesen: „Eine Gesellschaft, die auf den katalysatorischen Effekt der Darstellung von Gewalt, Brutalität und Horror im ästhetischen Medium setzte, sieht sich mit Imitationstätern konfrontiert, die nicht daran denken, ihre Phantasien nur im Kopf zu behalten. Sie leben sie aus, indem Kinder Kinder töten, Heranwachsende Friedhöfe schänden, Türkenhäuser anzünden und Banden sich zusammenrotten, um Exzesse von Gewalt und Horror anzurichten. Kurz: Die Ästhetisierung des Grauens führte zu einer Enttabuisierung des Grauens, weil die Wirklichkeit immer noch schöner ist als alle Phantasie.“¹⁹

Die Entwicklung der Medientechnologie hat aber auch noch ein weiteres, nicht unproblematisches Phänomen zutage treten lassen: Indem immer mehr Möglichkeiten der Mediennutzung entstehen, kann das Zeitbudget des Konsumenten kaum Schritt halten, weswegen für eine Sache immer weniger Zeit bleibt. Der Medienkonsument lebt zunehmend nach der Devise „Mehr tun in gleicher Zeit“, weswegen die alte Lebensregel „Eine Sache zu einer Zeit“ zunehmend in Vergessenheit gerät.²⁰ Dieses Phänomen eines „geistigen Nomadentums“ zeichnet sich durch einen Verlust an Ortssinn und einer entsprechenden Identität aus. Indem sich der Mensch dem Diktat einer „Chronokratie“ unterzieht, wird sein Organismus in den meisten Fällen überfordert.²¹

Insofern erscheint die zu Beginn der 70er Jahre von *Dieter Stolte* gemachte Aussage, in der er darauf hingewiesen hat, daß die expansive Nutzung der Massenmedien darauf zurückzuführen sei, daß diese in einer immer schwerer zu bewältigenden Umwelt als „Lebenshilfe“ aufgefaßt wird,²² in Frage gestellt werden zu müssen. Sicherlich ist es grundsätzlich ein Ausdruck von Hilf- und Haltlosigkeit, wenn zahlreiche Menschen die Talkshows in ihren täglichen Fernsehkonsum einbeziehen, da sich hier unbewußt häufig der Wunsch nach einer Hilfe für das eigene Leben ausdrückt. Doch können wir den größten Teil der Fernsehsendungen dieser Art wohl kaum in die Kategorie „Lebenshilfe“ einordnen, sondern im Vordergrund stehen die Erwartungen der Zuschauer, die einen „Kick“ oder einfach „Action“ präsentiert bekommen, wobei die Darstellung einer gesteigerten Brutalität scheinbar zu einer größeren Befriedigung seiner selbst führt.

II. Wahrhaftigkeit als Voraussetzung von medialer Freiheit

In unserer Umgangssprache wissen wir in den meisten Fällen recht gut, was mit dem Ausdruck „wahr“ bezeichnet wird. Wenn wir aus dem Fenster sehen, können wir erkennen, ob es regnet oder schneit. Die Wahrheit ist hier gleichzusetzen mit Wissen, doch ist diese Form von „wahr“ oder „Wahrheit“ bei weitem nicht die Einzige. Auf die Frage des *Pilatus* „Was ist Wahrheit?“ haben wir es offensichtlich mit einer anderen Form von Wahrheit zu tun. Die bekannte Antwort, die Jesus auf die Frage des *Pilatus* gibt, stellt ein Zeugnis dar, weswegen wir von einer Wahrheit, die bezeugt wird, diejenige unterscheiden müssen, die logisch begründet oder gar bewiesen werden kann.

Während *Platon* das Wesen der Wahrheit daran festmacht, daß ein Bild auf sein Urbild bezogen ist, und dieser Bezug als Konvenienz von Erkenntnisbild und Urbild anzusehen ist, tritt in der mittelalterlichen Philosophie die bekannte Formel „*Ens et verum convertuntur*“ in den Mittelpunkt. Die Idee als Begriff der vollkommenen und ewigen Wahrheit wird mit dem Begriff des Göttlichen verbunden.²³

In der neuzeitlichen Philosophie wird das Problem der Wahrheit in einer engen Verbindung mit der Logik diskutiert, woraufhin es zu äußersten Annäherungen von Empirie und Wahrheit kommt. Die Erfahrung wird zur absoluten Grundlage der Wahrheit.²⁴ Im 20. Jahrhundert sind zahlreiche Wahrheitstheorien vorgestellt worden, wie beispielsweise die Abbildtheorie der Wahrheit bei *Ludwig Wittgenstein* oder die Konsens Theorie der Wahrheit bei *Jürgen Habermas*.²⁵

Bei der Behandlung der Thematik „Wahrheit in den Massenmedien“ müssen wir zunächst eine Differenz zwischen der existentiellen Wahrheit und dem Wahrheitsgehalt von Informationen machen, die lediglich in bezug auf die Faktizität eines Sachverhaltes nachprüfbar sind. Die Richtigkeit einer Information kann kontrolliert werden, nicht aber deren existentielle Wahrheit. Gleichwohl ist nicht zu vernachlässigen, daß die Massenmedien der existentiellen Wahrheit verpflichtet sind, da ihre Informationen immer auf den Menschen und seine konkrete Existenz bezogen werden müssen.²⁶ Insofern ist zu erkennen, daß der Anspruch auf Wahrheit keineswegs naiv ist oder als fundamentalistisch abgetan werden darf.

Naiv wäre vielmehr die Behauptung, Fernsehbilder seien bereits die ganze Wahrheit. Wir können somit festhalten: „Obwohl die Information ausgewählt und gestaltet, z.B. formuliert (also konstruiert) werden muß, ist sie ihrem Sinn nach ein Mittel der Realitätsfindung und Realitätsvergewisserung; denn ohne Bezug zu einem – vom Informierten und vom Informierenden unabhängigen – Realitätsbegriff hat ‚Information‘ für den Empfänger keinen Sinn.“²⁷

Die Massenmedien sind aufgerufen, nicht einfach eine theoretische, sondern auch eine praktische Absicht zu verfolgen: Die Menschen sollen durch die Information ihrer Umwelt habhaft werden.²⁸ Das Fernsehen beispielsweise scheint sich jedoch diesem anfänglichen kulturellen Auftrag immer mehr zu entziehen bzw. zu verweigern, weswegen *Klaus Bresser* zu Recht darauf aufmerksam gemacht hat, daß sich das Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland vom Kulturfernsehen zum Konsumfernsehen, vom Medium des Gemeinwohls zum Medium kommerzieller Interessen entwickelt hat. Das Leichte im Programm beginnt das Schwierige zu ersetzen, Ablenkungen verdrängen allenthalben Ansprüche und der Zuschauer scheint es zu wollen.²⁹

Wenn wir die Einstellung der Päpste zur Wahrheitserkenntnis in den publizistischen Medien betrachten, so können wir als Beginn der eigentlichen Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit der modernen Massenpresse *Gregor XVI.* (1830-1846) nennen, der das „Recht auf freie Information“ als eine Beeinträchtigung des „Rechts auf Wahrheit“ angesehen hat.³⁰ Eine grundlegende Wende ist mit *Pius XII.* (1939-1959) eingetreten, der den Begriff der „Öffentlichen Meinung“ in den Mittelpunkt seiner Betrachtung der Wahrheit im modernen Kommunikationsprozeß stellt. „Aus der Analyse des ‚Phänomens‘ der öffentlichen Meinung entfaltete er eine Ethik der Massenkommunikation wie auch das Ethos der Journalisten, die für ein neues Klima (...) sorgten.“³¹ Indem *Pius XII.* die Freiheit der Meinungsäußerung als Naturrecht bezeichnet hat, weist er jedoch gleichzeitig auf Grenzen hin: „Die Freiheit der Presse hat wie jede andere Freiheit des Handelns, Redens oder Denkens ihre Grenzen. Es ist nicht erlaubt zu drucken, was unwahr, was bewußt falsch ist oder was nur dazu dienen kann, die moralischen oder religiösen Bindungen des Menschen, den Frieden und die Eintracht unter den Nationen zu untergraben oder zu zerstören.“³²

Mit dieser Auffassung ist der Weg geebnet worden, die Wahrhaftigkeit als den zentralen Gedanken des publizistischen Ethos herauszustellen. Mit der Tugend der Wahrhaftigkeit ist grundlegend der Wille des Menschen angesprochen. Wahrhaftigkeit, so führt *Romano Guardini* aus, „bedeutet zunächst, daß der Redende sage, was ist – so, wie er es sieht und versteht. Daß er also, was er in sich trägt, auch ins Wort bringe.“³³ Doch die Wahrheit muß auch getan werden, da der Mensch auch lügen kann, wenn wissentlich seine Handlungen, Haltungen und Gebärden etwas auszudrücken scheinen, das nicht ist.

Guardini ist weit davon entfernt, das Sagen der Wahrheit in einem statischen Sinne aufzufassen, da dieses, damit es seinen vollen menschlichen Wert erhält, mit Takt und Güte, mit Gefühl, also der Situation angemessen, erfolgen muß. „Damit die Wahrheit lebendig werde, muß die Liebe hinzukommen.“³⁴ Letztlich gründet die Wahrheit nach *Guardini* in der menschlichen Person und ihrer von

Gott verliehenen Würde, da nur durch die Wahrheit der Geist des Menschen sich immer neu in seinem Wesensrecht bestätigen kann. Von diesem Grundsatz muß auch der Staat geführt werden, da ohne die Wahrheit der Einzelne der Allgemeinheit preisgegeben wäre.³⁵

Wenn wir an die eingangs erwähnten Talkshows denken, so ist unschwer zu erkennen, daß dort in vielen Fällen von seiten der Veranstalter und Moderatoren gegen die Wahrhaftigkeit verstoßen wird, obwohl wir den teilnehmenden, zumeist jugendlichen Personen grundsätzlich ein wahrhaftiges Verhalten unterstellen sollten.

Der Mißbrauch bzw. die schamlose Ausnutzung von Menschen zur Erhöhung der Einschaltquoten wird in dem größten Teil der täglich stattfindenden Talkshows deutlich. Die Tugend der Wahrhaftigkeit beinhaltet eben auch, daß es Situationen gibt, in denen eine andere Person oder gar die Öffentlichkeit kein Anrecht auf die Wahrheit hat. Eine typische Aussage eines jungen Menschen in einer Talkshow wie beispielsweise „Mein Freund geht jede Woche mit einer anderen ins Bett“ mag zwar objektiv durchaus zutreffen, entbehrt jedoch jeglicher Wahrhaftigkeit, da eine derartige Aussage nur der Effekthascherei des Publikums dient und die Diskussion eines derartigen Themas in dem öffentlichen Raum einer Talkshow niemals eine Hilfe für ratsuchende Jugendliche darstellt. Von seiten der Veranstalter derartiger Sendungen steht nicht das ehrliche Zuhören und Anbieten von Hilfe für junge Menschen im Vordergrund, die sich häufig in schwierigen Situationen befinden, sondern eine werbewirksame Erhöhung des eigenen Erfolgs, und somit egoistische Motive. Das vordergründige Argument der Herausfindung der Wahrheit pervertiert diese grundlegend, da diese zur ungeordneten Geheimnisschnüffelei und Detektivenleidenschaft entartet. Aus diesem Grunde verspielt nicht nur der notorische Lügner und Nachrichtenfälscher seine Glaubwürdigkeit, sondern gerade auch der leidenschaftliche Verkünder und Offenbarer von Wahrheiten.³⁶

Aber auch die Zuschauer tragen zu dem rapiden Wachstum der Talkshows und des allgemeinen Phänomens des Enthüllungsjournalismus zu einem nicht unerheblichen Teil bei, da diese ihrem Bedürfnis, sich zu entrüsten, freien Lauf lassen: „Das Bedürfnis, Geschichten nach- (oder mit-) zu erleben, also Ereignisse mit eigener Dramaturgie, und das Bedürfnis, sich moralisch aufzuregen, also durch die Empörung über das Verhalten anderer sich selbst als moralisch integer zu bestätigen. Der Enthüllungsjournalismus versteht sich gleichsam als angewandte Moral.“³⁷

Wenn wir zu den Ausführungen der Päpste zurückkehren, so ist nach *Pius XII.* besonders *Paul VI.* (1963-1978) zu erwähnen, der das Recht auf eine wahrheitsgemäße Information weiter entfaltet hat, indem er die Journalisten dazu aufruft, die „Welt als getreuen Spiegel“³⁸ darzustellen, da es wesentlich von ihnen abhängt, daß die Menschen in der Welt an die Wahrheit herankommen.³⁹ Wahrheit kann es demnach nicht als abgeschlossene Größe geben, sondern nur als „Näherungswert“, wobei die Suche bisweilen sehr beschwerlich sein kann: „Die Wahrheit ist nicht abstrakt, sondern konkret. Erreichbar als ‚Näherungswert‘ ist sie nur durch die ‚Tugend‘ der Wahrhaftigkeit.“⁴⁰

Auf die Konkretion der Wahrheit hat Papst *Johannes Paul II.* mittels seines anthropologischen Wahrheitsbegriffs in Deutschland im Jahre 1980 vor Künstlern und Publizisten hingewiesen, wenn er ausführt: „Das Thema der Kirche und das Thema der Künstler wie Publizisten ist der Mensch, das Bild vom Menschen, die Wahrheit vom Menschen, das ‚Ecce homo‘, wozu seine Geschichte, seine Welt und Umwelt gehören, ebenso der gesellschaftliche, ökonomische und politische Kontext.“⁴¹ Schließlich stellt der Papst das Streben nach Wahrheit als den berufsspezifischen Beitrag des Journalisten heraus: „Der Maßstab journalistischen Tuns soll nicht der Effekt sein, sondern die Wahrheit und die Gerechtigkeit. Damit dienen sie der Sache ihres Berufes, damit dienen und helfen sie den Menschen.“⁴²

III. Dokumente und Einrichtungen der katholischen Kirche

Als Beginn der offiziellen Beschäftigung der katholischen Kirche mit den Medien ist das Jahr 1960 zu nennen, als im Zuge der Vorbereitungen auf das II. Vatikanische Konzil das „Sekretariat für die sozialen Kommunikationsmittel“ errichtet worden ist. Die Bezeichnung „soziale Kommunikationsmittel“ hat in der Schaffung dieses Sekretariats ihren Ursprung, wenngleich der Begriff nirgends weiter erläutert wird.

Dem Sekretariat haben sich vor allem Fragen der rechten Gewissensbildung des christlichen Volkes für den richtigen Gebrauch der Kommunikationsmittel gestellt, der Übereinstimmung mit Glaube und Sitte und der Frage, auf welche Weise diese Mittel für die Verkündigung der Kirche genutzt werden könnten.⁴³ Der den Konzilsvätern 1962 vorgelegte Text hat alsbald dazu geführt, daß sich zwei Richtungen herausgebildet haben: eine Gruppe hat die Gefahr gesehen, daß sich die Kirche zu sehr auf sich selbst und ihr Eigenleben konzentrierte und nicht genug teilnahm an den allgemeinen kulturellen Bestrebungen; dagegen hat eine andere Gruppe die Auffassung vertreten, daß ein derartiges Thema überhaupt nicht als Dokument für ein Konzil geeignet sei. Diese grundsätzlichen Differenzen haben dazu geführt, daß die Thematik eher als „Lückenbüßer“ auf dem Konzil behandelt worden ist. Das schließlich 1963 verabschiedete „Dekret über die sozialen Kommunikationsmittel“ stellt sich als „ein Kompromiß zwischen zwei nicht in Einklang zu bringenden Tendenzen dar: einmal der, mit diesem Gegenstand nicht zu viel Zeit zu verlieren, zum anderen der, auf ein pastoral so wichtiges Thema nicht zu verzichten.“⁴⁴

Das Ungenügen dieses Dokumentes ist bereits im Dekret selbst erkennbar, da im Schlußteil darauf hingewiesen wird, daß im Auftrag des Konzils ein Pastoral Schreiben verfaßt und herausgegeben werden soll. Dieses Schreiben ist dann als Pastoralinstruktion „*Communio et Progressio*“ 1971 erschienen, welches als eine grundlegende Stellungnahme der katholischen Kirche zu den Kommunikationsmitteln angesehen werden kann.⁴⁵ Zunächst wird in dem Dokument der gesellschaftliche Dienst der Kommunikationsmittel vorgetragen, der mit dem christlichen Weltauftrag in Verbindung zu bringen ist. Christus wird als „Meister der Kommunikation“ bezeichnet; die Kommunikation soll im Dienst der Einheit der

Menschen, der Wahrheit und unter Beachtung der Würde des Menschen zustande kommen. Hierbei spielen sittliche Kriterien eine zentrale Rolle. Im weiteren werden Faktoren der sozialen Kommunikationsmittel vorgestellt und beschrieben: die öffentliche Meinung, das Recht auf Information, Erziehung, Bildung, Unterhaltung, die Künste und die Werbung. Schließlich werden Aufgaben der Katholiken auf dem Gebiet der Kommunikationsmittel vorgetragen, wobei im einzelnen auf die Presse, den Film, Hörfunk und Fernsehen und das Theater eingegangen wird. Das Schreiben wird als ein Anfang der Auseinandersetzung mit den sozialen Kommunikationsmitteln angesehen, nicht als ein Abschluß.

Welches Gewicht die Konzilsväter den Medien beigemessen haben, wird nicht zuletzt durch die Schaffung eines „Welttages der sozialen Kommunikationsmittel“ deutlich, der seit dem Konzil alljährlich stattfindet. In Deutschland wird dieser Tag seit dem Jahre 1967 begangen, der jedes Jahr unter dem Motto eines anderen Themas steht. Die Themen stellen zumeist einen Beitrag zu brennenden Fragen der Gesellschaft und der Kirche dar, wobei jeweils eine Botschaft des Papstes vorgetragen wird. In den Ansprachen der Päpste zu den jährlich begangenen „Welttagen der sozialen Kommunikationsmittel“ mischt sich ein Medienoptimismus mit Warnungen bzw. Aufforderungen zum rechten Gebrauch der Medien.⁴⁶

Weitere Schreiben des Päpstlichen Rates für die Sozialen Kommunikationsmittel – neben der Instruktion „Communio et Progressio“ – sind in der Vergangenheit erschienen:⁴⁷

1. Pornographie und Gewalt in den Kommunikationsmedien. Eine pastorale Antwort (1989);
2. Richtlinien für die ökumenische und interreligiöse Zusammenarbeit im Kommunikationswesen (1989);
3. Pastoralinstruktion „Aetatis novae“ zur sozialen Kommunikation zwanzig Jahre nach Communio et Progressio (1992);
4. Ethik in der Werbung (1997);
5. Ethik in der sozialen Kommunikation (2000).

Über diese Schriften hinaus, ist 1992 die „Instruktion über einige Aspekte des Gebrauchs der sozialen Kommunikationsmittel bei der Förderung der Glaubenslehre“ von der Kongregation für die Glaubenslehre erschienen, in der wesentlich auf kanonistische Gesichtspunkte eingegangen wird.

Unter den genannten Schriften ragt sicherlich die Pastoralinstruktion „Aetatis novae“ heraus, da diese in besonderer Weise die Kommunikation als integrierenden Bestandteil jedes Pastoralplans hervorhebt. „Katholische Medienarbeit ist nicht lediglich eine zusätzliche Aktivität neben allen übrigen Tätigkeiten der Kirche: Tatsächlich muß die soziale Kommunikation bei allen Gesichtspunkten des kirchlichen Sendungsauftrags eine Rolle spielen.“⁴⁸ Die einzelnen Bischofskonferenzen und Diözesen werden in „Aetatis novae“ aufgefordert, einen Pastoralplan für die soziale Kommunikation auszuarbeiten, wozu Fachleute der lokalen

Medien hinzugezogen werden sollen. Als unabdingbare Elemente eines jeden Pastoralplans werden genannt:

- Medienerziehung;
- die geistliche Ausbildung von (katholischen) Laien;
- die Zusammenarbeit mit Medienfachleuten;
- die Öffentlichkeitsarbeit;
- die Forschung;
- der Einsatz der sozialen Kommunikation zur Entwicklung der Völker.

Von seiten der Deutschen Bischofskonferenz ist als eine Antwort auf das angesprochene Verlangen der Pastoralinstruktion „Aetatis novae“ im Jahre 1997 eine Schrift zusammen mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland herausgegeben worden, die den Titel „Chancen und Risiken der Mediengesellschaft“ trägt.⁴⁹

Wenn wir das Wirken der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland im Überblick betrachten, so ist der bedeutsame Schritt aus dem Jahre 1966 zu nennen, in dem die Deutsche Bischofskonferenz die Publizistische Kommission eingesetzt hat. Die Kommission wirkt als Schaltstelle der kirchlichen Aktivitäten im Bereich der Medien: im Presse- und Verlagswesen, im Rundfunkbereich, in Film- und Audiovisuellen-Gruppenmedien, in kommunikationspädagogischen Bemühungen, in der Medienpublizistik und in der Aus- und Weiterbildung von Journalisten und Kommunikatoren. In nahezu allen deutschen Diözesen sind Einrichtungen vorhanden, die audiovisuelle Medien für den Verleih zum Einsatz in der Schule, der Gemeinde, Kulturarbeit etc. anbieten. Neben den diözesanen Einrichtungen gibt es überdiözesane Stätten, wie das 1968 gegründete Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses in München, die 1952 gegründete Katholische Nachrichten-Agentur, das 1953 gegründete Katholische Institut für Medieninformation, das Katholische Filmwerk, Büchereiverbände, Zeitschriften- und Buchverlage, sowie die Gesellschaft katholischer Publizisten Deutschlands.

IV. Medienethik und Christliche Sozialethik

Wenn wir die zahlreichen medialen Einrichtungen und publizistischen Mittel der katholischen Kirche überblicken, so fällt auf, daß diese in den Fernsehkanälen entweder nicht oder nur sporadisch bzw. in einem zumeist negativen Sinne zur Sprache kommt. Diese Schwäche in der Medienpräsenz hat die Wirkung, daß sie der Kirche nur zu leicht die Öffentlichkeit entzieht, wobei sich die sogenannte öffentliche Meinung gegen die Kirche und das verfaßte Christentum kehrt, „weniger aus offener Gegnerschaft als aus Gleichgültigkeit und mangelndem Interesse, was von besonders tödlicher Wirkung ist.“⁵⁰

Auf die Frage „Sitzt die Kirche in der Medienfalle?“ hat der Journalist *Martin Lohmann* Mitte der 90er Jahre festgestellt, daß antikirchliche Attacken seit der „Wende“ im Jahre 1989 in Deutschland explosionsartig zugenommen haben. Inzwischen gibt es eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Spielfilmen, in denen

christliche Symbole verhöhnt und der Kleriker- und Nonnenstand skandalträchtig verkauft werden. Doch der „Kirche als moralische Instanz mit seelsorgerlichem Auftrag kann es nicht gleichgültig sein, wie wichtige moralische Themen öffentlichkeitswirksam bearbeitet und Verhaltensweisen propagiert werden.“⁵¹

Aber auch die Werbebranche hat die „Uniform“ der katholischen Kirche für die Werbung eines neuen Automodells ebenso entdeckt, wie für Zigaretten oder Fruchtsäfte. Es dürfte wohl Einigkeit darin bestehen, daß mit diesen säkularen Verwertungen religiöser Symbole die Kirche am Ende schlecht dasteht. Doch in welcher Form reagiert die Kirche darauf? *Lohmann* weist darauf hin, daß in der Kirche vielfach auf diese Gehässigkeit mit neuer Weinerlichkeit geantwortet worden ist, worin er einen Teufelskreis erblickt. Als einzigen Ausweg sieht *Lohmann* das unverkrampfte, angstfreie Zugehen auf die Medien und die Erkenntnis, daß das Ja zum freien Informationsfluß etwas Wertvolles und Wichtiges ist.⁵² In vergleichbarer Weise gibt *Wilhelm Korff* zu bedenken, daß die mediale Welt auf Dauer keine Sprachlosigkeit duldet, sondern sie uns zum Diskurs nötigt.⁵³ Diese Einsicht ist längst keine Selbstverständlichkeit innerhalb der katholischen Kirche gewesen, wenngleich nicht wenige bedeutende Persönlichkeiten genannt werden können, die den Wert der Erholung und des Vergnügens erkannt und vorgetragen haben.

Ein Blick in die Kirchengeschichte zeigt, daß es lange Zeit zu den selbstverständlichen Forderungen der christlichen Aszetik gehört hat, sich in eine gesellschafts- und besonders geselligkeitsfeindliche Haltung zu begeben, wobei sich Theologen nicht selten auf die Herausstellung von negativen Gesichtspunkten in den Medien beschränkt haben.⁵⁴ Im Vergleich zu anderen Publikationen zu ethischen Spezialfragen haben sich Theologen erst in jüngerer Zeit in einem quantitativ größeren Maße mit Fragen der Medienethik beschäftigt. Bis vor wenigen Jahrzehnten schien es, als sei Ethik für den Publizisten als auch für die Medienschaffenden „entbehrlich“.⁵⁵

Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß auch in früheren Jahrhunderten nicht wenige Geselligkeitsformen allzu leicht Zucht und Maß haben vermissen lassen. So haben sich in der Antike die Heiden von den christlichen Gemeinden gerade dadurch unterschieden, daß letztere die Kämpfe mit Tieren oder von Menschen abgelehnt haben. Ihnen ist es eine Selbstverständlichkeit gewesen, daß die „heiligsten Bezirke“ des Menschen, nämlich Geburt und Tod nicht Bereiche der öffentlichen Zurschaustellung sind und bestimmte Ausdrucks- und Lebensformen, wie die Liebe etwa, im öffentlichen Raum nicht überleben können.

Thomas von Aquin hat beispielsweise die Bedeutung des Spiels bzw. des Vergnügens als Tugend – in Anlehnung an die Bezeichnung „Eutrapelie“ des *Aristoteles* – herausgestellt, wenn er eine Parallele zwischen der Behebung der körperlichen Ermüdung durch körperliche Ruhe und der Behebung der seelischen Ermüdung durch seelische Ruhe zieht. Die seelische Ruhe erlangt der Mensch hierbei durch Vergnügen: „Daher muß man sich als Mittel gegen die Müdigkeit der Seele gewisse Vergnügen gestatten, die die Hingabe an die Betätigung des Verstandes unterbrechen.“⁵⁶ Lediglich drei Dinge sind nach *Thomas* bei den Vergnügen zu beachten:⁵⁷

1. die Lustbarkeit darf nicht in schmutzigen oder schadenstiftenden Handlungen oder Worten gesucht werden;
2. die geziemende Würde der Seele darf nicht gänzlich verloren gehen;
3. auf die Umstände der Person, der Zeit, des Ortes und anderes muß Rücksicht genommen werden, damit alles der Würde des Augenblicks und des Menschen entsprechend ablaufe.

Dieser von *Thomas* eingeschlagene Weg, der grundsätzlich positiven Beurteilung des Vergnügens, ist in der katholischen Moralthologie besonders von *Johann Michael Sailer* aufgegriffen und fortgeführt worden, da dieser sich nicht nur um die Herausarbeitung einer Lehre von der christlichen Geselligkeit bemüht, sondern selber seine gesellige Natur vorgelebt hat. So wissen wir, daß *Sailer* zu Hause häufig einen Kreis von Professoren versammelte, mit denen er Schach gespielt hat, wobei politische oder konfessionelle Gespräche von ihm nicht geduldet worden sind.⁵⁸ Wenngleich *Johann Baptist Hirscher* der Geselligkeit nicht so unbefangen gegenübergestanden hat, so knüpft doch *Franz Xaver Linsenmann* an die Ausführungen *Sailers* an, wenn er ausführt: „Geselligkeit gehört zur Bestimmung des Menschen, Pflege der Geselligkeit kann zur Wohltat und zur Tugend werden; sie dient der Veredelung der Menschen und erprobt die Charaktere. (...) Die dem Menschen notwendige Erholung, Zerstreung und geistige Auffrischung wird vielfach nur erreicht im geselligen, heiteren Verkehr mit anderen. (...) Freude und Freunde fordern einander. (...) Wer allen Verkehr meidet, beraubt sich selbst eines mächtigen Hilfsmittels, das ihn die Schwere des Lebens ertragen läßt; manches in sich verschlossene Gemüt könnte der Verdüsterung, Verhärtung und Verzweiflung entrissen werden, wenn man es nicht allein ließe. Vereinsamung ist Winterfrost für das Seelenleben.“⁵⁹

Diese, vor über einhundertzwanzig Jahren vorgetragene Auffassung hat ihre Aktualität in der heutigen Zeit sicherlich nicht eingebüßt. Erste Anzeichen einer Besinnung auf individual- und sozialetische Grundsätze zeichnen sich durch die Erarbeitung einer medialen Ethik aus, die in den vergangenen zwanzig Jahren eine Renaissance erlebt hat.⁶⁰ Der gemeinsame Tenor zahlreicher Veröffentlichungen zur Medienethik kann darin erblickt werden, daß diese auf die große Bedeutung der Medienkompetenz hinweisen, die in der heutigen Zeit zunächst nichts anderes bedeutet, als Selbstbeschränkung auf Sachlichkeit, trotz gegenläufiger Trends, wie auch kritischer Umgang mit Werbung seitens der Konsumenten und Bürger. Hierin liegen die bedeutsamen sozialetischen Forderungen im Blick auf die Wahrhaftigkeit und zugleich die Voraussetzung für ein staats- und gesellschaftserhaltendes politisches Vertrauen.⁶¹

Es ist kein Geheimnis, daß das individuelle Handeln der Journalisten und Verantwortlichen in den meisten Fällen viel zu schwach ausgeprägt ist.⁶² Eine Verbesserung der Lage – so führt *Peter Voß* aus – „wird nicht möglich sein nur als Ergebnis anonymer Kräfte, Funktionen und Tendenzen in der Gesellschaft, in der Politik und im Mediensystem. Sie hängt sehr wohl auch von der Moral vieler Einzelner ab, wo immer nachgedacht, gestritten, entschieden und gehandelt wird – also auch von der Ethik der Medien und der Moral der Medienmacher.“⁶³

Wirksam und effektiv werden kann medienethisches Verhalten jedoch erst, wenn das individuelle Ethos sich mit einem „Struktur- und Institutionsethos“ der Medien verbindet. Dieses Vorhaben steht jedoch erst an seinem Anfang. Vor der Frage nach dem Verhältnis technischer Machbarkeit und Sozialverträglichkeit werden wir zunehmend auf eine Weltinformationsordnung hinarbeiten müssen. Damit verbunden sein müssen länderübergreifende gesetzliche Regelungen, die beispielsweise einheitlich definieren, welche Veröffentlichungen im Internet verboten sind. Über die Selbstverpflichtungen der Medienanstalten hinaus, bedarf es einer wirksamen Mediengesetzgebung und -politik. „Denn nur, was sanktionierbar ist, ist auf lange Sicht auch wirklich durchsetzbar und gesellschaftspolitisch einforderbar.“⁶⁴

Darüber hinaus ist bewußt zu machen, daß die tragenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte einer Gesellschaft nicht nur Rezeptoren oder Kommunikatoren der Medien sind, sondern sie stehen in der Pflicht, die sozial-ethischen Rahmenbedingungen für eine gelingende soziale Kommunikation bereitzustellen.⁶⁵ Die Sozialprinzipien der katholischen Soziallehre Personalität, Solidarität und Subsidiarität haben nichts von ihrer Aktualität und Verbindlichkeit verloren. Schließlich kommt eine besondere moralische Verantwortung dem Rezipienten zu, der sich durch Erziehung zur Distanz, zum Abstandhalten, zur Urteilsfähigkeit und zur Kritik auszeichnen muß.

Es kann festgehalten werden: „Wir sind in einer Situation angekommen, in der wir gesamtgesellschaftlich den Preis zu zahlen beginnen, der bei der Entflechtung von Ästhetik und Moral fällig wird.“⁶⁶ Erst wenn wir wissen, wo wir stehen, wenn wir die Chancen und die Risiken der Kommunikationsmittel in realistischer Weise sehen, können wir damit beginnen, einen gesellschaftlich akzeptablen Weg in Zeiten des Umbruchs zu suchen. Daß hierzu die Christliche Sozialethik einen Beitrag leisten kann und muß, sollte deutlich geworden sein, ist es doch eine ihrer vordersten Aufgaben, darauf hinzuwirken, daß sich die Tätigkeit des Christen nicht darauf beschränkt, die Kirche „im Dorf“ zu lassen, sondern die christliche Botschaft den Menschen in der Welt nahezubringen.

Anmerkungen

1) Vgl. H.M. Enzenberger, Das digitale Evangelium, in: Der Spiegel vom 10.1.2000, S. 92.

2) Ebd., S. 96.

3) H. Heuermann, Medienkultur und Mythen. Regressive Tendenzen im Fortschritt der Moderne, Reinbek/Hamburg 1994, S. 322.

4) Vgl. M. Karmasin, Medien, in: W. Korff (Hg.) Handbuch der Wirtschaftsethik, Bd. 4: Ausgewählte Handlungsfelder, Gütersloh 1999, S. 352.

5) Vgl. K. Wiegerling, Medienethik, Stuttgart 1998, S. 46. Deutlicher drückt dies H.M. Enzenberger aus: „Die Überschätzung der eigenen Rolle verleitet sie (die Medienarbeiter) dazu, die Medienwelt mit der Realität zu verwechseln. Diese Selbsttäuschung entschädigt sie für die Flüchtigkeit ihrer Produktion und ist insofern für ihr Selbstverständnis unentbehrlich.“ (Das digitale Evangelium, S. 101).

6) K. Wiegerling, Medienethik, S. 48.

- 7) Vgl. S. Bolik u. a. (Hg.), *Medienfiktionen. Illusion – Inszenierung – Simulation*, Frankfurt/M. 1999.
- 8) T. Döbler, u.a., *Mediale und reale Gewalt. Eine Untersuchung sozialer Netzwerke von Jugendlichen*, München 1999, S. 143. Vgl. auch: A. Kunkel, *Fernsehleben. Mediennutzung als Sozialisationsfaktor. Auswirkungen des Fernsehens auf Gesellschaft und Individuum*, München 1998.
- 9) U. Wickert, *Der Ehrliche ist der Dumme. Über den Verlust der Werte*, Hamburg ²1997, S. 158.
- 10) Vgl. „Die Zeit“ vom 4.11.1999 (Beilage „Leben“, S. 23). Grundlegend zu dieser Thematik: P. Winterhoff-Spurk/K. Hilpert (Hg.) *Die Lust am öffentlichen Bekenntnis. Persönliche Probleme in den Medien*, St. Ingbert 1999.
- 11) G. Grempp, *Vom Schmutz-Talk zum Trash-TV. Neuerliche Kritik an den Talkshows*, in: *HerKorr* 53 (1999) 458.
- 12) U. Wickert, *Der Ehrliche ist der Dumme*, S. 180.
- 13) Vgl. K. Wieglerling, *Medienethik*, S. 189. „Die absolute Vorherrschaft des Angloamerikanischen – nicht nur bei der Begriffsbildung – in der Medien- und Informationstechnologie, vor allem aber in der Unterhaltungsindustrie, sollte Europa allmählich zu denken geben.“ (J. Becker, *Massenkommunikation und individuelle Selbstbestimmung. Zur Entregulierung staatlich-technischer Informationsprozesse*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B 40/1998, S. 8). Vgl. U. J. Heuser, *Tausend Welten. Die Auflösung der Gesellschaft im digitalen Zeitalter*, Berlin 1996, S. 93-112.
- 14) „Sowohl in den neueren Formaten (beispielsweise ‚Vera am Mittag‘, ‚Bärbel Schäfer‘) als auch speziell in der Talksendung ‚Arabella‘ habe die Themen, die direkt oder indirekt mit Sex in Zusammenhang stehen, inzwischen offenbar stark zugenommen. Eine Studie der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (...) verweist dabei nicht nur auf einen quantitativen Anstieg der einschlägigen Themenanteile, sondern auch auf eine Veränderung der Qualitäten. So werden zunehmend insbesondere Detailschilderungen sexueller Praktiken und Darstellungen von extremen Normvarianten oder Perversionen im Nachmittagsprogramm thematisiert.“ (G. Bente/B. Fromm, *Affektfernsehen. Motive, Angebotsweisen und Wirkungen*, Opladen 1997, S. 321).
- 15) Vgl. M. Jäckel, *Wer trägt die Verantwortung? Zur Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B 19-20/1997, S. 6-7. Vgl. H. Boventer, *Ohnmacht der Medien. Die Kapitulation der Medien vor der Wirklichkeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B 40/1993, S. 34. Vgl. S. Weiler, *Die neue Mediengeneration. Medienbiographien als medienpädagogische Prognoseinstrumente. Eine empirische Studie über die Entwicklung von Medienpräferenzen*, München 1999.
- 16) P. Weibel, „Wir können nun mal nicht mehr wie in einem Dorf leben“, in: *Psychologie heute* 26 (6/1999) 67.
- 17) Vgl. die befürwortenden Ausführungen von R. Lautmann, *Die Lust am Kind*, Hamburg 1994. Vgl. kritisch hierzu: G. Amendt, *Pädophilie oder: Über sexualwissenschaftliche Trivialisierungen inzestartiger Handlungen*, in: *Leviathan* 25 (1997) 159-172.
- 18) Vgl. K. Wieglerling, *Medienethik*, S. 171.
- 19) K.-J. Kuschel, *Ästhetik ohne Ethik? Analysen zur Gegenwartsliteratur*, in: W. Wolbert (Hg.), *Moral in einer Kultur der Massenmedien*, Freiburg/Schw. u.a. 1994, S. 63. Vgl. W. Glogauer, *Kriminalisierung von Kindern und Jugendlichen durch Medien. Wirkungen gewalttätiger, sexueller, pornographischer und satanischer Darstellungen*, Baden-Baden 1991. Vgl. H.-W. Ludwig u. a., „... so brauch' ich Gewalt!“. *Wie Fernsehgewalt produziert und bekämpft wird*, Baden-Baden 1998. Vgl. B. Hamann, *Gewalt bei Jugendli-*

chen. Erscheinungsformen, Ursachen, Handlungsfelder (= Kirche und Gesellschaft, Nr. 257), Köln 1999.

20) Vgl. H. W. Opaschowski, Von der Generation X zur Generation @. Leben im Informationszeitalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 39/1999, S. 12. „Das Tempo des Anfalls von Informationen ist größer als unsere Fähigkeit ihrer individuell nutzbaren Verarbeitung. (...) Die Diskrepanz zwischen den Zeiträumen des wissenschaftlichen Fortschritts einerseits und dem Zeitmaß des schulischen Aufbaus der Fähigkeit zum wissenschaftlichen Studieren andererseits werden immer größer.“ (H. Lübke, Information und Ohnmacht. Zur Rekonstruktion des ‚common sense‘ unter erschwerten Bedingungen, in: O. Schatz (Hg.), Die elektronische Revolution. Wie gefährlich sind die Massenmedien?, Graz 1975, S. 70). Optimistischer sieht das „Zeitproblem“ K. Beck (Zwischen Zeitnot und Langeweile. Über die Vielfalt der Medienzeiten und die Zeitgestaltung der Mediennutzer, in: Universitas 54 (1999) 538-550).

21) „Die allbekanntesten Streßsymptome, die gemeinhin Arbeitsüberlastungen zugeschrieben werden, sind wesentlich Zeitökonomie-Probleme, ausgelöst durch ein neurovegetativ registriertes, wenn auch nicht unbedingt intellektuell wahrgenommenes Mißverhältnis von Handlungsmöglichkeit und Zeitverfügbarkeit. Das Empfinden, daß die abstrakte Zeit, konkret erfahrbar in Terminen, Stundenplänen, Wettbewerbsfristen, Planungsvorgaben, Ziel- und Ausschlußdaten, zum Tyrannen geworden ist, ist Symptom einer Krankheit. (...) Dem geschichtlichen Stabilitätsbedürfnis der Psyche wird sozusagen der Boden unter den Füßen weggezogen und das adaptive System überfordert.“ (H. Heuermann, Medienkultur und Mythen. Regressive Tendenzen im Fortschritt der Moderne, S. 280). „Die hochkomplexe Informationswirklichkeit unserer Gesellschaft wird zunehmend zum Ausgangspunkt der Desintegration“. (G.W. Hunold, Ethik der Information. Prolegomena zu einer Kultur medialer Öffentlichkeit, in: W. Wolbert (Hg.), Moral in einer Kultur der Massenmedien, Freiburg/Schw. u.a. 1994, S. 39).

22) Vgl. D. Stolte, Der Medienmarkt heute und morgen, in: Die Neue Ordnung 26 (1972) 429.

23) Vgl. hierzu: J. Pieper, Wahrheit der Dinge. Eine Untersuchung zur Anthropologie des Hochmittelalters, München ⁴1966. Vgl. A. Zimmermann (Hg.), Thomas von Aquin. Von der Wahrheit De veritate (Quaestio I), Hamburg 1986.

24) Vgl. H. Krings, Wahrheit. I. Philosophisch, in: Ders. (Hg.), Handbuch Theologischer Grundbegriffe, München 1963, S. 792. Vgl. H. Krings, Was ist Wahrheit? Zum Pluralismus des Wahrheitsbegriffs, in: Philosophisches Jahrbuch 90 (1983) 20-31.

25) Vgl. J. Habermas, Wahrheitstheorien, in: H. Fahrenbach (Hg.), Wirklichkeit und Reflexion. W. Schulz zum 60. Geburtstag, Pfullingen 1973, S. 211-265. Vgl. P. Janich, Was ist Wahrheit? Eine philosophische Einführung, München 1996. Vornehmlich von den verschiedenen Wahrheitstheorien angetrieben, hat sich im Jahre 1998 der „Engerer Kreis der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie“ in Tübingen mit der Thematik „Interpretationen der Wahrheit“ befasst. Auf der Tagung ist es grundsätzlich um die Fragestellung gegangen, ob die Wahrheit Gegenstand der Interpretation ist oder Interpretationen Produkte der Wahrheit sind? (vgl. M. Pauen, „Interpretationen der Wahrheit“. Bericht über die Tagung des Engeren Kreises der AGPD in Tübingen, 28. September – 1. Oktober 1998, in: Allgemeine Zeitschrift für Philosophie 24 (1999) 81).

26) Vgl. J. Binkowski, Die Wahrheit in den Massenmedien, in: Publizistik 8 (1963) 70.

27) P. Voß, Mündigkeit im Mediensystem. Hat Medienethik eine Chance? Anmerkungen eines Verantwortlichen zur Theorie und zur Praxis der Massenmedien, Baden-Baden 1998, S. 108. Zum Verhältnis von Realität und Medien, vgl. W. Früh, Realitätsvermittlung durch Massenmedien. Die permanente Transformation der Wirklichkeit, Opladen 1994.

28) Vgl. J. Binkowski, Die Wahrheit in den Massenmedien, S. 71-72.

- 29) Vgl. K. Bresser, Was nun? Über Fernsehen, Moral und Journalisten, Hamburg u.a. 1992, S. 139.
- 30) Vgl. G. Deussen, Ethik der Massenkommunikation bei Papst Paul VI., München, u.a. 1973, S. 23-31.
- 31) G. Deussen, Ohne Wahrheit keine Freiheit. Wahrheitserkenntnis und publizistische Medien in der katholischen Soziallehre, in: W. Wunden (Hg.), Wahrheit als Medienqualität (= Beiträge zur Medienethik, Bd. 3), Frankfurt/M. 1996, S. 64.
- 32) A.F. Utz/J.F. Groner (Hg.), Aufbau und Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens. Soziale Summe Pius XII., Bd. 1, Freiburg/Schw. 1954, Nr. 2102.
- 33) R. Guardini, Tugenden, Mainz 1987, S. 20.
- 34) Ebd., S. 22.
- 35) Vgl. ebd., S. 26.
- 36) Vgl. H. J. Reichtmann, Über Wahrheit und Unwahrheit im moralischen Sinne, Bonn 1979, S. 61.
- 37) P. Voß, Mündigkeit im Mediensystem, S. 152.
- 38) Osservatore Romano (deutsch), vom 23. 5. 1965.
- 39) Vgl. Herder-Korrespondenz 20 (1966) 53.
- 40) G. Deussen, Ohne Wahrheit keine Freiheit, S. 67.
- 41) Ansprache Papst Johannes Pauls II. an die Künstler und Publizisten im Herkulessaal in München am 19. November 1980, in: *Communicatio Socialis* 14 (1981) 182.
- 42) Ebd., S. 186.
- 43) Vgl. K. Schmidhüs, Einleitung zum Dekret über die sozialen Kommunikationsmittel, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 12, Freiburg/Br. 1966, S. 112.
- 44) Ebd., S. 115.
- 45) Päpstliche Kommission für die Instrumente der sozialen Kommunikation, Pastoralinstruktion „*Communio et progressio*“ über die Instrumente der sozialen Kommunikation (= *Nachkonziliare Dokumentation*, Bd. 11), Trier 1971. Vgl. hierzu: F.-J. Eilers u.a. (Hg.), *Kirche und Publizistik. Dreizehn Kommentare zur Pastoralinstruktion „Communio et progressio“*, München u. a. 1972.
- 46) Vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), *Welttag der sozialen Kommunikationsmittel. Botschaften und Leitworte seit Communio et Progressio (1971), 7.5.1989 (= Arbeitshilfen, Nr. 64)*, Bonn 1989.
- 47) Die hier aufgeführten Schriften sind in deutscher Sprache alle vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben worden.
- 48) Päpstlicher Rat für die Sozialen Kommunikationsmittel, Pastoralinstruktion „*Aetatis novae*“ zur sozialen Kommunikation zwanzig Jahre nach *Communio et Progressio* (= *Arbeitshilfen*, Nr. 98), Bonn 1992, S. 21.
- 49) Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), *Chancen und Risiken der Mediengesellschaft (= Gemeinsame Texte, Nr. 10)*, Hannover, Bonn 1997.
- 50) H. Boverter, Medien als Mythos und öffentliches Ritual. Zum Verhältnis von Religion und Massenkommunikation, in: *Die Neue Ordnung* 46 (1992) 215.
- 51) W. Wunden, Ehebruch in Film und Fernsehen, in: *Internationale katholische Zeitschrift „Communio“* 26 (1997) 74.
- 52) Vgl. M. Lohmann, Die gute Nachricht und die bösen Medien – Sitzt die Kirche in der Medienfalle?, in: *Die Neue Ordnung* 49 (1995) 135-144. Vgl. auch: H. Boverter, Ein gebrochenes Verhältnis. Die Kirche und die Medien, in: *Die Neue Ordnung* 38 (1984) 449-463.
- 53) Vgl. W. Korff, Die Welt der Medien als autonomer Kultursachbereich, in: W. Wolbert (Hg.), *Moral in einer Kultur der Massenmedien*, Freiburg/Schw. u. a. 1994, S. 30.

- 54) Vgl. W. Müller-Bringmann, Sorge um den deutschen Film, in: Die Neue Ordnung 17 (1963) 112-121.
- 55) Vgl. A. Pötscher, Medienethik, Thaur 1998, S. 33. „Kein Zweifel, der Entwurf einer umfassenden sowohl Medienschaffende als auch Mediennutzer gleichermaßen berücksichtigenden Medienethik steht noch aus.“ (G.W. Hunold, Ethik der Information. Prolegomena zu einer Kultur medialer Öffentlichkeit, in: W. Wolbert (Hg.) Moral in einer Kultur der Massenmedien, Freiburg/Schw. u.a. 1994, S. 31).
- 56) Thomas von Aquin, STh II-II, q. 168, a. 2. Vgl. W. Schöllgen, Soziologie und Ethik der Unterhaltung, in: Ders., Aktuelle Moralprobleme, Düsseldorf 1955, S. 67-92.
- 57) Vgl. Thomas von Aquin, ebd.
- 58) Vgl. R. Bruch, Die Geselligkeit als Gegenstand christlicher Sittenlehre, in: Theologie und Glaube 52 (1962) 370-371.
- 59) F. X. Linsenmann, Lehrbuch der Moraltheologie, Freiburg/Br. 1878, S. 266.
- 60) Exemplarisch kann hier die von W. Wunden herausgegebene Reihe „Beiträge zur Medienethik“ genannt werden, deren erster Band im Jahre 1989 erschienen ist (bis 1998 sind insgesamt vier Bände veröffentlicht worden).
- 61) Vgl. F. Furger, Wahrhaftigkeit, in: H. Rotter/G. Virt (Hg.), Neues Lexikon der christlichen Moral, Innsbruck, u. a. 1990, S. 851. Vgl. G.W. Hunold, Medienethik, in: J. Gründel (Hg.), Leben aus christlicher Verantwortung. Ein Grundkurs der Moral, Bd. 2: Schöpfung, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Düsseldorf 1992, S. 217-230. Vgl. A. Bondolfi, Die Pflicht zur Wahrheitsaussage. Zum Ertrag klassischer theologisch-ethischer Fragestellungen für die Medienethik, in: A. Holderegger (Hg.), Ethik der Medienkommunikation. Grundlagen, Freiburg/Schw. u.a. 1992, S. 167-191.
- 62) Vgl. E.K. Scheuch, Macht ohne Verantwortung. Vom Selbstverständnis des Fernseh-Journalismus, in: Die Neue Ordnung 38 (1984) 435. G. Virt stellt „Zehn Gebote“ für Journalisten auf (vgl. Ethische Normierung im Bereich der Medien, in: A. Hertz u.a. (Hg.), Handbuch der christlichen Ethik, Bd. 3, Freiburg/Br. u.a. 1993, S. 551-555).
- 63) P. Voß, Mündigkeit im Mediensystem, S. 183.
- 64) A. Pötscher, Medienethik, S. 185.
- 65) Vgl. ebd., S. 56.
- 66) K.-J. Kuschel, Ästhetik ohne Ethik?, S. 62.

Dr. habil. Clemens Breuer ist Oberassistent an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Augsburg.

Wolfgang Bergsdorf

Ethik in der Informationsgesellschaft

Der eine wartet, daß die Zeit sich wandelt,
der andere packt sie kräftig an und handelt.

Dante

Gesellschaftlich und technologische Entwicklungen suchen nach Bezeichnungen und irgendwann obsiegt darin eine Epochenbezeichnung über konkurrierende Begriffe. Heute ist die „Informationsgesellschaft“ oder die „Wissensgesellschaft“ in aller Munde. Solche Termini sind immer problematisch, weil sie aus der komplexen Vielfalt der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine einzige Dimension herausgreifen, um sie semantisch zur Epochenbezeichnung zu erhöhen. Und dennoch sind solche Bezeichnungen notwendig, weil sie die im Strom der Zeit vom zeitgenössischen Bewußtsein kaum merklichen Veränderungen auf einen Nenner bringen.

Natürlich will ein Begriff wie „Informationsgesellschaft“ oder auch „Wissensgesellschaft“ früheren Epochen nicht unterstellen, als ob Informationen und Wissen in ihnen keine Rolle gespielt hätten. Aber die ständig wachsende Verwendungshäufigkeit des Terminus „Informationsgesellschaft“ zeigt die Zentralität an, die der Information in unserer pluralistischen, von Globalisierungsängsten geschüttelten Wohlstandsgesellschaft zukommt. Zu Arbeit und Kapital tritt als dritte Quelle der Wohlstandswertschöpfung die Information hinzu, die anders als die beiden ersten Quellen mit Hilfe der Informationstechnologien auf sich selbst angewandt und so unerschöpflich gemacht werden kann. So hoffen jedenfalls die euphorischen Vordenker der Informationsgesellschaft.

Eines Schriftstellerlobes konnte sich ein Journalist erfreuen, der kürzlich schrieb, am Ende des 20. Jahrhunderts verfügten kleine Jungs über mehr Informationen über die Welt als *Voltaire*, *Kant* und *Goethe* zusammen. *Adrzej Szczyniorski* beurteilte mit etwas hinterhältiger Ironie den Urheber dieser Feststellung als „gescheit“, weil er seine Beobachtung ohne Triumph verkündet habe. Er machte auf eine Selbstverständlichkeit aufmerksam, die wir im täglichen Durcheinander aus dem Blickwinkel verlieren, die aber dennoch eine gefährliche und rätselhafte Warnung bildet.

Tatsächlich wissen wir heute über die Welt bei weitem mehr als vor 200 oder 100 Jahren. Wissenschaft und Technik haben für eine Explosion des Wissens gesorgt, deren Ende sich in keiner Weise andeutet. 9 von 10 Wissenschaftlern, die jemals gelebt haben, sind unsere Zeitgenossen. Das hat zur Folge, daß das verfügbare Wissen sich alle 10 bis 15 Jahre in den verschiedenen Disziplinen verdoppelt. So z.B. enthält eine beliebige Werktagsausgabe der *New York Times* mehr Informationen, als dem durchschnittlichen Europäer des 17. Jahrhunderts in seinem ganzen Leben zur Verfügung stand. Aber das wir heute klüger seien

als unsere Väter, Großväter oder Urgroßväter, das wagt niemand zu behaupten, nicht einmal der von *Adrzej Szczypiorski* gelobte Journalist.

Aber wir wissen mehr als unsere Väter und Großväter und dieses Wissen verdanken wir der Ubiquität und Omnipräsenz der Medien. Die Allgegenwart der Medien ist der Grund dafür, daß die Medien in der heraufkommenden Informationsgesellschaft mehr noch als zuvor als ihr zentrales Nervensystem Geltung beanspruchen können. Die explosionsartige Vervielfältigung der technisch erreichbaren Informationsmöglichkeiten verlangt vom Mediennutzer ein viel größeres Maß an souveräner Entscheidungskompetenz. Aufklärung heute kann deshalb verstanden werden als eine Befreiung von den Fesseln fremdbestimmter Kommunikation. Die Transparenz des Mediensystems und seiner Inpflichtnahme durch ethische Mindestnormen ist deshalb die erste Forderung der Rezipienten an die Medienproduzenten.

Die technologische Modernisierung der Medien und ihre Globalisierung verschärft das Spannungsverhältnis zwischen journalistischer Praxis und den Anforderungen der Medienethik. Jedem, der sich als Konsument oder gar Produzent mit Medieninhalten beschäftigt, drängt sich die Frage auf, ob künftig allein der Markt die Moral definiert, ob allein die Botschaft, die beim Publikum ankommt – gemessen an Einschaltquoten oder Auflagenhöhe – die moralischen Standards der Informationsgesellschaft bestimmen soll.¹ Es geht um die Möglichkeiten und Begrenzungen der Verantwortung der Produzenten von Medienangeboten ebenso wie um den verantwortlichen Umgang mit Medieninhalten bei den Konsumenten. Diese Fragen sind auch deshalb von einer zwingenden Aktualität, weil unsere mittlerweile 17jährigen Erfahrungen mit dem dualen System der Rundfunkordnung in Deutschland Zweifel haben entstehen lassen, ob Markt und Qualität deckungsgleiche Größen sein können.

In drei Schritten soll die Thematik erschlossen werden. Nach einigen einleitenden Bemerkungen über Moral und Ethik soll – zweitens – erläutert werden, was mit dem Ausdruck „Informationsgesellschaft“ gemeint ist. Dann soll – drittens – untersucht werden, ob diese Informationsgesellschaft andere oder neue ethische Maßstäbe verlangt. In diesem Zusammenhang verdient auch die Frage eine gründliche Prüfung, womit so etwas wie eine Spezialethik für Journalisten begründet werden könnte oder ob die Ethik der Kommunikation, wie sie seit Jahrtausenden Geltung beansprucht, lediglich der technisch vergrößerten Reichweite der Kommunikation angepaßt werden muß.

I.

Fragen formulieren ist einfach. Auf sie überzeugende Antworten zu finden ist sehr viel schwerer. Dies setzt eine Kultur der Anstrengung voraus, wie sie kürzlich von der Kultusministerkonferenz für Deutschland eingefordert wurde. Auch diese Formulierung beweist die enorme Verwendungsbandbreite des Begriffes Kultur, den dieser gemeinsam hat mit Begriffen wie Moral und Ethik. Gerade so häufig benutzte Begriffe wie Moral und Ethik, die oftmals synonym verwendet werden, weil sie das gleiche zu bezeichnen scheinen, bedürfen einer semanti-

schen Vorklärung. Unter Moral soll – entsprechend der lateinischen Herkunft des Begriffes – das verstanden werden, was in einer konkreten Gesellschaft als sittlich „gut“ Geltung beanspruchen kann, was als sittlich „gut“ gemeint, gefordert und annäherungsweise auch gelebt wird. Moral kommt vom lateinischen *mores*, das ist ein Sammelbegriff für Sitten, Gewohnheiten, Gesetze, Gesittung und Lebenswandel. Ethik hingegen ist die philosophische Beschäftigung mit der Moral, also die systematische und methodische Frage nach dem sittlich Guten. Aus dieser Unterscheidung ergibt sich, daß von Moral zumeist dann die Rede ist, wenn die Gesellschaft insgesamt oder ein Teil von ihr ins Blickfeld genommen wird. Von Ethik wird meistens dann gesprochen, wenn die Verantwortung des Einzelnen thematisiert wird. Ethik setzt immer Moral voraus, Ethik kann Moral nicht hervorbringen. Mit Hilfe der Ethik vergewissern Menschen sich über die Gründe und Ziele ihres Handelns, vor allem in einer Zeit wachsenden Orientierungsbedarfs.²

Kein Zweifel: Wissenschaft und Technik haben unser Leben erleichtert und sie haben unsere Kultur dynamisiert. Es sind vor allem die kulturellen und damit auch die politisch relevanten Nebenwirkungen von Wissenschaft und Technik, die unsere Orientierungsfähigkeit belasten. Der permanente Wandel, der sich an Radikalität und Intensität noch steigern wird, erschüttert, problematisiert und relativiert die auf Dauer angelegten Übereinkünfte, Bindungen und Verbindlichkeiten; er stellt für sie stets aufs Neue eine Herausforderung dar. Der technologische Fortschritt, die wachsende Komplexität der Politik und schließlich die Säkularisierung erzeugen in den modernen Demokratien jenen ungeheuren Bedarf an Moralität, an Selbstverpflichtungen also jenseits des Rechts.

Eine Möglichkeit, diesen neuen Bedarf zu stillen, ist die Moralisierung der Politik, wie sie auch von den Medien gerne genutzt wird. Es zeigt sich jedoch bald, daß dieser Weg kein Ausweg aus dem moralischen Dilemma moderner freiheitlicher Politik ist, sondern ein Holzweg. *Hermann Lübbe* hat seine brillante Schrift über den politischen Moralismus überschrieben mit „Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft“³. Unter politischem Moralismus versteht *Lübbe* u.a. die Selbstermächtigung zum Verstoß gegen die Regeln des allgemeinen Rechtes unter Berufung auf das angeblich höhere Recht der eigenen, moralisch besseren Sache.⁴ Die rechtsstaatliche Demokratie wird so „Fehldemokratie“ diffamiert, damit die Rechtsbrüche mit der eigenen höheren Moral gerechtfertigt werden können. *Lübbe* bezeichnet dies als die „Figur der moralistisch argumentierenden Selbstermächtigung zur Gewalt, wie sie, von Lenin bis Hitler, für die totalitären Führerschaften dieses Jahrhunderts charakteristisch ist“.⁵

Als einen weiteren Typ des politischen Moralismus will *Hermann Lübbe* das häufig unternommene Bemühen verstanden wissen, die Verbesserung eines politischen Zustandes von einer Intensivierung moralischer Gesinnung zu erwarten statt von einer Verbesserung der rechtlichen und politischen Institutionen. Wo organisatorische Phantasie und Energie nötig ist, soll stattdessen Prophetie (meistens in ihrer negativen Wendung) angeboten werden. All diese Methoden einer artifiziellen Aufladung der Politik durch Moralismus entspringen nach *Lübbes* Analyse der common-sense Schwäche moderner Demokratien, die durch

Gesinnungsintensität kompensiert werden. Die Überforderung der Gesinnung und die Unterforderung der Urteilskraft begründen den „Zweifel am Verstand“⁶, auf dessen vollgütige Mitwirkung die pluralistische Demokratie allerdings angewiesen ist. Gemeinsam ist allen Strategien der Moralisierung der Abwendung von jener Kardinaltugend des demokratischen Lebens, ohne die Freiheit und Pluralismus dauerhaft undenkbar sind, die Toleranz. Toleranz darf allerdings nicht als pluralistische Ignoranz verstanden werden, die von niemanden und vor nichts Interesse und Respekt entwickelt. Pluralistische Toleranz bedeutet auch nicht, jeder Meinungsäußerung und sei sie auch noch so dumm, bösartig oder gefährlich, die gleiche Aufmerksamkeit oder den gleichen Respekt zu bezeugen. Das demokratische Postulat der Toleranz zwingt auch niemanden, sich unterhalb seines intellektuellen und moralischen Niveaus zu begeben und Verständnis für jeden Unsinn zu entwickeln oder auch nur zu heucheln. Überhaupt verlangt Toleranz „die Pflicht zur Achtung nicht der Meinung des anderen, sondern seiner Person“, sie ist eine Konsequenz der Menschenwürde und der Freiheit des anderen.⁷

Den wachsenden Einfluß des Moralismus in der Politik ist die Erneuerung jener klassischen aristotelisch-thomasischen Kardinaltugend entgegenzuhalten, die es schwer hatte in letzter Zeit: die Klugheit. „Klugheit schließt immer politische Urteilskraft ein, an der es ... in dem Maße mangelt wie am Moralismus Überschuß waltet. Zur Klugheit gehören Sachlichkeit, Folgenwahrung und Folgenverantwortung. Fern liegen ihr gesinnungsethische Realitätenpflicht, forcierte euphorische und inszenierte Angst, kurz: jene politische Gefühligkeit, die Hegel geringschätzig ‚den Brei des Herzens‘ genannt hat. Klugheit kennt und bewahrt auch die Grenzen der Moral gegenüber dem politischen Sachverstand.“⁸ Der Bonner Moraltheologe *Franz Böckle* entwickelte aus dem Gebot der Klugheit im Blick auf das Spannungsverhältnis von Politik und Moral drei Handlungsmaximen⁹:

1. *Es ist das Richtige zu tun in einer gebrochenen Welt.* Diese These geht von der fundamentalen Spannung aus, unter der Menschen zu leben haben, der Spannung zwischen Wissen und Nichtwissenkönnen. Diese These behauptet, daß Menschen ihrer menschlichen und politischen Verantwortung nur dann gerecht werden, wenn sie – bei aller Begrenztheit der Einsicht – nach Prüfung aller Alternativen das tun, von dessen „Richtigkeit“ sie überzeugt sind. Dies bedeutet keine rasche Verantwortungsentlastungschance, sondern setzt eine gründliche Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen voraus.

2. *Das Ganze im Blick behalten.* Politische Verantwortung ist unteilbar. Ihre Gemeinwohlorientierung verbietet, daß einzelne Gesichtspunkte – und seien sie auch noch so wichtig – isoliert betrachtet und bewertet werden. Den NATO-Nachrüstungsbeschluß zum Beispiel nur als einen Schritt zur Aufrüstung zu bewerten und nicht seine beabsichtigten und auch bewirkten Effekte auf den Abrüstungs- und Entspannungsprozeß in Rechnung zu stellen, wäre eine Verkürzung der Perspektiven, die das Verdikt der Amoralität einer Entscheidung zurückblickend zumindest als voreilig erscheinen lassen. Heute wissen wir, daß diese Entscheidung eine der elementaren Voraussetzungen für die Implosion des

Kommunismus, für die Überwindung des Kalten Krieges und für die Wiedervereinigung Deutschlands waren.

3. *Die Ziel-Mittel-Relation beachten.* Die Richtigkeit einer ethischen Entscheidung stellt sich ganz allgemein als Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu einem moralischen Ziel. Daß ein guter Zweck schlechte Mittel nicht heiligt, ihr moralisches Defizit nicht beseitigt, ist heute allgemein als Prinzip anerkannt. Auch wird nicht bestritten, daß es objektiv norm- und sittenwidrige, also unmoralische Handlung gebe. *Franz Böckle* nennt in diesem Zusammenhang: „Täuschung durch Falschaussage, Tötung eines Menschen, Wegnehmen von Eigentum usw. sind in diesem Sinne objektiv sittenwidrig. Gestritten wird nur über die Frage, ob eine solche Qualifizierung objektiv feststehend oder ob sie bei aller objektiven Begründung doch als bedingt gelten müssen, weil das Leben, das Eigentum und auch der Anspruch auf wahre Information bedingte Güter seien und nur bedingte Rechte bestimmen. Dann müßten im konkreten Fall konkurrierende Rechte und Rechtsgüter abgewogen werden. Die Verletzung des einen könne dann durch die Bewahrung des anderen gerechtfertigt werden. Eine Falschaussage beispielsweise könnte dann etwa durch die Rettung eines Menschen vor ungerechter Verfolgung des anderen gerechtfertigt werden.“¹⁰

Es ist sicherlich nicht sinnvoll, solche Entscheidungssituationen als moralisches Dilemma zu bezeichnen. Sinnvoller erscheint es dagegen, von der Notwendigkeit auch moralischer Kompromisse in der Politik zu sprechen. Diese Kompromisse beziehen sich nicht auf die moralischen Überzeugungen, sondern auf ihre praktische Durchsetzung. Gerade demokratische Politik lebt von der Fähigkeit der politisch Verantwortlichen, Kompromisse zustande zu bringen. Der Kompromiß – das ist die Waffe der Klugheit – erhält hier eine eigene Würde, die zugleich ein Bollwerk gegen den Moralismus darstellt.

Wird Politik dadurch endgültig zu einem schmutzigen Geschäft? Sicherlich nicht, jedenfalls nicht mehr als bei anderen Geschäften. Denn Toleranz der anderen Person gegenüber, gepaart mit Klugheit, das heißt auch Kompromißbereitschaft, befestigt das Recht, erleichtert in der Politik und auch außerhalb der Politik das Zusammenleben und Zusammenwirken von Menschen unterschiedlicher Überzeugungen und Interessen. Insofern demokratische Politik darauf verzichtet, das größtmögliche Glück für die Menschen anzustreben, indem sie sich darauf konzentriert, das größte Unglück für den einzelnen wie für die Gesellschaft insgesamt zu verhindern, verdient sie prinzipielles Vertrauen. Insofern ist die zeitgenössische Diskussion über Politik und Moral nicht über jene Unterscheidung hinausgekommen, die schon *Immanuel Kant* getroffen hat. Er hat Grundsatzvertrauen gefaßt in „einen moralischen Politiker, d.i. einen, der die Prinzipien der Staatsklugheit so nimmt, daß sie mit der Moral zusammen bestehen können.“¹¹ Er konnte sich die Lösung der Spannung zwischen Moral und Politik nicht denken durch „einen politischen Moralisten ..., der sich eine Moral so schmiedet, wie es der Vorteil des Staatsmannes sich zuträglich findet“.¹²

Für *Kant* gibt es keinen speziellen Streit zwischen Moral und Politik, wohl aber einen Gegensatz zwischen moralischer Politik und politischem Moralismus. „Der politische Moralist (fängt) da an ..., wo der moralische Politiker billigerweise

endigt, und, indem er so die Grundsätze dem Zweck unterordnet (d.i. die Pferde hinter den Wagen spannt), seine eigene Absicht vereitelt, die Politik mit der Moral in Einverständnis zu bringen.“¹³

II.

Kant ist fast 200 Jahre tot. Seine Lebensumstände sind erkennbar andere als die, unter denen wir heutigen unser Leben zu meistern haben. Damit stellt sich die Frage nach den ethischen Anforderungen, denen sich die Menschen der Informationsgesellschaft zu stellen haben.

Das – glaube ich – wird der wichtigste Effekt der Informationsgesellschaft sein: Die Verabschiedung der Relevanz des Alltagswissens. Weil Erfahrung im Sinne von tradierter Erfahrung sehr stark an Bedeutung verlieren wird, muß das Leben zu einem permanenten Prozeß des Umlernens werden. Wir kennen schon heute die Formel bei Begrüßungen von Berufsanfängern: „Nun vergessen Sie alles, was Sie auf der Schule oder in der Uni gelernt haben.“ Die Globalisierung der Märkte und – als ihre Voraussetzung – die Globalisierung der Informationsnetze sorgt einerseits dafür, daß sich die Galaxie des abendländischen Wissens mit Lichtgeschwindigkeit ausdehnt und dieses Wissen zudem überall zur Verfügung steht, so daß das menschliche Gedächtnis nicht länger herausgefordert wird. Andererseits entscheidet die Schnelligkeit des Wandels, die Sensibilität für Zeitdifferenzen über die Chancen auf dem Markt, so daß heute niemand wissen kann, was er morgen wissen muß, um sich wirtschaftlich zu behaupten.

Die Welt der Informationsgesellschaft wird beherrscht von dem Triumvirat von Hardware, Software und dem Menschen. Hardware ist nicht länger ein Produkt aus Eisen, sondern eine millionenfache Wiederholung winziger Siliziumtransistoren. Das Milliardengeschäft namens Software ist eine logische Abstraktion, die von den Zeiten und Räumen der Maschinen prinzipiell absieht, um sie in der Theorie, aber auch nur in ihr, zu beherrschen (*Friedrich Kittler*). Hardware und Software sind unschlagbar im Suchen, Speichern, Rechnen. Aber der Mensch ist unschlagbar im Bewerten, in der Interpretation und in der Herstellung des Kontexts. Die Sintflut der Daten, die sich täglich über uns ergießt, bietet keinen Sinn. Sinn ergibt sich erst aus dem Kontext, und dieser kann nur vom Menschen hergestellt werden.

Sowohl die Produzenten wie die Distributoren wie auch die Rezipienten medialer Angebote haben sich in der Informationsgesellschaft der Herausforderung zu stellen, aus der Sintflut von Informationen jene herauszufiltern, die relevant sind für eigene Lebensführung, für die politische Willensbildung, für die kulturelle Orientierung. Das „Neue“ der Informationsgesellschaft besteht nicht in einer grundsätzlich veränderten Qualität im Vergleich zur modernen Massenkommunikation, sondern in einer veränderten Quantität der Informationsdichte, die der einzelne Journalist wie auch der einzelne Rezipient zu bewältigen hat. Eine qualitative Veränderung allerdings ist in der Re-Individualisierung der Massenmedien zu sehen. Die technischen Möglichkeiten der Datenkompression, der Digitalisierung und des interaktiven Zugriffs ermöglichen dem Nutzer der Multimedia-

Angebote eine enorme Steigerung seiner Souveränität als Konsument. Jeder wird künftig sich seine Information, Bildungs- und Unterhaltungsprogramme nach seinen speziellen Bedürfnissen und Interessen zusammenstellen können. Das Grundgesetz der Massenkommunikation lautet: Einer druckt oder sendet, viele lesen, hören oder sehen das gleiche. Das neue Grundgesetz von Multimedia heißt: Jeder wird sein eigener Programmdirektor, jeder entscheidet selbst, welchen Inhalten er die knappe Ressource seiner Aufmerksamkeit zuwendet.

Die explosionsartige Vervielfältigung und die globale Verfügbarkeit des Informations- und Unterhaltungsangebotes und die daraus erwachsene Selektionsnotwendigkeit verschärfen die Frage nach den Entstehungsbedingungen der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit. Hinter dieser nur scheinbar akademischen Frage verbirgt sich eine ganze Batterie von offenen Problemen, unter denen der Zusammenhang von Gewaltdarstellungen im Fernsehen und Kriminalitätserwartungen des Publikums nur ein Problem ist. Welche konkrete politische Bedeutung diese Frage hat, haben die amerikanischen Kommunikationsforscher *George Gerbner* und *Larry Gross* schon vor 15 Jahren in einer interessanten Untersuchung aufgezeigt. In einer Studie über Gewaltdarstellungen im Fernsehen und Gewaltvorstellungen des Publikums haben die Forscher herausgefunden, daß Personen, die viel fernsehen (heavy viewers) (täglich mehr als 3 Stunden), etwa zehnmal häufiger Furcht hatten, selbst ein Opfer von Gewalt zu werden, als Zuschauer, die wenig oder gar nicht fernsehen.

Der Politikwissenschaftler *Robert D. Putnam* hat diese These von der wirklichkeitsverzerrenden Wirkung eines hohen Fernsehkonsums kürzlich bestätigt gefunden. Mit zunehmender Dauer des Fernsehkonsums nimmt die Bereitschaft zum überindividuellen Engagement, zum Vertrauen in Institutionen oder Mitmenschen und auch zur Teilnahme an Wahlen ab. *Putnam* behauptet: Je mehr man fernsieht, desto weniger Vertrauen hat man zu Institutionen und Personen. Je mehr man Zeitung liest, desto größer ist das Vertrauen generell.

Da das Entspannungsbedürfnis auch künftig im Vordergrund der medialen Nutzungsmotive stehen wird, kann der Liebhaber von *action-* oder *science fiction-*Programmen künftig noch mehr solche Programme erleben, die er schon kennt, noch häufiger das erfahren, was er schon weiß. Das Ergebnis ist eine gesteigerte Selbstbezüglichkeit, die der Bamberger Soziologe *Gerhard Schulze* als *Kaspar-Hauser-Syndrom* bezeichnet. Der passive Nutzer von Multimedia gerät in die Nachbarschaft des kommunikativ total isolierten Menschen. Er begegnet sich nur noch selbst, und er wird wenig Grund haben, dies zu ändern, wenn er sich nach einiger Zeit dabei wohlfühlt, in der „Stallwärme des eigenen Ichs“ (*Gerhard Schulze*) zu sitzen. Der anregende Blick über den Rand des ohnehin geschrumpften Tellers wird dem passiven Nutzer von Multimedia schwerfallen.

Dies dürfte allerdings auch für einen Teil der aktiven Nutzer gelten, die sich den neuen Möglichkeiten gezielt zuwenden und über ihre Computer immer wieder im Internet miteinander kommunizieren. Der Kommunikationszweck gilt dem Hauptinteressengebiet, dessen Wissensbestände so enorm erweitert werden können. Multimedia holt den entfernten Partner so nah heran, daß er tatsächlich nah zu sein scheint. Diese Umschichtung von Nah- und Fernkontakten verdichtet das

Hauptsächliche und vernichtet gleichzeitig das Nebensächliche, das in der persönlichen Kommunikation von Gesicht zu Gesicht für Überraschung sorgt.

Zunächst wird Multimedia eine Theorie bestätigen, die wir schon bisher aus der Kommunikationswissenschaft kennen: die Wissenskluft-Theorie der Wissenskluft-Forschung. *Heinz Bonfadelli* und *Ulrich Saxer*, die schweizerischen Initiatoren, werden interessante Arbeiten schreiben können. Schon bei der Konsumption von Fernsehprogrammen fanden sie heraus: Fernsehen macht die Klugen klüger und die Dummen dümmer. Diejenigen, die über eine aktive Intelligenz verfügen, werden die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um ihren Wissensvorsprung auszubauen. Wer sich eher passiv und selbstbezüglich den neuen perfektionierten Medien zuwendet, wird nicht mehr von mehr wissen, sondern nur mehr desselben. Diese Wissenskluft wird auf absehbare Zeit nicht nur eine Kluft zwischen Intelligenzen und weniger Intelligenzen, aktiven und eher passiven Nutzern, sondern auch eine Kluft zwischen Jüngeren und Älteren sein.

Deshalb ist auf den Erwerb von Kompetenz im Umgang mit dem multimedialen Angebot besondere Aufmerksamkeit zu lenken. Dazu gehört, die Fundamente unseres kulturellen Erbes freizulegen, und das ist die Schriftlichkeit. „Man muß lesen, Celeste“, hat *Marcel Proust* seine Haushälterin ermahnt. Nur durch Lesen können Menschen sich selbst begegnen, sich ihrer selbst vergewissern und Selbstvertrauen und Vertrauen zu anderen entwickeln. Nur so können in der Postmoderne Orientierungsprobleme abgebaut werden.

III.

Die Neophilie, die Neugier also, ist – darauf macht *Otto B. Roegele* immer wieder aufmerksam – als anthropologische Grundkonstante das mächtigste Motiv menschlicher Kommunikation. Unter den Lebewesen ist es allein der Mensch, der sich seiner geschichtlichen Herkunft bewußt sein kann und seine Zukunft gestalten will. Deshalb ist er auf Signale der Stabilität wie der Veränderung seiner Lebenswirklichkeit angewiesen. In den modernen Großgesellschaften fällt den Medien die Aufgabe zu, die Bürger über das zu unterrichten, was für ihre politische Meinungsbildung von Belang ist. Journalismus ist deshalb in allererster Linie Vermittlungstätigkeit. Seine Aufgabe ist eine öffentliche Aufgabe. Seine professionellen Privilegien wie z.B. Quellenschutz, Auskunftsrechte sind treuhänderisch wahrgenommene Vorrechte. Journalisten haben deshalb eine größere Verantwortung für die Inhalte ihrer Botschaften als die Partner der persönlichen Kommunikation, weil sie Schlüsselpositionen innehaben im Netzwerk des Massenkommunikationssystems. Der journalistische Beruf ist auf die Vermittlungsleistung spezialisiert. Er muß seinen Ehrgeiz darin sehen, Information, Orientierung und öffentliche Debatte im Vorfeld der Entscheidung ebenso wie danach zustande zu bringen. Je komplexer die Wirklichkeit, desto stärker ist der Konsument von Medienbotschaften darauf angewiesen, daß die Verwaltung seiner Neugier durch die Medien in den Bereichen funktioniert, die sich seiner unmittelbaren Beurteilungsfähigkeit entziehen.¹⁴ Deshalb ist die wichtigste Ver-

pflichtung des Journalisten sein Bemühen um die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Mitteilungen.

Weil die Lebenszeit des Menschen begrenzt ist, gerät Aufmerksamkeit zur knappsten aller Ressourcen. Daraus ergibt sich als zwingende Verpflichtung des Journalisten die Trennung von Belangvollem und Belanglosem, gegen die gerade in unserer postmodernen Zeit der Beliebigkeit so häufig verstoßen wird.

Die für die traditionellen Massenmedien entwickelten ethischen Grundsätze gelten grundsätzlich auch für die künftige Informationsgesellschaft. Sie müssen allerdings spezifiziert werden. Die für jene gegebenen klaren Bedingungen wie etwa die eindeutige Verantwortlichkeit des Chefredakteurs oder des Intendanten einer Rundfunkanstalt zerfließen unter dem Ansturm der Informationsflut digitalisierter Daten.

Natürlich gilt das Grundgesetz und damit die von ihm repräsentierte Wertordnung auch für die technisch veränderte Welt in Deutschland. Vor allem Art. 5 GG bleibt als Garantie der Freiheit der Meinungsäußerung von zentraler Bedeutung. Er hat die Meinungsvielfalt sicherzustellen. Die Vielfalt der Meinungen wird als zwangsläufige Folge der globalen Vernetzung ohnehin realisiert werden. Einen durchsetzbaren Anspruch auf objektive Information allerdings gibt es nicht und kann es nicht geben. Jeder hat vielmehr das Recht, sich des weltweiten Netzes zu bedienen und darin seine Meinung ohne Verpflichtung zur Objektivität darzustellen. Es fehlt insoweit jedes Aufsichtsorgan und auch jeder Rechtfertigungszwang für mangelnde Objektivität.

Gleichwohl bewegen sich auch die neuen Dienste nicht in einem rechtsfreien Raum. Was *offline* strafbar ist, bleibt auch *online* strafbar. Die grenzüberschreitende Vernetzung läßt es jedoch zumindest als problematisch, in der Regel sogar als unmöglich erscheinen, die Verursacher etwaiger Rechtsverstöße zu fassen. Der einzelne Staat als Ordnungsmacht und Sanktionskraft stößt daher bei Rechtsverstößen sehr schnell an seine Grenzen. Internationale Abkommen benötigen dagegen viel, möglicherweise zuviel Zeit bis zum Vertragsabschluß, um als Basis gemeinsamen staatlichen Handelns wirksam werden zu können. In der Vergangenheit haben sowohl die Vereinten Nationen wie auch die UNESCO – was kaum in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen ist – ethische Grundsätze für journalistische Verantwortung kodifiziert, die jetzt – im Blick auf die globalisierten Netze – vervollständigt werden müssen. Unabhängig davon, ob und wann dies gelingt, werden die Produzenten und die Rezipienten künftig stärker als in der bisherigen Medienordnung auf ihre eigenen Einsichten zurückgeworfen und müssen selbst bestimmen, welche Informationen sie entweder anbieten oder in Anspruch nehmen wollen.

Gefragt werden sowohl die Fähigkeit des Umgangs mit den neuen Technologien, wie auch die Kompetenz zur Einordnung der durch diese Technologien vermittelten Informationen und schließlich Urteilskraft zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Angeboten der neuen Technologien.

Die notwendige Vermittlung der vorgenannten Fähigkeiten bedeutet daher zunächst vor allem eine ungeheure Herausforderung unseres traditionellen Bil-

dungswesens. Während dieses noch davon ausgeht, dem Lernenden Wissen linear, logisch und monomedial durch den Lehrer im Prinzip über ein Frage-Antwort-Verhältnis zu vermitteln, können die Lernenden heute auch über die Computer und CD-ROMs umfangreiches Wissen erwerben. Sie können dabei ihre persönlichen Interessen viel stärker als im klassengebundenen Unterricht wirksam werden lassen. Es genügt heute nicht, Wissen zu erwerben, vielmehr muß auch die Fähigkeit entwickelt werden, das verfügbare Wissen zu organisieren, um es für einen selbstgewählten Zweck nutzen zu können.

Dies bedeutet nicht Verzicht auf umfassende Bildung. Im Gegenteil: Wer sich ohne ausreichende Bildung der Informationsflut aussetzt, läuft Gefahr, darin zu ertrinken. Gebildete werden sich in den Informationsquellen zurechtfinden, sie ausnutzen, auswählen und im Interesse eines gesetzten Zieles in Anspruch nehmen.

Das Grundgesetz stellt an die Spitze der Grundrechte die Würde des Menschen. Aus ihr ergibt sich seine Freiheit, im Rahmen der Gesetze eigenverantwortlich zu handeln. Dies ist der grundlegende Wert auch unserer Kommunikationsordnung. Dieser hohen Einschätzung des Wertes und der ethischen Verpflichtung, verbunden mit der Einsicht in die begrenzten Wirkungsmöglichkeiten gesetzlichen Rechts, würde es entsprechen, wenn Anbieter und Nutzer der neuen Technologien sich im Interesse höherwertiger Güter wie insbesondere des Jugendschutzes und andere ethischer Standards Selbstregulierungen auferlegen. Je besser solche Selbstregulierungen ihren Zweck erfüllen, um so geringer wird der Regulierungsbedarf durch Gesetzgeber und staatliche Organe.

Dies verlangt, den Blick über den Tellerrand der nationalen Betrachtung zu heben und sich mit den Vorzügen anderer Medientraditionen zu beschäftigen. Von dem angelsächsischen Journalismus ist die stärkere Faktenorientierung zu lernen und die medieninterne Organisation journalistischer Selbstkontrolle. Das professionelle Selbstverständnis englischer und amerikanischer Journalismus ist meilenweit von der hier vorhandenen üblichen Meinungsdominanz entfernt und orientiert sich an der Hauptaufgabe des Mediensystems, das Publikum mit zuverlässigen Informationen zu versorgen. An der französischen Medienordnung können wir Deutschen lernen, welche Qualitätssteigerung Medieninhalte erfahren können, wenn der trennende Graben zwischen Literatur und Journalismus, zwischen Wissenschaft und Medien nicht so unüberbrückbar ist wie bei uns. Bildschirmpräsenz ist dort sehr viel weniger als bei uns Voraussetzung für Bestsellererfolg. Dort zählen mehr als bei uns die Idee und der Stil. Von der italienischen Presse können wir lernen, wie der traditionelle Bildungskanon eines Landes – Zeitgeist ignorierend – weitergegeben wird und dies in einer sorgfältig gepflegten Sprache, die unerschrocken selbst am Konjunktiv festhält, der in Deutschland nur von sehr anspruchsvollen Zeitungen genutzt wird.

In seinen Reflexionen über journalistische Kardinaltugenden schreibt *Wolf Schneider*, langjähriger Leiter der Hamburger Journalistenschule, seinen Schülern und Kollegen ins Stammbuch: „Es sind vor allem diese hauptberuflichen Skandaljäger, die sich gern zur vierten Gewalt stilisieren; sie sitzen zumal beim Spiegel, beim Stern, bei der TAZ und bei den politischen Fernsehmagazinen.

Dem Bürger das Optimum an Informationen zu liefern, betrachten sie eben nicht als ihre zentrale Aufgabe. Sie sind es, die das nicht *wollen*, was die meisten ihrer Kollegen nicht *können*: sauber informieren.

Worin zeigt sich solches Unvermögen zur klaren Information? Was fehlt der Mehrzahl der Journalisten – denen also, die sich nicht der vierten Gewalt, nicht als Skandaljäger oder Weltverbesserer verstehen und insofern den Dienst am Bürger doch leisten können sollten? Es fehlt ihnen vor allem an fünferteil: Sachkenntnis, Weltkenntnis, Mißtrauen, Rückgrat – und an der Liebe zu ihren Lesern und Hörern.“¹⁵

Diese Stichworte erklären sich von selbst, denn sie sind die auf den Journalismus bezogenen Adaptionen der christlichen Kardinaltugenden Klugheit, Mäßigung, Tapferkeit und Gerechtigkeit. Nur die fünfte der Schneiderschen journalistischen Kardinaltugenden, die Liebe zum Leser, Hörer und Zuschauer, bedarf einiger Worte der Kommentierung. Sie wendet sich gegen die Gleichgültigkeit der Journalisten gegenüber dem begrenzten Aufnahmevermögen des Publikums. In Mißachtung des Rezipienten durch Journalisten, die *Schneider* vor allem an einer unverständlichen oder komplizierten Sprache festmacht, erkennt er die journalistische Ursünde des Hochmuts genau so wie in der angemäßen Missionarsrolle wie im eifrigen Kommentieren ohne Sachkenntnis. Er verlangt für journalistische Texte schlichteste verfügbare Wörter in durchsichtig gebauten Sätzen. Er meint: „Ein Journalist, der gelesen werden und auch insoweit seine Informationspflicht erfüllen will, sollte entweder schreiben wie Luther oder Brecht, das heißt einfach und prall oder wie Lessing, Lichtenberg oder Büchner, das heißt brillant und transparent zugleich.“¹⁶ Natürlich weiß auch *Wolf Schneider*, daß diese Ziele im journalistischen Alltag nicht zu erreichen sind, aber das Streben danach, jedenfalls das Bemühen um Klarheit und Transparenz sollte dem Journalismus nicht abhanden kommen.

Die christlichen Kardinaltugenden oder auch ihre auf den Journalismus bezogenen Adaptionen bieten Instrumente, um die Wirklichkeit so zu sehen wie sie ist und diese Sicht auch kommunikativ durchzusetzen. Wahrheit schwebt ja nicht irgendwo. Sondern Wahrheit ist das Sichzeigen und Erkennen von Wirklichkeit. *Josef Pieper* lehrt, „aus der so ergriffenen Wahrheit leben und wirken – darin liegt das Gute des Menschen, darin besteht sinnvolles menschliches Leben. Jeder, der als Mensch zu leben begehrt, ist auf Nahrung der Wahrheit angewiesen. Auch die Gesellschaft lebt – und das geht ja unmittelbar Publizisten an –, von der öffentlich präsent gemachten und präsent gehaltenen Wahrheit.“¹⁷ Die Präsenz der Wahrheit wird nur durch die Ordnung der Sprache (*Josef Pieper*) ermöglicht. Mit Ordnung der Sprache ist nicht primär ihre formale Perfektion gemeint. Vielmehr soll diese Formulierung die Notwendigkeit hervorheben, so zu sprechen und zu schreiben, daß die Wirklichkeit möglichst unentstellt und möglichst unverkürzt zu Wort kommt.

Also: wir benötigen keine neue Ethik für die Informationsgesellschaft, sondern eine Rückbesinnung auf die ins Journalistische gewendeten Kardinaltugenden, die nichts anderes darstellen als lebenspraktisch bewährte Grundforderungen für einen zivilen Umgang der Menschen einer Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1) Peter L. Berger, Thomas Luckmann: *Modernität, Pluralismus und Sinnkrise*, Gütersloh 1995; sowie Thomas Luckmann (Hrsg.): *Moral im Alltag, Sinnvermittlung und moralische Kommunikation in intermediären Institutionen*, Gütersloh 1998.
- 2) Bernhard Sutor: *Kleine Politische Ethik*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 341, Bonn 1997, S. 10.
- 3) Hermann Lübbe: *Politischer Moralismus*, Berlin 1987.
- 4) Ders., *Politischer Moralismus*, in: Werner Becker und Willi Oelmüller (Hrsg.): *Politik und Moral. Entmoralisierung des Politischen?* Stuttgart/München 1987, S. 75.
- 5) ebd.
- 6) So der Titel eines Buchessays von Elisabeth Noelle-Neumann und Heinz Maier-Leibniz, mit dem die Autoren die Entwertung des Verstandes als Orientierungsinstrument aufhalten wollen.
- 7) Vgl. hierzu: Josef Isensee: *Vom Charme der Unsinnlichkeit*, in: *Die Welt*, 4. Okt. 1989.
- 8) ebd.
- 9) Vgl. hierzu und für das folgende: Franz Böckle: *Politik jenseits von Gut und Böse*, in: Werner Becker (Hrsg.): a.a.O., S. 24 f.
- 10) ebd., S. 27.
- 11) Immanuel Kant: *Im Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, Anhang*, Stuttgart 1983, S. 55.
- 12) ebd.
- 13) ebd., S. 62.
- 14) Otto B. Roegele, *Verantwortung der Journalisten*, in: Peter Schiwy, Walter G. Schütz (Hrsg.): *Medienrecht*, Neuwied 1990, S. 337.
- 15) Wolf Schneider: *Über journalistische Kardinaltugenden*, in: *Bertelsmann Briefe Juni* 1995, S. 50 ff.
- 16) a.a.O., S. 53.
- 17) Josef Pieper: *Berufsethos des christlichen Publizisten*, Münster 1995, Manuskript S. 19.

Prof. Dr. Wolfgang Bergsdorf, Ministerialdirektor a.D., ist Präsident der Universität Erfurt.

Was ist los mit Presse und Fernsehen?

Aus der Sicht einer Fernsehkorrespondentin.

Geht die Ethik im Journalismus vor die Hunde? Diese Frage drängt sich vielen Lesern und Fernsehzuschauern auf in Anbetracht der Entgleisungen, die allein im Jahr 2000 in den Medien zu beobachten waren. Da war die unsägliche, ohne jede ernste Recherche gedruckte Bildschlagzeile „Neonazis ertränkten Kind“, die die ganze Kleinstadt Sebnitz und ihre Bürger gleich als Zuschauer der angeblichen „Mordtat“ mit an den Pranger stellten. Wobei fast alle Medien, auch seriöse große Zeitungen, in einem Anfall von Besinnungslosigkeit bei der Hatz mitmachten. Da war die genüßlich ausgeweidete Schilderung der Scheidung von *Boris Becker* und Frau *Barbara*, über die z. B. „Bild“ 45 mal mit Schlagzeilen berichtete; da war die zum Teil mit Krokodilstränen geschilderte Geiselnahme in Jolo mit gnadenlosen Bildern ohne Respekt vor den Leiden der Opfer; da war die Berichterstattung über die Präsidentenwahlen in den USA, bei der sich fast die gesamte Presse, gleich ob Print-Medien oder elektronische Medien, mit immer wieder falschen Berichten und Einschätzungen namenlos blamiert hatten, und da war die geschmacklose Show „Ich heirate einen Millionär“, in der heiratswillige Frauen sich wie fleischgewordene Puppen zum Kauf anboten. *Last not least* ist da die voyeuristische Schilderung von den Vorgängen im Container vom „Big Brother“ und zwar auf niedrigstem Niveau. Wobei ich es besonders pikant finde, daß der Titel dieser Sendung dem Zukunftsroman „1984“ von *Orwell* entlehnt wurde, der darin eine Lebenssituation schildert, in der ein zutiefst menschenverachtender Terrorstaat von dem „großen Bruder“ überwacht wird. Aber vielleicht haben die Produzenten dieser Show *Orwells* Buch gar nicht gelesen.

Die Liste der genannten Beispiele ließe sich sicherlich verlängern. Wie kommt es zu derartigen Entgleisungen? Vor dem Versuch, auf diese Frage Antworten zu finden, seien zwei Vorbemerkungen erlaubt.

1. Die Presse, und die Journalisten die sie machen, eignen sich besonders schlecht für eine Generalisierung. Die weit überwiegende Zahl von Journalisten berichten, kommentieren und filmen seriös und verantwortungsvoll.
2. Wenn dieser Versuch einer Analyse etwas fernsehlastig wird, so möge man mir das nachsehen. Das Fernsehen ist nach einem Vierteljahrhundert meiner Arbeit im ZDF das Medium, das ich am besten kenne. Ich habe dabei aber auch kein schlechtes Gewissen. Abgesehen vom „Spiegel“, „Focus“ und „Bild“ ist nun einmal das Fernsehen zum wichtigsten Medium für die Unterrichtung der Menschen geworden. Und diese Menschen wollen erstens schnell und zweites visuell unterrichtet werden – wenn überhaupt. Nur sehr seriöse, zumeist überregionale Druckerzeugnisse, z. B. die „FAZ“, können es sich leisten, mit dem

Spitznamen „Deutschlands Zeitung von gestern“ zu leben. Und sie haben einen Weg gefunden, wie sie das zeitliche Hinterherhinken ausgleichen – nämlich mit sehr ausführlichen Artikeln, manchmal über ganze Doppelseiten – also wahre Bleiwüsten über ein einziges wirklich nicht weltbewegendes Thema. Ich denke da z. B. an die „Welt“, die über den Kokainskandal des Fußball-Trainers *Daum* in einer Ausgabe zwei ganze Seiten volldruckte.

Nun aber zu der Frage, ob die Ethik in den Medien keine Rolle mehr spielt. Wie kommt es zu den geschilderten Entgleisungen? Unter welchen Bedingungen arbeiten Journalisten in den verschiedenen Medien? Was verführt die eine oder andere Publikation zu Übertreibungen, fehlerhaften und nicht ordentlich recherchierten Berichten?

Journalisten leben unter zwei gegensätzlichen Maximen: Die eine: „Wir sind nur die Kellner, der Inhalt wird woanders gemacht“ – und die andere: „Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht“. In beiden Sprüchen, so banal sie klingen, liegt ein Stück Wahrheit. Journalisten müssen über Dinge berichten, die andere verursachten und zu verantworten haben. Journalisten müssen aber auch auswählen und darüber berichten, was die Leser und Zuschauer interessiert: und es ist nun einmal so, daß schlechte Nachrichten sich besser verkaufen als gute Nachrichten.

Ethische Fragen

Zum anderen: Journalisten stehen in allen Medien unter dem Diktat des Zeitdrucks; es sei denn, sie schreiben fürs Feuilleton oder die Wissenschaftsseite. Im Zeitalter der Elektronik, ja eigentlich schon seit Erfindung des Radios, eilt jede relevante Nachricht mit Hilfe von Funk und Satelliten in Sekundenschnelle über den Erdball. Das heißt: Wer Autoradio hört oder zu Hause den Videotext einschaltet, weiß manchmal schneller als mancher Journalist, was wo passiert ist. So hechelt der Journalist hinterher, muß aber sein Medium so schnell wie möglich bedienen, wobei er schon berichten soll, warum das Ereignis eingetreten ist. Vielfach übernimmt er aber auch *nolens volens* – und ungeprüft – was das Radio oder die Agenturen gemeldet haben. Für eigene Recherchen bleibt dann wenig Zeit. Um so mehr ist es der Ehrgeiz von Vollblutjournalisten, selber Nachrichten zu finden und zu verbreiten. Als Quellen dienen ihm Indiskretionen, bezahlte Informationen, gute Beziehung zu Politikern, Showstars oder zu Fußballtrainern etc. Außerdem gibt es gewisse Informationskreise für ausgesuchte, der veranstaltenden Partei genehme Journalisten, so z. B. der Club „gelbe Karte“ der SPD und nicht zuletzt der deutsche Presseclub, der allerdings nur Hintergrundgespräche erlaubt, d. h., *off the Record* über die nicht direkt berichtet werden darf, die aber, wie man so sagt, „für den Hinterkopf“ nützlich sind. Hat aber ein Reporter mal auf eigene Faust recherchiert – und das gilt natürlich besonders für aktuelle Anlässe – so passiert es gar nicht selten, daß der zuständige Mann in der Redaktion, der den Artikel in Druck geben soll, ihn abtut mit der Bemerkung „das kam ja gar nicht über dpa“. Die Presseagenturen, so nützlich sie sein mögen, sind also

nicht selten auch eine frustrierende Behinderung für journalistische Eigeninitiative.

Andererseits muß man fragen, wieweit eigentlich der sogenannte „investigative Journalismus“ gehen darf; wieweit sich Presseleute als selbsternannte Staatsanwälte aufführen dürfen; wieweit sie über noch gar nicht erwiesene Verdächtigungen, nicht, wie es sich gehörte, im Konjunktiv und mit Fragezeichen versehen schreiben, sondern Vorfälle als bereits erwiesene Tatsachen darstellen.

Hier stellt sich die Frage nach der Ethik der journalistischen Berichterstattung besonders. Andererseits gibt es Fälle, in denen nur mit sehr – um es vorsichtig auszudrücken – robusten Recherchen zur Wahrheit vorzudringen ist. Spektakuläres erlebten wir in diesem Kontext in den USA. Da war die Aufdeckung der Watergate-Affäre, der Sex-Skandal von Präsident *Clinton*, kriminalistische Verwicklungen von prominenten Politikern; und in Europa Korruption und schwarze Kassen, die ohne die eifrigen Recherchen einiger Journalisten vielleicht nie ans Licht gekommen wären. In all diesen Fällen ist die Abwägung zwischen Schnüffelei und gewissenloser Vorverurteilung einerseits und der berechtigten Aufdeckung von Verfehlungen andererseits gar nicht so einfach.

Will man der Frage nachgehen, was kommt bei investigativen Journalismus – von den erwähnten Fällen im politischen Raum einmal abgesehen – vielfach heraus, so zeigt sich: Zwar boomt der investigative Journalismus, aber gerade der Wettstreit zwischen den verschiedenen Medien führt dazu, daß es für einen Fall immer neue, eilig veröffentlichte Enthüllungsankündigungen gibt, so daß statt harter Fakten meistens nur Unwesentliches, Aufgebauschtes zu erfahren ist. Zudem wird diese Form des Journalismus auch gern abgebremst durch PR-Fachleute z. B. in politischen Schaltstellen und in großen Firmen. Immerhin gibt es in Deutschland 20.000 PR-Fachleute, Pressereferenten, Werbeexperten etc., die 40.000 Journalisten gegenüberstehen. Dazu kommen noch „Offenbarungen“ von interessierter oder betroffener Seite. So erklärte z. B. *Hans Leyendecker* von der Süddeutschen Zeitung, der bei der Parteispenden-Affäre um *Helmut Kohl* und die CDU an vorderster Front recherchierte, daß es nie zur Aufdeckung dieser Skandale ohne die Informationen von gewissen „Parteifreunden“ gekommen wäre.

Indessen: Nicht immer sind Politiker bei der journalistischen Arbeit hilfreich, so gern sie sich auch in der Presse darstellen wollen. Nicht selten muß sich ein Reporter Ausdrücke gefallen lassen, die er von normalen Bürgern kaum hinnehmen würde. So begrüßte *Helmut Schmidt* auf ihn wartende Journalisten gerne als „Wegelagerer“ und „Zigeuner“. *Ludwig Erhard* beschimpfte Literaten als „Pinscher“ und *Joschka Fischer* soll gesagt haben, Journalisten seien „5-Mark-Huren“.

Manchmal sind es übrigens gerade die PR-Leute, die nicht verhindern, sondern Nachrichten produzieren, auf die Journalisten hereinfliegen. So geschehen z. B. bei dem monatelangen Presse-Rummel um die Bohrinself „Brent Spar“ und um das Engagement von *Green Peace*. Das von dieser Vereinigung verbreitete dramatische Schwarz-Weiß-Gemälde hatte einen bedauerlichen Fehler: Viele Daten

und Erkenntnisse, von der Presse gierig verarbeitet, entpuppten sich bei einer später einsetzenden Überprüfung als verzerrt, maßlos übertrieben und z. T. schlicht falsch. Die Brent-Spar-Kampagne erwies sich für *Green Peace* als gelungene PR-Aktion gegen rückläufige Spendeneinnahmen. „Spiegel-TV“ wie „Stern-TV“ fielen auf die frei erfundenen Filme von Ku-Klux-Klan und rechtsradikalen Bombenbastlern des Filmfälschers *Born* herein. Und schließlich das Waldsterben: Auch renommierte Zeitungen glaubten lange einer Handvoll Wissenschaftlern, die das Endstadium des mit dem Tode ringenden Waldes predigten. Die „ZEIT“ machte z. B. auf mit der Schlagzeile: „Jetzt stirbt der Wald – und dann?“ All dies wurde gedruckt und gefilmt und nur wenig recherchiert. Vielleicht ist es übertrieben, aber Medienkritiker argwöhnten, daß es den Wissenschaftsautoren der Kassandrarufer über das Waldsterben vor allem um die Eigenwerbung von mehr Forschungsgeldern ging.

Sei dem wie dem wolle: Nicht ausreichende, vielleicht auch manchmal gar nicht mögliche Recherchen und irreführende Informationen sind leider oft dafür verantwortlich, daß die Medien in eine Schiefelage gekommen sind.

Nicht vergessen darf man bei der Suche nach den Gründen für Entgleisungen, wie ich sie anfangs dargestellt habe, die Praktik der Überschriften, besonders in Boulevard-Blättern. Nicht selten wird aus einem an sich ordentlichen Bericht durch die Schlagzeile, die jemand anderes in der Redaktion fabriziert hat, eine völlig überzogene Darstellung, die der Verfasser des Berichtes so gar nicht beabsichtigt hatte. So etwas ist wichtiger, als man glaubt. Aus der Kommunikationsforschung ist bekannt, daß die Tendenz von Überschriften einen großen, feine sprachliche Differenzierungen im Text dagegen nur einen geringen Einfluß auf die Leser haben. Und noch etwas: Nicht wenige deutsche Journalisten sehen sich mehr als z. B. ihre angelsächsischen Kollegen in einer politisch aktivistischen Rolle. Sie wollen sich für bestimmte Werte einsetzen. Sehen sie diese Werte verletzt, engagieren sie sich besonders stark, ja sie werden selbst Partei. Dadurch ist das eigene Urteilsvermögen eingeschränkt, und das gilt dann auch für die Recherche. Der Fall Sebnitz ist ein Schulbeispiel dafür.

Unter Zeit- und Konkurrenzdruck

Eine andere Feststellung zur Medienlandschaft sei erlaubt; nämlich die, daß sich z. B. Tageszeitungen und Fernsehberichte gegenseitig nichts nehmen – das hat sich nach anfänglichen Besorgnissen herausgestellt. Vieles an Aktualität, was im TV in 40 Sekunden nur angerissen werden kann, möchten nicht wenige Zuschauer genauer wissen und sagen sich „Das lese ich morgen in meiner Zeitung mal nach“. Und damit komme ich auf einen anderen Punkt, der allerdings vor allem fürs Fernsehen gilt: den Terror der Kürze und des Zeitdrucks. Bis in die 80er Jahre hinein galt unter Fernsehleuten, soweit sie für die aktuelle Berichterstattung im In- und Ausland zuständig waren, der Satz: „Und bist Du noch so fleißig, es bleibt stets bei Eins-dreißig“. Heute sind die Berichte über Tagesaktualitäten in den Nachrichten auf 40 Sekunden geschrumpft, wobei von den Jour-

nalisten auch noch verlangt wird, möglichst in dieser Zeit ein Statement eines Politikers einzubauen. Die Argumentation der Programm-Macher: Die Dynamik der Nachrichtensendungen leide unter zu langen Beiträgen, es entstünden sog. Durchhänger. Die Kürze verlangt aber gerade, daß der Verfasser den Vorgang genau beherrscht, d. h. gründlich recherchiert hat, denn je kürzer der Beitrag, um so gründlicher müßte der Berichterstatter eigentlich Bescheid wissen. In der Praxis ist das aber nicht immer so. „Die Schludrigkeit ist der Gefährte der Schnelligkeit“ – auch dieser Satz stimmt leider. Das Erfordernis der gründlichen Recherche gilt übrigens auch für Interviews. Nichts ist so ärgerlich wie ein Interviewer, der offenbar nicht gründlich vorbereitet ist, so daß er z. B. bei unbefriedigenden Antworten seines Gegenübers nicht nachhaken kann. Versierte Politiker machen sich das zunutze, entweder, indem sie gebetsmühlenartig und egal auf welche Frage auch immer, das was sie rüberbringen wollen, wiederholen - oder sie machen es wie weiland *Franz Josef Strauß*, der auf ihm nicht genehme Fragen gerne antwortete: „Die Frage ist völlig falsch gestellt“. Übrigens: interviewende Chefredakteure, die bei der Befragung Prominenter gern ihrer Eitelkeit fröhnen, bieten, was Informiertheit anbelangt, auch nicht immer das Gelbe vom Ei.

Besondere Probleme haben Bild-Korrespondenten, die aus dem Ausland berichten – jedenfalls soweit es sich um Stationen in Übersee handelt. Was z. B. in Washington nach 12 Uhr mittags geschieht, kann in den 19-Uhr-Nachrichten in Deutschland nicht mit Filmbildern dokumentiert werden. Da helfen auch Satelliten nichts, weil auch sie den Zeitunterschied nicht ausgleichen können. Natürlich versuchen die Sender, die Nachteile, die ihnen aus dem Zeitdruck und der Zeitverschiebung von Kontinent zu Kontinent erwachsen, auszugleichen. Allerdings erscheint es wie eine *Contradictio in adjecto*, wenn Fernsehsender ihre Zuschauer auffordern, Näheres doch bitte in den Webseiten des Senders nachzulesen.

Auf diese Weise wollen sie mit der immer weiter um sich greifenden Entwicklung und mit der Information mit Hilfe des Internets Schritt halten. Daß dazu eine komplette eigene Redaktion nötig ist, versteht sich von selbst. Die Sender machen sich im Grunde damit aber selbst Konkurrenz. Im übrigen spalten sie damit die Zuschauer in CD-Besitzer mit Internet und Menschen ohne Internet-Zugang. Und wenn man unterstellt, daß die letzteren in den weniger bemittelten Schichten zu finden sind, ist das sicherlich nicht ganz unproblematisch. Außerdem versuchen die Fernsehanstalten das durch den Zeitverzug verursachte Defizit an aktueller Berichterstattung zunehmend auch durch sog. „Specials“ wettzumachen, die dann auch den internetlosen Zuschauern zugänglich sind. In der Regel werden solche späten „Specials“ aber nur aus dem Bildmaterial zusammengeschnitten, das ohnehin in den vorausgegangenen Nachrichten schon zu sehen war. Platzfüllend werden dann Interviews mit Prominenz, und wenn gar nicht anders, mit den obligaten, meist völlig nichtssagenden, ja törichten Fragen an irgendwelche Passanten auf der Straße aufgefüllt.

Nun aber zu dem anderen großen Hemmnis, mit dem es die meisten Journalisten zu tun haben, zum Konkurrenzdruck. Immer mehr Druckerzeugnisse wollen an Lesern und Zuschauern verdienen. Wer einmal in einer Bahnhofsbuchhandlung

die schier unübersichtliche Menge an Zeitungen und Zeitschriften sah, der weiß, zwischen wievielen Fernsehkanälen er wählen kann – und zwar von morgens bis spät in die Nacht – und braucht nicht viel Phantasie, um sich diesen Konkurrenzdruck vorzustellen. So ist die entrüstete Frage des Redaktionsleiters: „Wieso hatten wir das nicht?“ unter Reportern ausgesprochen gefürchtet.

Ich glaube, nirgends in der Medienlandschaft ist der Druck des Wettbewerbs so groß, wie im Fernsehen. Besonders bei den privaten Sendern regiert erbarmungslos die Zuschauer-Quote. Wie viel Zuschauer kann eine Sendung erreichen und an sich binden? Das ist die Kardinalfrage der jeweiligen Redaktion. Denn von der Quote hängt die Anzahl der hochbezahlten Werbespots ab und davon wiederum müssen die privaten Sender leben. Auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten müssen einen Teil ihrer Kosten durch Werbeeinnahmen bestreiten. Zum größten Teil aber werden sie durch Hörer- und Fernsehgebühren finanziert. Das gibt ihnen die Möglichkeit, sich vom Terror der Quote unabhängiger zu machen und z. B. auf die ständigen lästigen Werbeunterbrechungen des Programms wenigstens ab 20 Uhr zu verzichten. Bei den Privaten dagegen besteht ein gnadenloser Kampf um die Quoten. Und das zeigt sich in der Zunahme von seichten Familien-Serien, von sog. Reality-Shows wie „Big Brother“, von Krimis und Porno-Programmen. Einem Zeitungsbericht entnahm ich zudem, wie sich die Sender mit Themen versorgen. In Anzeigen von Journalisten und Produktionsfirmen sucht z. B. das ZDF: Menschen, die gute oder schlechte Erfahrungen mit Lovern in der Karibik oder in Afrika gemacht haben. RTL sucht Machos, die dazu stehen. Pro7 sucht Leute, die nicht länger lügen möchten und – wie könnte es anders sein – *Beate Uhse* fahndet via Zeitungsanzeige nach Menschen, die schon immer ihre erotischen Phantasien vor der Kamera ausleben wollten. Das bringt mich auf ein Phänomen, über das ich mich immer wieder wundere: Die Lust mancher Menschen, sich vor den Augen von Millionen Zuschauern mit intimsten Mitteilungen zu „outen“, wie das heute heißt. So werden billige, manchmal peinliche Talkshows zu Publikums-Schlagern. Aber auch seriöse Politiker-Talkshows sind ein wichtiges und preiswertes Standbein heutiger Fernsehunterhaltung. Doch was hat man von einer Untersuchung des Instituts für Kommunikationswissenschaften zu halten, wonach dumme Talk-Gäste die Zuschauer-Quoten erhöhen, weil der Auftritt dämlicher Gesprächsteilnehmer den Zuschauern das Gefühl der Überlegenheit vermittelt? Eher skurril ist auch die Erkenntnis der Uni Dortmund: Entscheidend für die tägliche Sehdauer sei das Wetter. Erhöht sich die Temperatur um ein Grad, sinke die Sehdauer um 1,4 Minuten. Jede Sonnenstunde mehr koste die TV-Macher 1,7 Minuten Aufmerksamkeit ihrer Zuschauer.

Unbestreitbar ist jedenfalls, daß öffentlich-rechtlich Anstalten Zugeständnisse an die Quote nicht im gleichen Maße machen müssen, wie die Privaten und man möchte der Versicherung des Vorsitzenden der ARD, *Fritz Pleitgen*, gern glauben, daß für ihn die Qualität ganz klar die Nummer eins sei und daß erst danach die Quote komme. Andererseits hat der Chefredakteur des ZDF, *Nikolaus Brenner*, erst jüngst das Programm des Senders kräftig umgestellt, weil es, wie er herausfand, dem Sender an jungen Zuschauern mangle. Die aber wollten keine,

wie er sagte, „stupiden rechts-links Kämpfe“ mehr sehen, weshalb die *Hausser/Kienzle* Sendung „Frontal“ – übrigens jahrelang das meistgesehene Polit-Magazin – abgesetzt wurde. Also, auch die Öffentlich-Rechtlichen schielen im Zuge sinkender Werbeeinnahmen nach der Quote.

Ein ganz großes *Comeback* haben übrigens die Quiz-Shows. Offenbar lieben die Zuschauer die Spannung der möglichen Millionengewinne und sie überprüfen gerne, ob sie die Antworten auch gewußt hätten.

Oft nachgefragt wird, wie es denn mit der Parteizugehörigkeit von Journalisten steht. Viele sind Mitglied einer Partei – was nicht heißen muß, daß sie nur im Sinne ihrer Partei berichten oder kommentieren. Anders ist es bei Publikationen, die sich erklärtermaßen zum rechten oder linken Spektrum bekennen. So beispielsweise der *Bayernkurier* oder die „TAZ“ und natürlich parteieigene Zeitungen. Im übrigen gilt: Niemand kann aus seinem Herzen eine Mördergrube machen, und so sind bei aller Bemühung um Ausgeglichenheit in vielen Artikeln, Sendungen und Leitartikeln doch die politischen Überzeugungen ihrer Verfasser spürbar.

Und im großen und ganzen stimmt wohl schon der Satz „der Geist steht links“. Jedenfalls überwiegt meines Erachtens in den Print-Medien die linke Färbung. Wieweit sich Journalisten in Geheimdienste einbinden lassen – sei es aus Geldgier oder politischer Überzeugung – will ich einmal dahingestellt sein lassen. Daß es immer wieder vorkommt, kann man in dem soeben erschienenen Buch des Historikers *Knabe* über die Verstrickungen westdeutscher Journalisten in die Machenschaften der Stasi nachlesen. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen regiert der gestrenge Proporz. Ist der Intendant ein Unions-Mann, muß der Chefredakteur der SPD zugerechnet werden. Und das geht weiter bis zur Putzfrau. Dazwischen gibt es noch die sog. „Nahestehende“, die sich selbst einer Parteirichtung zuordnen oder von einer Partei in Anspruch genommen werden, ohne Parteimitglied zu sein. Im Privatfernsehen regiert weniger die politische Richtung als der Profit, d. h. die Quote.

Fest steht jedenfalls, daß wir uns in der Bundesrepublik großer Pressefreiheit erfreuen können. Natürlich gibt es ein Presserecht: Verbote gegen rechtsradikale, volksverhetzende Darstellungen, gegen jugendgefährdende Literatur und Gewaltfilmmaterial, das Recht auf Gegendarstellung und zahlreiche weitere gesetzliche Bestimmungen, die aber die Pressefreiheit nicht einschränken, sondern sie absichern sollen. Es gibt auch eine ganze Reihe von Kontrolleinrichtungen wie etwa die Bundesprüfstelle für jugendgefährdendes Schrifttum, die Landesmedienanstalten, die freiwillige Selbstkontrolle der Film-Wirtschaft – um nur einige zu nennen. Und nicht zuletzt ist da der deutsche Presse-Rat. Er hat 1974 einen Katalog über Ethik im Journalismus erstellt.

Und der lautet so: Achtung vor der Wahrheit und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. Bei der Beschaffung von Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden. Es widerspricht journalistischem Anstand, unbegründete Beschuldigungen, insbesondere ehrverletzender Natur zu veröffentlichen. Veröff-

fentlichungen in Wort und Bild, die das sittliche oder religiöse Empfinden einer Personengruppe nach Form und Inhalt wesentlich verletzen können, sind mit der Verantwortung der Presse nicht zu vereinbaren. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe diskriminiert werden. Ein Verdächtiger darf vor einem Urteil nicht als Schuldiger hingestellt werden.

Zeit des Werteverfalls

Soweit das vom deutschen Presse-Rat formulierte Grundgesetz der deutschen Presse. Daß sich nicht alle Journalisten oder auch deren Redaktionen daran halten, ist durch die anfangs geschilderten Entgleisungen wohl hinlänglich beweisbar. Es wäre sicherlich interessant zu wissen, welchen Einfluß die Ahndung solcher Verstöße gegen den geschilderten Presse-Codex haben. Nur ganz krasse Vorfälle wie die Schlagzeile der „Bild-Zeitung“ über Sebnitz wurden zusammen mit der „Berliner Morgenpost“ und der „TAZ“ vom deutschen Presse-Rat gerügt. Der Ausschuß des Presse-Rates betonte dabei, daß dadurch die übrige Presse nicht entlastet sei. Insgesamt habe es sich bei den offensichtlich falschen Berichten über die Geschehnisse in Sebnitz um einen Tiefpunkt der Berichterstattung gehandelt. Ob es etwa eine Untersuchung über die Wirkung solcher Rügen gibt, entzieht sich meiner Kenntnis.

Gewiß ist für mich, daß wir in einer Zeit des Werteverfalls leben. Darunter verstehe ich die Desensibilisierung der Menschen gegen Darstellung von Leiden und Sterben, ihre Gewöhnung an Bilder von verhungerten Kindern, von hingerichteten Leichenbergen, von Opfern von Massakern. Ich frage mich: Könnte es sein, daß diese Desensibilisierung eine Folge des Krieges ist? Ich will das mal dahingestellt sein lassen. Zum Werteverfall gehören aber auch Tabu-Brüche aller Art, die öffentliche Verletzung der Intimsphäre, die Antireligiösität, die staatlich arrangierte Ehe von Homosexuellen und das offenbar nicht mehr aufzuhaltende Experimentieren mit dem Klonen von Menschen.

Und da kommt es eben sehr auf die Qualifizierung der Journalisten an, wie weit sie diesem Werteverfall erliegen oder ihn bekämpfen wollen. In den letzten zwei Jahren hat sich die Zahl der Journalisten verdoppelt. In Berlin sind heute 24 Fernsehanstalten tätig. Deren Kameramänner schlagen sich um jedes Bild, das sie von einer prominenten Person ergattern können. Noch bis in die achtziger Jahre gab es dagegen in Bonn die ARD, das ZDF und später noch SAT 1. Bei dem heutigen Massenbedarf ist es kein Wunder, wenn nicht alle Journalisten, die derzeit am Werke sind, eine so gute Ausbildung haben, daß ihnen die genannten Maximen des deutschen Presse-Rates stets gegenwärtig sind. Wer als ehemaliger Bonner Korrespondent in die Berliner Pressekonferenz gerät, staunt, wie häufig dort dümmliche, von keiner Sachkenntnis getrübe, tendenzielle Fragen gestellt werden. Welch ein Gegensatz zu den bohrenden Fragen ausgebuffter Profis, denen die Bonner Regierungssprecher früher oft ausgesetzt waren!

So ist es sicherlich eine Kardinalfrage, wie es denn um die Ausbildung junger Journalisten steht. Es gibt eine ganze Reihe von sehr seriösen Ausbildungsprogrammen und Einrichtungen.

Hervorragend ist z. B. die zweijährige Ausbildung vom Springer-Verlag, bei der die Teilnehmer durch alle möglichen Redaktionen von Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehanstalten geschleust werden. Nur ist es sehr schwer, in diesem Ausbildungsprogramm überhaupt einen Platz zu bekommen. Von einer großen Zahl von Bewerbern kommen nur wenige zum Zuge. Eine gute Ausbildung bietet auch das ZDF. Aber auch dort werden von hundert Bewerbern jeweils höchstens 10 genommen. Und die Voraussetzungen sind hart: Das ZDF verlangt ein abgeschlossenes Hochschulstudium und möglichst bereits Berufserfahrung, etwa als Praktikant. Ähnlich verfahren die Ausbildungs-Programme von ARD-Sendern und von RTL. Außerdem gibt es mehrere renommierte private Presseschulen und natürlich den Studiengang „Publikationswissenschaft“ an mehreren Universitäten. Aber 70% aller Journalisten kommen traditionell immer noch in ihren Beruf über das Volontariat an einer Zeitung, wo sie, von der Pike auf, das Metier erlernen.

Und nun noch zu einem anderen Thema. Wenn man sich mit der Presse oder besser mit den Medien befassen will, kommt man am Internet nicht mehr vorbei. Wie schon gesagt, nutzen Zeitungen wie Fernsehen das Internet als zusätzliche Informationsquelle für Zuschauer und Leser. Ist durch das Internet ein völlig neuer Journalismus entstanden? Gibt es Querverbindungen zwischen „neuen“ und „alten“ Medien?

Untersuchungen haben gezeigt: Noch suche der Online-Journalismus nach eigenen Darstellungsformen. Bisher seien die Formen der Berichterstattung aber den „alten Medien“ entlehnt. Dennoch wird die Wirkung des Internets weiter zunehmen. Von 650 Journalisten aus allen Medien gaben 96% an, daß sie die neuen Online-Medien nutzen. Das bedeutet für Parteien, Regierung und Pressestellen von Unternehmen wie Agenturen, daß sie Journalisten auch elektronisch bedienen müssen. Selbstverständlich muß auch die Ausbildung junger Presseleute auf diese Entwicklung Rücksicht nehmen. Deshalb haben sich sechs große Verlags-häuser auf Richtlinien für das Volontariat von Online-Journalisten geeinigt, in denen ihre Ausbildung festgelegt wird. Soviel zu diesem ständig wachsenden Sektor in der Presse.

Wenn man versucht, ein Fazit zu ziehen, so läßt sich sagen: Ein Verfall der Werte in allen Lebensbereichen, so auch in den Medien, ist bereits eine nicht mehr wegzuleugnende Tatsache. Die moderne Forderung nach *political correctness* setzt kritischen Journalismus oft peinliche Grenzen. Der Druck der Konkurrenz nimmt angesichts der Vielfalt der Medien weiter zu. Er bewirkt, daß Journalisten dazu verführt werden, zuweilen vorschnell zu reagieren und den Kodex des Presse-Rates zu mißachten. Andererseits wäre es leichtfertig und ungerecht, die Presse samt und sonders zu verdammern.

Die täglichen, seriösen und gründlich recherchierten Nachrichten, verantwortungsbewußte objektive Kommentare, ehrlich und oft unter Lebensgefahr zu-

stande gekommene Reportagen sind Beweis genug dafür, daß das Gros der Journalisten gute Arbeit leistet. Es ist wohl wenig bekannt, wie viele Journalisten in Ausübung ihres Berufes ihr Leben verloren. Nach einer Aufstellung der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ wurden allein im Jahre 2000 weltweit 27 Journalisten getötet und insgesamt 77 Journalisten sitzen z. Zt. in 22 Ländern der Welt im Gefängnis.

Tendenz der Entpolitisierung

Bleibt nun die Frage: Wie mag die Zukunft der Medien aussehen? Zeitungen und Zeitschriften sind keineswegs „out“. So rangiert z. B. der „Spiegel“ im Ranking der tonangebenden Medien immer noch auf Platz eins. Und schließlich trotz des Fernsehens und des Internets bleibt das Radio wohl auch in der Zukunft das schnellste Medium überhaupt. Es erreicht z. Zt. 79% der deutschen Bevölkerung und hat in letzter Zeit Millionen von Hörern dazugewonnen. Wie der Intendant des Deutschland-Radio, *Ernst Elitz*, meint, liegt dieser Zuwachs an der zunehmenden Wertschätzung des Publikums für eine seriöse und weitgehend werbefreie Berichterstattung und für ein modernes Kulturangebot. Auch dieser Trend scheint Zukunft zu haben. Zu fürchten ist aber, daß die Entpolitisierung der Berichterstattung zumindest in den elektronischen Medien weitergeht. Spitzenreiter in dieser Entwicklung ist der Sender RTL II, dessen politische Sendungen auf kaum mehr darstellbare 0,1% seiner Sendezeit zusammengeschrumpft sind. Der Sender RTL, der sich brüstet, der politischste Privatsender zu sein, bringt es nur auf einen Anteil von 2,8%. ARD und ZDF stellen immerhin noch 17 bis 18% ihrer Sendezeit für die Politik ins Programm. Sensationsberichte und Negativberichterstattung aber füllen ansonsten das Programmangebot. Dessen Weiterentwicklung ist schwer abzuschätzen. Nach Meinung des Erfinders von „Big Brother“, *John de Mol*, werden die Privaten in ein paar Jahren wohl von den harten „Reality-Shows“ zu sogenannten softeren Sendungen zurückkehren. Allerdings dürften die „Real-live-Shows“ noch zwei bis drei Jahre existieren.

Ganz generell gesagt: Niemand kann die Augen davor verschließen, daß wir in der Medien-Landschaft seit Mitte der neunziger Jahre eine regelrechte Revolution erlebten, die umfassender nicht sein kann, was die wachsende Digitalisierung, die ständige Entwicklung neuer Übertragungswege und das zunehmende Zusammenwachsen einstmals eigenständiger Medien zu neuen „multimedialen Angeboten“ beweisen.

Schon heute ist die „Zeitung im Netz“ – also eine nur im Internet veröffentlichte Publikation – keine Zukunftsmusik, sondern gerichtlich zugelassen. Die Klage eines Verlages, die Bezeichnung „Zeitung im Netz“ sei eine irreführende Werbung, wurde damit abgewiesen.

Wir leben also in einer Zeit des Wandels mit gravierenden Folgen. Besonders auf dem Online-Sektor ist ein noch nie dagewesener Kampf entbrannt um Ideen, Visionen, aber auch schlicht um Marktanteile. Neben den etablierten Unternehmen tummeln sich zahllose Neugründungen, die mit dabei sein wollen. Genau

darin aber liegt das Problem, denn niemand kann heute exakt sagen, wie sich die Welt der neuen Medien in den nächsten Jahren entwickeln wird und welche Ideen von heute dann noch aktuell sein werden.

Diese Analyse war ein Versuch, den gegenwärtigen Zustand der Medien, die Bedingungen, unter denen Journalisten arbeiten, die Kämpfe um Auflagen und Quoten und *last not least* die Perspektiven, die auf uns zukommen, zu beschreiben. Daß es bei dem ungeheuer vielfältigen und riesigen Gebiet, das man landläufig unter dem Begriff Medien zusammenfaßt, ein lückenhaftes Unterfangen bleiben mußte, liegt in der Natur der Sache.

Nur eines noch zum Schluß: Ich denke, man könnte den Satz: „Jedes Volk hat die Politiker, die es verdient“, auch auf die Presse ummünzen. Jedenfalls, soweit es bestimmte Fernsehsender, Boulevard-Blätter und schwatzhaftende sog. „Friseur-Postillen“ anbelangt. Voyeurismus, Freude an seichtester Unterhaltung, die Lust an Tratsch und Klatsch, an Porno und an jeder Menge von Tabu-Brüchen: Schaffen all diese Wünsche eines beträchtlichen Teils der Konsumenten der Erzeugnisse von Presse, Funk und Film nicht den Nährboden für die geschilderten Entgleisungen? Die Entwicklung des Publikumsgeschmacks in die positive oder die negative Richtung in der Zukunft wird vielleicht auf diese Frage eine Antwort geben.

Vielleicht gibt es einen Silberstreifen am Horizont. Die Ehefrau des Bundeskanzlers hat sich in einem vielbeachteten Plädoyer für eine strenge Erziehung der Kinder zu Anstand, Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewußsein eingesetzt. Das war ein weiter Weg sozialdemokratischer Bildungspolitik von dem unsäglichen Wort von *Lafontaine*, mit dem von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* eingeforderten Sekundärtugenden Ehrlichkeit und Fleiß ließe sich auch ein KZ leiten zu Frau *Schröder-Köpf*s Initiativen. Wenn diese nicht nur eine PR-Aktion zugunsten ihres Ehemannes waren, sondern einen neuen Trend markieren sollten, dann könnte man daraus auch für die Entwicklung der Medien Hoffnung schöpfen.

Daß von dem neuen Ethik-Rat, der ja für die Suche nach einem Konsens in der Biotechnologie suchen soll, auf die Medien irgendein Einfluß ausgehen könnte, erscheint mir unwahrscheinlich.

Fides Krause-Brewer war viele Jahre Fernsehkorrespondentin beim ZDF und arbeitet als freie Journalistin in Bonn.

Fritz Pleitgen

Kirche und Rundfunk – ein konfliktfreies Verhältnis?

Ich hoffe nicht, denn wenn es so wäre, würde sich die Frage gar nicht stellen.*

Über dem Eingang von Schloß Rauschholzhausen bei Gießen steht der Spruch: Bewahre uns, Herr, vor Regen und Wind / und vor Gesellen, die langweilig sind! Ein konfliktfreies Verhältnis zwischen zwei so großen Aktivposten der Gesellschaft? Da müßten wir uns Sorgen machen, Kirche so gut wie Rundfunk, denn dann wäre etwas nicht in Ordnung. Dann hätten sie einander nichts zu sagen. Dann wären sie füreinander entbehrlich, und jeder für sich wäre ärmer, als er sein müßte. Nur die ganz kleinen und engen Geister träumen von konfliktfreien Verhältnissen.

Überdies sind wir in Europa, an dessen Anfang die streitlustigen Griechen standen. Wenn ich deren Kultur mit einem einzigen Wort erfassen wollte, wäre es „agon“, Streit, Wettstreit. Alles geschah bei ihnen im Wettstreit. Philosophische und naturwissenschaftliche Fragen wurden im Streitgespräch erörtert, Theater- und Musikfestivals waren Wettbewerbe mit Siegern und Besiegten. Leider schlugen sie sich auch fleißig die Schädel ein von Polis zu Polis, und als sie wirklich einmal Frieden brauchten, erfanden sie die Olympischen Spiele, den Sport, also wieder einen Wettkampf. „Agon“ war nicht nur das Lebenszeichen ihrer Kultur. Es war auch das Geheimnis ihres Erfolges. Nur in einem gesellschaftlichen Rahmen, der das öffentliche Gespräch zuläßt und fördert, kann eine moderne Hochkultur entstehen. Nur so kommt eine große Menge von Ideen ins Spiel.

Ich bitte um Vergebung. Es hat mich etwas weit hinausgetragen, aber ich bin beim Thema. Der Rundfunk ist ein streitlustiges Medium. Er sucht nach Kontrast, nach Spannung, nach dramaturgisch ergiebigen Ereignissen. Wo sich Wort und Widerwort ergeben, hebt er lauschend den Kopf. Fragen sind ihm genau so wichtig wie Antworten. Fragen öffnen Türen, Antworten schlagen sie oft zu. Und häufig liegt der Rundfunk mit sich selbst im argen. Das duale System, die Debatten um Gebühren und Werbezeiten, der Kampf um die besten Plätze auf der Quotenpyramide und – viel wichtiger – das Ringen um bessere Programme, um Aktualität, Prägnanz und Kontur. Da wird mancher Konferenzsaal zum Haifischbecken, da werden Organogramme zu Aufmarschplänen, und wenn ich durch die Korridore laufe, höre ich hinter den Türen erregte Wortwechsel und spüre die Vibrationen der Wahrheitssucher. Daß die steinernen Beulen an der Außenwand des Kölner Studiogebäudes von den im Innern geführten Fausthieben stammen, ist natürlich erfunden – aber gut erfunden.

Die Kirchen, dort wo sie lebendig und tätig sind – vielleicht nicht *von* der Welt – aber *in* der Welt, sind ihrerseits ein streitbares Gebilde. Zwischen „Kirche von

unten“ und „Kirche von oben“, zwischen Kontemplation und Aktion, zwischen *Ratzinger* und *Küng*, zwischen Männern und Frauen, Jungen und Alten, Gestrigen und Morgigen, ist Streit die Tagesordnung. Und wenn ich die ersten 2000 Jahre überblicke, finde ich vielleicht gelegentlich und irgendwo kleine Inseln des Friedens und einmütiger Geschwisterlichkeit, aber weit mehr doch und öfter und überall Streit um das Richtige, das Bessere, das Schönere.

Schon beim Apostelkonzil in Jerusalem ging es Spitz auf Knopf. Man widerstand sich „ins Angesicht“, und wäre Jesus selbst der zarte „Weichspüler“ gewesen, den zarte Tanten ihrem Patenkind als Glanzbildchen ins „Gotteslob“ stecken, wäre ihm der Kreuzestod erspart geblieben. Die christologischen Streitfragen der ersten Jahrhunderte drohten das ganze Reich zu destabilisieren.

Die Erkenntnismethode der Scholastik war die „disputatio“, das ritualisierte Streitgespräch. Wer heute nach Vorbildern für unflätige Vokabeln, Pamphlete und Karikaturen sucht, findet sie überreich im Streit zwischen Lutheranern und Papisten. Am 31. Oktober des Jahres 2000 haben in Augsburg ein paar Unterschriften in Sachen „Rechtfertigung“ einen 500-jährigen Streit begraben, – vielleicht, denn längst haben Einzelne und Gruppen ihre Vorbehalte artikuliert.

Wie könnten zwei mit sich selbst ringende und herrlich streitbare Gebilde wie Rundfunk und Kirche miteinander ein konfliktfreies Verhältnis haben? – Gott sei Dank haben es aber Kirche und Rundfunk nicht nur mit sich selbst zu tun. Sie haben gemeinsame Aufgaben, denn sie interessieren sich für die Wahrheit und für lebendige Menschen. Eben noch, bei der Fahrt durch die Vorstädte, begegneten sie mir, Menschen mit Schicksalen, Interessen, Prägungen, Leidenschaften, mit Temperamenten, Parteibüchern, Taufscheinen und Weltbildern. Für alle, so hoffe ich – ist der Westdeutsche Rundfunk auf Sendung, denn er hat einen öffentlich-rechtlichen Programmauftrag. Das ist irgend etwas zwischen Information, Bildung und Unterhaltung. Das ist in Rundfunkgesetzen formuliert und im Regelwerk geregelt. Und es ist ein Teilstück einer großen öffentlichen Verantwortung.

Und schon beginnt die Gewissenserforschung: Sind wir Rundfunk- und Fernsehleute nicht Handlanger eines Massenmediums? Geben wir uns nicht Tag für Tag dafür her, eine wahnwitzige Bilderflut in die Wohnzimmer zu kippen, Primärerfahrungen zu verhindern, das Leben in „Torszenen“ zu zerlegen, Wähler zu beeinflussen, Kinder zu verstören, Ehepaare zu entzweien, Gespräche zu erdrosseln, ohne Wider-Wort oder Rück-Sicht, und verlangen dafür auch noch Gebühren? – Andererseits: Haben wir nicht ein journalistisches Ethos? Wollen wir nicht aufklären und differenzieren, Randgruppen ins Licht rücken, den Verstummten eine Stimme geben, Wirklichkeit *ermitteln*, Einsicht *vermitteln* und immer wieder das große Selbstgespräch der Gesellschaft befeuern?

Beim WDR gibt es dafür eine eigenständige „Programmgruppe Religion/Philosophie“ im Fernsehen und eine „Redaktionsgruppe Religion, Theologie, Kirche“ im Hörfunk des WDR. Das sind immerhin acht kompetente Redakteure und ein kleineres Heer von Freien Mitarbeitern und Produzenten. Das ist ein tief gestaffeltes Netz von Informationsquellen, persönlichen Kontakten, Präsenz in einschlägigen Gruppierungen, Publikationen, Akademien. Und das sind zahlreiche Sendungen im

ersten oder dritten Fernsehkanal, bei „arte“, 3sat, Phoenix, und auf fünf Hörfunkwellen. Das sind nicht zuletzt einige Millionen Mark, die sich in Dokumentationen, Features und Reportagen verwandeln bis hin zu kunstvoll gestalteten Meditationen, Montagen und Kollagen.

Und mehr noch: Der WDR ist Gastgeber für zahlreiche „Verkündigungssendungen“ der Kirchen, also Morgenandachten, Gottesdienste und „Das Wort zum Sonntag“. Kaum ein zweiter Sender produziert so viele Sendungen mit explizit und implizit religiösem Inhalt. – Und nicht selten läuft da sogar ein katholischer Pater und ein evangelischer Pfarrer durch die Korridore. Als die Beauftragten der Kirchen beim Westdeutschen Rundfunk betreuen sie nicht nur Sendungen, sondern auch Mitarbeiter, schreiben nicht nur präzise Abläufe, sondern mischen sich auch in Programmedebatten ein, mit kühlem Kopf und heißem Herzen. Und wo sie es mit offenem Visier tun und ihr Ziel das gemeinsame Bessere ist, sind sie herzlich willkommen.

Bei vielen Anlässen und Ereignissen ist Kirche im Programm präsent. Wir begleiten Papstreisen und Jubelfeste. Im vorigen Jahr hatten wir 750 Jahre Kölner Dom, in diesem Jahr feiern wir 1200 Jahre Bistum Paderborn und im nächsten ist Aachen an der Reihe. In wenigen Tagen startet die ARD unter Federführung des WDR eine große Sendereihe über 2000 Jahre Christentum. Tausende von Gemeinden, Seminaren, Schulklassen werden das Ereignis mit eigenen Aktionen nutzen, begleiten und vertiefen. Seit vielen Jahren werden Hilfsaktionen wie „Misereor“, „Adveniat“ oder „Renovabis“ durch begleitende Sendungen verstärkt. Katholikentage und Evangelische Kirchentage finden ein breit gestreutes Echo. Und regelmäßig berät Prälat *Poll*, der „Kinderfreund aus Aachen“, mit den Redaktionen, wie man die Sternsinger und ihr Jahresthema ins rechte Licht rücken kann. In vielen – weniger spektakulären – Sendungen geht es um Religion und Religiosität, um die spirituelle Dimension des menschlichen Daseins und deren Gestaltung durch den Einzelnen, durch Gruppen, Kulturen und Epochen. „Lebenszeichen“ und „Gott und die Welt“ suchen nach dem ethischen Hintergrund aktueller Konflikte und Themen. Es geht um Versagen und Schuld, um Lebensentwürfe, Wendepunkte und Weltverantwortung. Wir versuchen, Feindbilder und Vorurteile abzubauen, gute Ideen bekannt zu machen. Kommunikation zu stiften zwischen Gruppen, die sich etwas zu sagen hätten, konfessionelle Milieuschäden aufzulösen und Machtstrukturen in Frage zu stellen.

Der meßbare Erfolg religiös und ethisch orientierter Sendungen ist durchaus vorzeigbar. Im Fernsehen erreichen wir am Sonntagnachmittag – etwa mit der Reihe „Gott und die Welt“ in der ARD – einen Marktanteil von durchschnittlich 10%. Das sind anderthalb Millionen Zuschauer (in einer einzigen Sendung also etwas mehr als die Predigten aller hier anwesenden Geistlichen in ihrem ganzen Leben). – Der nicht meßbare Erfolg – und er ist der wichtigere – zeigt sich in ungezählten Gesprächen, Briefen, Ereignissen, Querverbindungen, die die Sendungen beim Zuschauer auslösen.

Schnittmengen der Kirchen mit den öffentlich-rechtlichen Sendern gibt es also genug. Beide stellen den Menschen in den Mittelpunkt, – den Menschen als solchen, nicht nur seine Eigenschaft als Konsument oder Parteimitglied. Beide sind

der Wahrheit verpflichtet, und die Wahrheit ist immer diejenige, die man sucht, nicht die, die man hat. Beide binden sich also an Werte, die über sie selbst hinausweisen. Der Leuchtturm steht nicht auf dem Schiff, und sie ankern nicht an sich selbst. – Kirche und Rundfunk vermuten ein Leben nach dem Tode. Glaubwürdig werden beide nur, wenn sie auch eines *vor* dem Tode behaupten.

Eine gelungene Sendung, also eine, die mich nicht dümmert entläßt, als ich vorher war, die mich nicht niedermacht, sondern aufrichtet, die mir zutraut und mich in die Lage versetzt, ein selbstbestimmter und verantwortlicher Mensch zu sein, ist auch eine eminent christliche Sendung. Und umgekehrt habe ich schon Predigten erlebt, die den Maßgaben einer guten Fernseh- und Hörfunksendung sehr nahekommen, dort nämlich, wo sie mich nicht dümmert entließen, als ich vorher war, wo sie mich nicht niedermachten, sondern aufrichteten, wo sie mir zutrauten und halfen, ein selbstbestimmter und verantwortlicher Mensch zu sein. Ich wette, im Hause eines Prediger-Ordens kann ich mich da leicht verständlich machen.

Journalisten sind neugierig und treten oft frech auf. Ehrwürdige Institutionen machen sie nicht ehrfürchtig. Sie schnüffeln herum und schielen unter die Teppiche, und manchmal sind sie wie der Zahnarzt. Der bohrt auch, bis es wehtut. Dann weiß er, er ist an der richtigen Stelle. – Wo es Berührung gibt, gibt es auch Reibung. Gelegentlich erleben wir Versuche kirchlicher Stellen, in Form und Inhalt von Sendungen einzugreifen. Die gefährdeten Redaktionen haben dafür einen feinen Seismographen und längst Übung, es in unschädliche Bahnen zu lenken. Die Presseämter der Diözesen gelten in der Branche leider auch nicht als enthemmt auskunftsfreudig. Informationen oder gar Mithilfe bei der journalistischen Vorbereitung religiöser Themen erscheinen dort zuweilen als Gnadenakt, den man sich erst durch Wohlverhalten verdienen muß. Ein Bischof, der den Reporter mit feuchten Händen bittet, ihn nicht nach diesem oder jenem Punkt zu fragen, darf sich nicht wundern, wenn er genau nach diesem Punkt gefragt wird. Überhaupt geben sich kirchliche Amts- und Würdenträger vor Mikrofon und Kamera oft liebenswürdig ungeübt. Sie denken und sprechen in der Zeitkategorie einer mittleren Sonntagspredigt. Sie brauchen eine Viertelstunde, um auf den Punkt zu kommen. Wehe aber dem Journalisten, der dann nur diesen Punkt heraushebt, weil er gerade mal drei Minuten Sendezeit hat! Nicht jeder Kirchenmann ist eine so chirurgisch präzise Allzweckwaffe wie Pater *Streithofen*, die auf Stichwort zuschlagen kann, ohne „Kollateralschäden“, oder ohne sich um solche zu kümmern. Insgesamt fehlt es oft an apostolischem Mut, franziskanischer Milde, dominikanischem Durchblick, jesuitischer Schläue und der Geduld des Säulenstehers *Simeon*. Unnötig zu sagen, daß hastige und heftige Journalisten von solchen Tugenden ebenfalls viel zu lernen hätten. Am Ende einer Begegnungswoche von Journalisten und Mönchen in der Abtei Königsmünster in Meschede seufzte ein junger Kollege: „Wenn *wir* unsere Arbeit alle drei Stunden durch ein gemeinsames Chorgebet unterbrechen müßten, kämen vielleicht weniger schlechte Filme zustande.“

Zuweilen unterläuft den Machern auch ein satirischer Seitenhieb. Das ist dann wie der Wasserspeier am Dom oder die geschnitzten Monster im Chorgestühl, die unter der Sitzfläche der Prälaten ihre Scherze treiben. – Zarte Gemüter erschrecken auch und drohen mit dem Weltgericht oder – vorerst schlimmer – mit dem Staatsanwalt

oder – scheinbar ganz schlimm – mit den Aufsichtsgremien des Senders. – Ich finde, Päpste und Bischöfe sind öffentliche Personen, die Besseres verdient haben, als kritiklos verehrt zu werden. Sie sind keine Devotionalie. – Als man *Dieter Hildebrandt* nach einem frechen Sketch die Hölle heiß machen wollte, sagte er in seiner verschmitzten Art: „Es kann doch möglich sein, daß auch ein Bischof mal ein dummes Wort sagt. (Pause) Es ist doch auch vorstellbar, daß ihm mal ein ganzer dummer Satz unterläuft. (Pause) Und im Extremfall, könnte nicht sogar einmal der ganze Bischof ...?“

Die Bischöfe, die ich kenne, sind durch die Bank herzhaftere Leute. Die lachen über einen passablen Witz, auch wenn sie selbst darin vorkommen. Die stehen mit beiden Beinen viel zu tief in der Weisheit ihrer 2000-jährigen Kirche, um nicht auch eine Ahnung von den Widersprüchen, den Verrücktheiten, den Leidenschaften und den Albernheiten ihrer Schäfchen zu haben. Eigentlich wollten sie doch alle Pfarrer werden, und nun hat sie ein dunkles Verhängnis auf die unbequeme Leiter des hierarchischen Aufstiegs geschoben, wohl wissend, daß die eigentlichen Karrieren des Christentums immer nach unten führen, aus der reichen Stadt Assisi in die Ebene der Bettler und Aussätzigen, von der hohen Wartburg herab ins Jammertal der Hungernden und Armen. – Ich behaupte, mit den Bischöfen kommt man ganz gut zurecht. Aber da sind die Referenten, die Stellvertreter und Sekretäre! Die bei Laune zu halten, ist schon ein wenig schwieriger.

Ich will nicht wegbügeln, daß es zuweilen auch schmerzhaftere Verletzungen gibt. Was sich in manchen Sendungen als Satire gebärdet und nichts weiter ist als die plumpe Verhöhnung religiöser Symbole, ist schwer erträglich und bedarf der Aufarbeitung, nicht durch den staatlichen Büttel oder die Einrichtung einer Zensurbehörde, aber sehr wohl durch ein mutiges und schonungslos offenes Gespräch der Gesellschaft. – Durch Streit also.

Die meisten Konflikte – zumindest die unter ehrlichen Leuten – lassen sich auf unterschiedliche Wahrnehmung zurückführen. Andererseits sollte man die Probleme auch nicht zu Tode lösen. – Und so bin ich sehr zuversichtlich: Langweilige Harmonie wird noch lange nicht unser beider Hauptsorge sein.

Das wird niemanden wundern. Demokratische Gesellschaften funktionieren bekanntlich nach dem Motto: Wir wissen alle nicht so genau den richtigen Weg, also reden wir mal drüber, geben jedem eine Chance, und wenn es denn sein muß, stimmen wir ab. – Die Kirchen dagegen legitimieren sich charismatisch, d. h. viele Entscheidungen entstehen durch Salbung oder Handauflegen. Wer sie hinterfragt, bekommt zur Antwort: „Es steht geschrieben!“ – Sie stehen also eher quer in einer pluralen und demokratischen Umgebung. Das ist auch in Ordnung, so lange nicht persönliche oder Machtinteressen als „Glaubenswahrheit“ hingestellt und so dem öffentlichen Gespräch entzogen werden. – Ob die Presse wirklich die vierte Macht im Staate ist, kann man lange diskutieren. Als man noch unter der Dorflinde saß und über alle Fragen der „res publica“ von Angesicht zu Angesicht diskutieren konnte, war sie entbehrlich. Eine komplexe und demokratische Gesellschaft vom Zuschnitt moderner Staaten ist jedoch ohne sie nicht denkbar.

Sie ist auch ohne Religion nicht denkbar. Das religiöse Leben in Kirche und Gemeinde bietet Halt und Tiefenschärfe. Religionen stellen immer wieder die unverzichtbare Daseinsfrage. Bei ethischen Problemen lassen sie nicht locker und dürfen es auch nicht, denn sie haben weit mehr Hintergrund und Tragfähigkeit als staatlich-kommunale Behörden oder Rundfunkanstalten. Aber wohlgemerkt: Kirche nicht als „Feste Burg“, nicht als „Haus voll Glorie“, sondern als offene Zeltstadt, die nicht ausgrenzt, sondern aufnimmt, die nicht nur ins Gewissen redet, sondern auch ins Gewissen lauscht und die sich – auch nach 2000 Jahren noch – mit naiver Freude müht, einen humanen Bestand an Offenbarung und Weisheit aus dem Geröll der Zeiten herauszuwaschen. – Wertvorstellungen, ohne die kein Mensch und keine Gemeinschaft existieren kann, bilden sich nicht in pluralen und säkularen Gesellschaften, sondern nur in kleinen, „kultischen“ Gemeinschaften, in der Familie, unter Freunden im Verein und in der Kirchengemeinde. Der Rundfunk kann sie „an die größere Glocke“ hängen. Er kann anregen, vermitteln, verstärken, und – Hand aufs Herz – mehr kann die Kirche auch nicht.

Nichts aber verbindet enger als gemeinsame Sorgen und Gefahren. – Der Rundfunk ist zum Teil unter die Händler gefallen. Hier sind Umsatz und Profit der einzige Maßstab. Gute Sendungen, aufklärend und differenzierend, vielleicht mit einem schwierigen Thema und für ein qualifiziertes Zielpublikum müssen sich plötzlich rechtfertigen. Geduldige Recherche, behutsames Abwägen „rechnen“ sich nicht bei dem, der schnelle Kasse machen will. Vor den flinken Husarenstückchen der kommerziellen „Kanalisation“, die weder an der Gürtellinie noch vor dem Sterbebett Halt machen, erscheinen die öffentlich-rechtlichen Tugenden sauertöpfisch, träge und antiquiert. Was heute vielfach zählt, ist das geile Beglotzen der Opfer, der „small-talk“ mit den Tätern, die dauernde Vermischung von Fakten und Fiktionen, der pure „Erlebniswert“ der Nachricht. – Viele Zuschauer gehen auf den Leim. Schlimmer noch, Kinder und Jugendliche, und mit ihnen die Zukunft unserer Gesellschaft, sind bedroht. Gerade hat eine amerikanische Untersuchung festgestellt, daß die kommerziellen Fernsehprogramme nahezu identisch sind mit den Trainingsmethoden, mit denen man Soldaten vor dem Einsatz in Kriegsgebieten die Hemmung abgewöhnt.

Technische Grenzen gibt es nicht mehr. Digitale Übertragungswege erlauben demnächst Hunderte von Programmen und den gläsernen Zuschauer. Der ganze Globus ist scheinbar ununterbrochen auf Sendung. Die letzten Austastlücken sind geschlossen. Die neue Sünde ist die Sendepause.

Die Kirchen haben es auch nicht mehr leicht. Viele Leute wandern ab zu anderen – meist kommerziellen – Anbietern. Täglich erscheinen neue Götter in den Charts und rangeln um die besten Plätze, Götter mit beschränkter Haftung. Jedes Bauchgrimmen steht in kosmischen Zusammenhängen. Jedermann schiebt seinen Einkaufswagen durch den Supermarkt der Weltanschauungen und stellt sich sein Glaubensmüsli zusammen. Und niemand fragt nach Risiken und Nebenwirkungen. Dabei stehen wir am Ende des Jahrtausends vor ungeheuren Herausforderungen: Die technische Machbarkeit des Weltuntergangs, die Verfügbarkeit der Evolution in Reagenzglas und Petrischale. Die ökologische Vernichtung elementarer Lebensgrundlagen. Die Globalisierung von Markt und Kapital. Der grenzüberschreitende

Terrorismus und das organisierte Verbrechen. Die massenhafte Armutswanderung. Die immer noch anarchische Grundstruktur der Staatenwelt. Die Alterspyramide. Die Flucht in fundamentalistische Rückwärtsträume. Die moralischen und sozialen Besitzstände, die unter dem Trommelfeuer wahnwitziger Glückserwartungen langsam zerbrechen. – Das alles wird die humane Spannkraft der Gesellschaft bis an den Bruchpunkt testen. Es erwartet eine Wachheit und Sensibilität, eines republikanischen Mut und ein Maß an belastbarer Solidarität, wie sie kaum je gefordert waren.

Rationale Kulturen wollen die Aneignung der Welt durch Forschung und Vernunft. Der Glaube ist die – der Liebe so ähnliche – blinde Weisheit und weise Blindheit eines feinstofflichen „Joint Ventures“ von Gott und Mensch. – Da ist Religion viel mehr als ein Mitbringsel der Jahrtausende. Sie ist gestaltende Kraft. Heute glaubt niemand mehr „aufs Wort“, daß die Welt besser aussähe, wenn alle christlich oder islamisch oder sozialistisch oder humanistisch denken und handeln würden. Man will nicht mehr wissen, auf welche Utopie oder Erlösung man sich freuen soll, sondern fragt ganz einfach: Wie geht ihr mit den anstehenden Problemen um? Darauf müssen die Kirchen eine Antwort finden, und der Rundfunk auch. Und diese Antwort liegt nicht fertig und endgültig in der Tiefkühltruhe, sondern ist das Ergebnis von „Versuch und Irrtum“, also von „Pro und Kontra“, sie ist ein ständiger Prozess des Nachdenkens in brennender Geduld.

Ich schließe, wie es die Streithähne der Scholastik getan hätten. Sie hätten dicke Bücher aufgeschlagen, die Bibel und die Folianten der Kirchenväter, und wer die höchsten Autoritäten für sich zitieren konnte, hatte gewonnen.

Wie man richtig streitet, finde ich beim großen *Thomas*: Ich darf meinem Gegner erst dann widersprechen, wenn ich das beste seiner Argumente überzeugender vortragen kann als er. Dann aber muß ich ihm auch widersprechen, denn dann ist es vielleicht seine einzige Chance, der Wahrheit näher zu kommen. – *Pascal* sagte es noch pfißiger: Was regst du dich auf, wenn ich anderer Meinung bin als du? Es gibt doch nur zwei Möglichkeiten, entweder ich irre mich, oder du erfährst die Wahrheit. – Und *Tucholsky*, den die Scholastiker vermutlich nicht zitiert hätten, meinte: „Ich glaube jedem, der die Wahrheit sucht. Ich glaube keinem, der sie gefunden hat.“

Und schließlich noch *Fritz Pleitgen*, Intendant des Westdeutschen Rundfunks: „In einer Welt, die ein liebender Gott geschaffen hat, ist das Gegenteil der Wahrheit vielleicht auch nicht ganz falsch. Und wenn's nur eine Wahrheit gibt, darf man sie nirgendwo anders suchen – als überall.“

Anmerkung

* Der Text geht auf einen Vortrag zurück, den der Verf. vor dem „Donnerstagskreis“ des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg“ in Bonn gehalten hat.

Fritz Pleitgen ist Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR) in Köln.

Bericht und Gespräch

Walter Brandmüller

Ein neuer Streit um Pius XII.

Zum Desaster der katholisch-jüdischen Historikerkommission

Nachdem im Jahre 1963 - fünf Jahre nach dem Tod *Pius XII.* - mit *Rolf Hochhuths* „Stellvertreter“ eine bis heute andauernde Campagne gegen das Andenken des *Pacelli*-Papstes eingesetzt hatte, gab Papst *Paul VI.* den Auftrag, eine auf den Beständen des Vatikanischen Archivs beruhende Dokumentation über das Verhalten *Pius XII.* im Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg und damit auch mit dem Völkermord an den Juden zu publizieren.

I. Quellenedition und Bildung der Kommission

Diese Aufgabe wurde erst drei Jesuitenpatres übertragen. Es handelte sich dabei um den Franzosen *Pierre Blet* (*1918), der nach seinen theologischen Studien das Studium der Geschichte an der Sorbonne begonnen und 1958 mit dem Doktorat abgeschlossen hatte. Im Anschluß daran hat er den Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Neuzeit an der Pontificia Università Gregoriana übernommen. 1985 wurde er zum Korrespondierenden Mitglied des Institut de France gewählt. Bis zu seinem 80. Geburtstag war er auch Mitglied des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaften.¹

Diesem gehörte auch *P. Angelo Martini* an, der überdies wissenschaftlicher Mitarbeiter der Zeitschrift „*La Civiltà Cattolica*“ war, auch war er Archivar des päpstlichen Staatssekretariats; *P. Martini* galt als Kenner der Zeitgeschichte.² Auch er war Mitglied des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaften.

Hinzu kam der aus Deutschland stammende *P. Burkhard Schneider SJ*, ebenfalls Professor an der Kirchengeschichtlichen Fakultät der Gregoriana und Autor zahlreicher Veröffentlichungen aus der neueren Kirchengeschichte. Er starb 1976, nachdem er die Edition der Briefe *Pius XII.* an die deutschen Bischöfe vollendet und an drei weiteren Bänden mitgearbeitet hatte.³

Schließlich wurde noch der Amerikaner *Robert A. Graham* hinzuberufen, der den Hl. Stuhl lange Jahre in der Internationalen Kommission für die Geschichte des 2. Weltkriegs vertreten und über einschlägige Themen mehrere wichtige Aufsätze veröffentlicht hat.⁴

Als Ergebnis der Arbeiten dieser international zusammengesetzten Editorengruppe erschienen zwischen 1965 und 1981 elf Bände - darunter ein Band in zwei Teilen - „Actes et Documents du Saint- Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale“.⁵ Von diesen erschien der Band mit den Briefen *Pius XII.* an die deutschen Bischöfe 1939-1944 auch in deutscher Übersetzung.⁶

Mit dieser monumentalen Edition waren nun folgende Dokumente der historischen Forschung zugänglich gemacht⁷:

- 1) Die Botschaften und Reden des Papstes.
- 2) Der Briefwechsel *Pius XII.* mit weltlichen und kirchlichen Würdenträgern. Diese Briefe werden im allgemeinen in Form von Entwürfen (sog. Minuten) aufbewahrt, die vom Papst persönlich korrigiert wurden.
- 3) Die Notizen des Staatssekretariats, interne Notizen, die von Mitarbeitern für ihre Vorgesetzten verfaßt wurden, um Informationen weiterzuleiten oder Vorschläge zu machen. Außerdem noch persönliche Aufzeichnungen insbesondere des damaligen Substituten Mons. *Domenico Tardini*, die seine persönlichen Überlegungen enthalten.
- 4) Schließlich die zwischen dem Staatssekretariat und dem beim Hl. Stuhl akkreditierten diplomatischen Corps ausgetauschten Notizen und
- 5) die Korrespondenz des Staatssekretariats mit den im Ausland wirkenden päpstlichen Diplomaten.

Diese Dokumente gestatteten es den Historikern, die vatikanischen Entscheidungsprozesse „oft von Tag zu Tag, manchmal sogar von Stunde zu Stunde“ nachzuvollziehen. Nun wäre also die Stunde gekommen gewesen, daß Historiker diese beeindruckende Masse an erstrangigem Quellenmaterial analysiert und einer kritischen Untersuchung der Rolle *Pius XII.* zu Grunde gelegt hätten. Dies geschah jedoch nicht. Die 11 bzw. 12 Bände wurden von der zeitgenössischen Forschung nahezu vollständig ignoriert - während die *Leyenda negra Pius XII.* eifrig fortgeschrieben wurde.

Auf diese grundlegende Quellenedition wurde nun vatikanischerseits hingewiesen, als im März 1998 zwischen Kardinal *Edward Idris Cassidy*, Präsident der vatikanischen Kommission für den interreligiösen Dialog mit den Juden einerseits und *Seymour D. Reich*, Präsident des International Jewish Committee for Interreligious Consultations eine Vereinbarung unterzeichnet wurde, derzufolge die Rolle *Pius XII.* im 2. Weltkrieg durch eine gemeinsame katholisch-jüdische Kommission untersucht werden sollte. Ergebnis dieser Vereinbarung war nun auch, daß Kardinal *Cassidy* der Forderung zustimmte, daß die genannte Aktenedition (=ADSS) durch diese Kommission auf deren Zuverlässigkeit hin überprüft werden sollte. Das mußte jedenfalls so verstanden werden, als habe der Hl. Stuhl damit stillschweigend anerkannt, daß die wissenschaftliche Seriosität seiner Aktenpublikation in der Tat Zweifeln unterliege. In einem Interview mit „Shalom mensile ebraico d'informazione e cultura“ Nr.1 sprach *Seymour D. Reich* darüber hinaus von einer Vereinbarung mit Kardinal *Cassidy* des Inhalts, daß die Kommission baldmöglichst auch für ihre Forschungen benötigtes unveröffentlichtes Archivmaterial auf Anforderung hin erhalten würde.⁸

Daß diese Vorgehensweise nichts weniger als eine Infragestellung der wissenschaftlichen und moralischen Reputation der oben genannten Editorengruppe bedeutete, ist nicht zu leugnen. Gewiß, die Aktenedition ist nicht im materiellen Sinne vollständig. Hätte sie das sein sollen, hätte jedes vorhandene Blatt mit vollem Text abgedruckt werden müssen. Daß dies technisch unmöglich und auch sachlich keinesfalls sinnvoll war, sollte keiner Begründung bedürfen. Es ist also klar, daß die Herausgeber eine Auswahl treffen mußten. Was aber berechtigt dazu, ihnen zu unterstellen, sie hätten wichtiges, der Wahrheitsfindung dienendes, evtl. hierzu sogar notwendiges Material dabei unterdrückt oder manipuliert? Auf diese Weise entweder die wissenschaftliche Kompetenz oder aber die moralische Integrität der Herausgeber der ADSS in Zweifel zu ziehen, ohne die mindeste Begründung für einen solchen Zweifel zu bieten, stellt eine grobe Verletzung der Ehre angesehenen Gelehrter dar.

Nun aber ist ein Blick auf die Zusammensetzung jener gemischten katholisch-jüdischen Kommission zu werfen.

Die Auswahl ihrer katholischen Mitglieder scheint einvernehmlich zwischen Kardinal *Cassidy* und Dr. *Eugen Fisher* geschehen zu sein; Dr. *Fisher* ist Mitglied sowohl der Vatikanischen Commissione per i rapporti religiosi con l'Ebraismo, als auch der analogen Kommission der USA-Bischöfkonferenz.⁹

Die Wahl fiel also - in alphabetischer Reihenfolge - auf Dr. *Eva Fleischner*, die an der Montclair State University, New Jersey, gelehrt hatte.¹⁰ Sie ist als Theologin und Expertin für den jüdisch-christlichen Dialog bekannt.

P. *Gerald Fogarty* SJ ist seit 1975 Inhaber eines Lehrstuhls an der University of Virginia. Sein Arbeitsgebiet ist die Geschichte der katholischen Kirche in den USA, auch deren Beziehungen zum Hl. Stuhl, im späten 19. und 20. Jh. Mit dem Problem der „Shoah“ hat er sich bisher nicht befaßt.

Hinzu kommt Rev. Fr. *John F. Morley*. Nach seiner Promotion am Department of Hebrew Culture and Education im Jahre 1979 wurde er Associate Professor an der Seton Hall University. Seither hat er seine akademische Karriere nicht fortgesetzt. Seine Dissertation „Vatican Diplomacy an the Jews during the Holocaust 1939-1943“ ist auch seine letzte wissenschaftliche Veröffentlichung geblieben.

Von den jüdischen Kommissionsmitgliedern ist zunächst Prof. Dr. *Michael R. Marrus* zu nennen, Dean of the School of Graduate Studies und Professor of History an der Universität von Toronto. Seine letzten Werke befaßten sich mit der Judenvernichtung bzw. Verfolgung, mit dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß und dem Schicksal der Juden in Frankreich.

Hinzu kommt Dr. *Bernard Suchocky*, der als „Researcher at the Department of Social Sciences“ der Freien Universität Brüssel bezeichnet wird, in deren Homepage jedoch nicht erscheint. Er wurde vor einigen Jahren als Mitverfasser - zusammen mit *Georges Passelecq* - des Buches „Die unterschlagene Enzyklika. Der Vatikan und die Judenverfolgung“, München-Wien 1997, bekannt.¹¹ Dieses Buch, das einerseits verdienstvoll, andererseits, wie schon der Titel verrät, tendenziös ist, hat vor kurzem eine eingehende kritische Würdigung durch Prof. Dr.

Dr.h.c. *Anton Rauscher* erfahren, der im Besitz des Originals des Enzyklika-Entwurfs von P. *Gundlach SJ* ist.

Sodann ist Prof. Dr. *Robert S. Wistrich* zu nennen, der 1974 an der University of London den Doktorgrad erworben hat und 1976 zum Fellow of the British Academy gewählt wurde. Seine Forschungsgebiete sind Zionismus, Antisemitismus, jüdische Identität, Juden als Revolutionäre, insbesondere *Leo Trotzki*, und die nationalsozialistische Judenverfolgung bzw. Vernichtung.

Überblickt man nun diese Zusammensetzung der Kommission, so fällt zunächst ins Auge, daß sie mit geringsten Ausnahmen aus Nichteuropäern besteht, während die Crème der europäischen Zeitgeschichtsforscher völlig übergangen wurde.¹² Hinsichtlich ihrer fachlichen Ausrichtung sind *Eva Fleischner* Theologin, *Bernard Suchocky* Sozialwissenschaftler, *John Morlay* Religionswissenschaftler. Lediglich die Herren *Fogarty*, *Marrus* und *Wistrich* sind Historiker vom Fach. Selbst von diesen letzteren hatte allein *Gerald Fogarty* sich mit Vatikan- bzw. Papstgeschichte beschäftigt, außer ihm hat kein einziges Kommissionsmitglied je im Vatikanischen Archiv gearbeitet. Als dann *Eva Fleischner* sich aus der Kommission zurückzog, wurde der Direktor der Aachener Katholischen Akademie, *Henrix*, an ihrer Stelle ernannt, der zwar im jüdisch-christlichen Dialog eine keinesweg unumstrittene Rolle gespielt hat, aber keinerlei wissenschaftliche bzw. historische Kompetenz besitzt.

So entsteht der Eindruck, daß bei der Zusammensetzung der Kommission weniger wissenschaftliche als politische Gesichtspunkte den Ausschlag gegeben haben.

II. Die Arbeit der Kommission

Wenn nun schon die genannte Überprüfung stattfinden sollte, dann hätte es hierfür eine einwandfreie Methode gegeben.

Da es sich bei den ADSS um die Dokumentation von Geschehensabläufen handelt, die einen in sich zusammenhängenden Sachkomplex betreffen, ist es un schwer möglich, zu erkennen, ob sich die einzelnen Dokumente in einen logischen Zusammenhang einordnen lassen oder nicht. Dabei spielt es keine Rolle, daß, wie die Editoren der ADSS deutlich sagen, es sich hierbei um eine notwendigerweise zu treffende Auswahl handelt. Auch so ist nämlich festzustellen, ob in dieser Dokumentation logische Sprünge oder gar Widersprüche vorhanden sind, oder logischer Zusammenhang besteht.

Die Frage ist nun, ob die Kommission tatsächlich so vorgegangen ist und Blatt für Blatt - samt den Anmerkungen - einer solchen Sichtung unterzogen hat. Das freilich ist, legt man nur den bald zu besprechenden „Zwischenbericht“ zu Grunde, ganz offensichtlich nicht geschehen. Was vielmehr geschah, war, daß jüdische Mitglieder der Kommission öffentlich den Verdacht wiederholten, der Vatikan halte ihn kompromittierende Akten zurück¹³, womit man die Forderung nach ungehindertem Zugang zu den vatikanischen Archivbeständen verband.

Als nun die „Überprüfung“ der einzelnen Bände als abgeschlossen bezeichnet wurde, hatte allem Anschein nach keines der Kommissionsmitglieder die Gesamtheit des Materials zur Kenntnis genommen. Nun, da jedes Mitglied einen Bericht über die von ihm geleistete Arbeit vorlegen sollte, trat die mangelnde Übereinstimmung der Urteile so offenkundig zu Tage, daß Dr. *Eugen Fisher* feststellte, die Berichte seien nach Form und Inhalt so unterschiedlich gewesen, daß die Redaktion eines zusammenfassenden Berichtes äußerst schwierig gewesen wäre. Es kam also ein solcher nicht zustande. Wozu man sich indes entschloß, war die Erstellung einer Liste von 47 Fragen an den Hl. Stuhl, der man einen äußerst summarischen Abriß der Vorgeschichte vorausgeschickt hatte.¹⁴

Dieser Bericht samt den 47 Fragen gestattet es allerdings, sich ein Urteil über die Kommissionsarbeit zu bilden. Es wird daraus ersichtlich, daß die Kommission dabei elementare Forderungen der historisch-kritischen Methode mißachtet hat.

Deren erste ist, daß man vor allem anderen den Stand der Internationalen Forschung zum Thema feststellte und kritisch resumierte. Erst daraus hätte sich ergeben, welche Fragen noch offen und darum zu untersuchen waren. Aus den 47 Fragen geht indes hervor, daß die Kommission grundlegende Quellenpublikationen und Werke der Sekundärliteratur nicht gekannt hat. Am eklatantesten tritt dies zutage, wenn in einer Frage die Forderung erhoben wird, aus dem Archiv die einschlägigen Aktenvorgänge für das Zustandekommen der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vorzulegen. Kein einziges Kommissionsmitglied hat also gewußt, daß dieses Material seit mehr als 30 Jahren in wissenschaftlicher Edition gedruckt vorlag. Dieses eine, besonders gravierende Beispiel zeigt, mit wie wenig Sachkunde hier gearbeitet worden war. Andere der 47 Fragen erwecken den Eindruck, als „müsse das Rad neu erfunden“ werden, wieder andere rennen offene Türen ein oder formulieren banale Selbstverständlichkeiten.¹⁵ Manche Fragen wären gar nicht gestellt worden, wenn man nur die ADSS, wo sie schon beantwortet waren, wirklich studiert hätte. Insbesondere ist anzumerken, daß etwa die Bände des „Notenwechsels zwischen dem Hl. Stuhl und der deutschen Reichsregierung“¹⁶, ebenfalls eine Quelle ersten Ranges, keinem der Kommissionsmitglieder bekannt waren. Diese und andere Mängel an Quellen- und Literaturkenntnis charakterisieren den Mangel an Professionalität der Kommissionsarbeit.

Was indes noch schwerer wiegt ist, daß Dr. *Suchecky* im Oktober 2000 in einem eklatanten Vertrauensbruch, ohne jegliche vorherige Fühlungnahme mit den Betroffenen, unter denen Vertraulichkeit vereinbart worden war, an die Öffentlichkeit ging und den Zwischenbericht der Kommission ins Internet stellte¹⁷, während die Kommission im Vatikan tagte. Im Anschluß daran wurde erneut die Forderung nach Öffnung der Vatikanischen Archive erhoben.

Unter diesen die Atmosphäre belastenden Umständen kam es alsdann zu einer Zusammenkunft der Kommission (!) mit den Kardinälen *Cassidy*, *Mejia* und *Laghi*.¹⁸ Card. *Mejia* ist als Archivist e Bibliotecario di S.R. Chiesa in letzter Instanz für das Archiv zuständig, Card. *Laghi* war seinerzeit, als *Paul VI.* die Edition der ADSS in Auftrag gab, als Substitut im Staatssekretariat sein engster Mitarbeiter. Hinzugezogen wurde zu der Besprechung auch Prof. Dr. *Peter*

Gumpel, der als Untersuchungsrichter (Relator) im Seligsprechungsprozeß für *Pius XII.* intimste Kenntnis der Materie besitzt. P. *Gumpel* erklärte sich nun bereit, die 47 Fragen im einzelnen zu beantworten. Bei der daraufhin stattgefundenen Besprechung konnten indes aus Zeitmangel nur deren 12 behandelt werden, weshalb P. *Gumpel* sich erbot, den Rest bei einer neuerlichen Zusammenkunft zu beantworten.

In der Tat machte die Kommission von diesem Angebot jedoch keinen Gebrauch, vermutlich deshalb, weil die ersten 12 Fragen mit größter Akribie beantwortet worden waren, die keinen Einwand mehr gestattete. Ebenso wurde ein von P. *Pierre Blet* SJ angebotener Gesprächstermin erst angenommen, dann aber brüsk abgesagt. Um so erstaunlicher war, daß in der Folge einige jüdische Kommissionsmitglieder öffentlich behaupteten, auf ihre Fragen nie eine Antwort erhalten zu haben.

Schließlich wandte sich die Kommission an Kardinal *Kasper*, den Nachfolger von Kard. *Cassidy*, mit der Erklärung, man sehe sich nicht in der Lage, die Arbeit fortzusetzen, da der Kommission nach wie vor der Zugang zu den Archivbeständen verwehrt sei. Mr. *Seymour Reich*, Mitkoordinator der Kommission und Vorsitzender des International Jewish Committee for Interreligious Consultation gab daraufhin, ohne die katholischen Mitglieder der Kommission konsultiert zu haben, nicht nur diesen Brief an die Presse, sondern nutzte auch die Gelegenheit, den Inhalt des Briefes zu entstellen. Alle drei katholischen Kommissionsmitglieder distanzieren sich entschieden von diesem Vorgehen. Diese neuerliche schwerwiegende Indiskretion belastete seither die Atmosphäre innerhalb der Kommission¹⁹, deren weiteres Schicksal nun im Dunkel liegt.

III. Die „Vatikanischen Archive“

Schon im Vorfeld der Konstituierung der Kommission war die Frage des Zugangs zum Vatikanischen Archiv - des näheren die Möglichkeit, die Bestände aus der Zeit *Pius XII.* einzusehen - aufgeworfen worden. Immer wieder wurde dann in der Folge die Forderung nach Zugang zu diesen Beständen für die Kommissionsmitglieder erhoben, und schließlich diente das zuletzt durch den Archivar der Hl. Römischen Kirche, Kardinal *Mejia*, wiederholte Nein zur Begründung für die Einstellung der Arbeiten durch die Kommission. Hierzu sind also einige grundsätzliche Ausführungen angezeigt.

1) Es entspricht keineswegs den Tatsachen, daß, wie mehrfach berichtet, diese Bestände verschlossen bleiben sollen. Zu gegebener Zeit werden sie - wie auch jene vorhergehender Pontifikate - der Forschung zur Verfügung stehen. Nach wie vor gilt der von Papst *Leo XIII.* anlässlich der Öffnung der Vatikanischen Archive gegenüber *Ludwig von Pastor* geprägte Satz: „Non abbiamo paura della pubblicità dei documenti - wir haben keine Angst vor der Veröffentlichung der Dokumente“.²⁰ Nur bedarf eben das Archivmaterial der archivtechnischen Aufbereitung, ehe es in sinnvoller Weise zur Einsichtnahme freigegeben werden

kann. Dies ist zur Zeit für die Archivbestände bis zum Ende des Pontifikats *Benedikts XV.*, d.h. bis zum Jahr 1922, der Fall.

Sollte nun argumentiert werden, daß die meisten staatlichen Archive ihre bis zum Ende des 2. Weltkriegs reichenden Bestände bereits freigegeben haben, so ist zunächst auf den Unterschied zwischen diesen und dem Vatikanischen Archiv hinzuweisen. Es ist dies ein organisatorischer Unterschied von großer Tragweite, und er besteht im wesentlichen in der Personalausstattung und dem verfügbaren Raum. Zum Vergleich sei lediglich das Bayerische Hauptstaatsarchiv in München herangezogen. Hier sind etwa 170 Mitarbeiter beschäftigt. Das Vatikanische Archiv hingegen hat eine Gesamtmitarbeiterzahl von 35, von denen 11 wissenschaftliche Archivare sind, der Rest ist in Verwaltung, Restaurierungslaboratorium, Informatikabteilung, Foto-Labor und Benutzerdienst beschäftigt.²¹ Bedenkt man nun, daß das Münchener Archiv lediglich die archivalische Überlieferung der Bayerischen Zentralbehörden zu verwalten hat, also eines Staates von heute mit 12 Millionen Einwohnern, während das Vatikanische Archiv das bedeutendste Archiv der Welt mit ca. 75 Regalkilometern darstellt, dann springt ein Mißverhältnis ins Auge, das grotesker nicht sein kann.

Es stellt sich also die Frage, wie es mit diesem Personalbestand überhaupt möglich sein soll, neben der Bewältigung des täglichen Routine-Betriebs in Benutzerbetreuung, Beantwortung von Anfragen, Ausführung von Fotoaufträgen etc. die Bereitstellung der noch unzugänglichen Bestände zu bewältigen.

Was deren materiellen Umfang betrifft, so ist für die beiden Pontifikate *Pius XI.* und *Pius XII.*, das ist für die Jahre von 1923 bis 1958 von einer Anzahl von ca. 3 Millionen Blättern die Rede. Diese befinden sich in Schachteln, in sich mehr oder weniger geordnet. Sollen sie nun den Forschern zur Verfügung gestellt werden, muß jedes einzelne Stück inhaltlich zur Kenntnis genommen, jede einzelne Seite paginiert und mit Archivstempel versehen werden. Dieses Vorgehen ist notwendig, um auszuschließen, daß im Laufe der Benutzung einzelne Seiten entwendet oder gar auch von außen hinzugefügt werden. Die Erfahrung lehrt, daß mit beidem gerechnet werden muß. Dann sind die Dokumente zu binden und schließlich katalogmäßig zu erfassen, d.h. zu repertorisieren. Erst jetzt ist ein solchermaßen aufbereiteter Archivbestand bereit zur Benützung.

Es ist leicht auszurechnen, welche Anzahl von Archivaren tätig sein müßte, um diese Arbeit innerhalb einer überschaubaren Frist zu leisten - von den Kosten einmal abgesehen. Macht sich derjenige, der sich über die noch andauernde Unzugänglichkeit dieser Bestände beklagt, auch Gedanken, wo denn die Arbeitsplätze für auch nur zehn eventuelle neue Archivare eingerichtet werden sollten?

Die Forderung nach sofortigem Zutritt zu diesen Beständen ist also gänzlich unrealistisch. Dies gilt auch, wenn man die so gegebene Arbeitssituation der Forscher bedenkt: Was finden sie ohne Repertorium? Hinzu kommt, daß eine ausschließliche Zulassung der genannten Gruppe gegenüber der internationalen Fachwelt nicht zu begründen wäre.

Die vorstehenden Darlegungen sind jedem Historiker, der ein Minimum von Erfahrung mit Archiven besitzt, unmittelbar einleuchtend.²²

Es ist außerdem schlechterdings nicht wahr, daß durch die momentane Unmöglichkeit, die genannten Bestände des Vatikanischen Archivs einzusehen, der Fortgang der Forschung blockiert würde. Zum ersten ist - wie schon angedeutet - von der Kommission ein elementarer Arbeitsgang noch immer nicht geleistet: Die Erfassung, Sichtung und Auswertung des umfangreichen, längst im Druck vorliegenden Quellenmaterials und der Sekundärliteratur, anhand welcher es auf weiteste Strecken hin möglich gewesen wäre, über die Zuverlässigkeit der ADSS zu einem begründeten Urteil zu gelangen. Sodann weiß jeder Historiker mit Forschungserfahrung, daß Aktenvorgänge - namentlich der neuesten Geschichte - in aller Regel keineswegs nur an einem Ort, in einem Archiv überliefert sind. Im Normalfall ist, zum Beispiel, ein auslaufender Brief entweder als Entwurf oder als Kopie im Archiv des Absenders erhalten, im Original hingegen im Archiv des Empfängers. Das heißt, daß man, wenn immer das eine Archiv versagt, sich an das andere wenden kann. Es ist darum die Frage zu stellen, ob die Kommission derartige Nachforschungen in anderen Archiven jemals unternommen, bzw. überhaupt in Erwägung gezogen hat.

Darüber hinaus ist es in höchstem Grade unwahrscheinlich, daß ein so ungeheurer historischer Vorgang wie die Judenverfolgung bzw. -vernichtung und die Stellungnahme des Hl. Stuhls dazu nicht in zahlreichen Archiven Niederschlag gefunden hätte. Es standen also die staatlichen Archive wenigstens Europas und Amerikas zur Verfügung. Sich mit dem Thema „Hl. Stuhl und Juden“ zu befassen, ohne auf diese Quellen zu rekurrieren, ist mit wissenschaftlichen Prinzipien schlechterdings nicht vereinbar.

Am meisten aber muß es verwundern, daß die Kommission offenbar sogar auf die Konsultation der - wenigsten jüdischen Mitgliedern zugänglichen - israelischen Archive verzichten zu können geglaubt hat. Anhand des dort zweifellos vorhandenen Materials hätten die ADSS ohne weiteres überprüft werden können.

Da sind die Israel State Archives, sodann die Central Zionist Archives, die Central Archives for the History of the Jewish People, die Yad va Shem Archives, alle in Jerusalem. Alsdann gibt es die Weizmann Archives in Rehovot und schließlich das Department of manuscripts and archives of the Jewish National and University Library in Jerusalem. Wenigstens in diesen ist mit größter Wahrscheinlichkeit Quellenmaterial zu „Shoah und katholische Kirche“ zu finden. Außerdem wären ebenso die Archive des Jüdischen Weltkongresses und der B'nai B'rith in den USA zu konsultieren gewesen. Daß dergleichen gar nicht erst versucht wurde, kann nur Kopfschütteln hervorrufen.

Alle diese Tatsachen nähren ernsteste Zweifel an der wissenschaftlichen Seriosität des Unternehmens der Kommission. Die Zweifel werden zur Gewißheit, bedenkt man außerdem, daß - wie oben erwähnt - die Kommission nicht einmal die von ihr zu überprüfende Aktenedition mit der erforderlichen Aufmerksamkeit studiert und außerdem wichtigste einschlägige Quelleneditionen und Sekundärliteratur erwiesenermaßen nicht gekannt hat. Schließlich mußte man auch wissen, daß die gestellte Aufgabe eine weit zahlreichere Forschergruppe auf Jahre hinaus beschäftigen würde.

Angesichts dieser Sachlage erscheint das penetrante Insistieren auf Einsichtnahme in die vatikanischen Archivbestände in einem eigenartigen Licht. Jeder, der je in einem Archiv gearbeitet hat, weiß, daß er in einem Archiv selbst den letzten Winkel durchsuchen könnte ohne das Geringste zu finden, wenn der Archivar es ihm vorenthalten will. Andererseits könnte ein solcher Forscher - selbst dann, wenn ihm alles Vorhandene vorgelegt wurde, immer noch behaupten, man habe ihm Dokumente vorenthalten, ohne daß ein Archivar imstande wäre, solches Mißtrauen zu entkräften. Es geht also nicht ohne gegenseitiges Vertrauen.

Was also wollte die Kommission wirklich? Wollte sie solide historische Wissenschaft betreiben - oder Politik? Ist die Vermutung abwegig, es habe mit der ständigen publikumswirksamen Klage über die Verweigerung des Archivzutritts das aus ganz anderen Gründen zu erklärende Scheitern der Kommission kaschiert und überdies der Hl. Stuhl diffamiert werden sollen?

IV. Was nun?

Das wichtigste und möglicherweise sogar fruchtbare Ergebnis, das aus dem in jeder Hinsicht bedauernswerten Desaster der Kommission erwachsen könnte, wäre die Erkenntnis, daß hier der Versuch, die Rolle *Pius XII.* im Zusammenhang mit der „Shoah“ aufzuklären, mit gänzlich untauglichen Mitteln unternommen worden ist. Niemals hätte man es bei einer Kommission von nur sechs Mitgliedern und drei Koordinatoren belassen dürfen, von denen alle, was die Arbeitskapazität, und die meisten, was die fachliche Kompetenz anlangt, gänzlich überfordert waren.

Nun aber könnte der Augenblick gekommen sein, um aus diesem Scheitern die Konsequenz zu ziehen, und ein großangelegtes längerfristiges Forschungsunternehmen über dieses Thema ins Auge zu fassen. Daß dies einer umsichtigen fachkundigen Planung ebenso bedürfte wie eines umfangreichen und wohlstrukturierten Mitarbeiterstabes, steht ebenso außer Zweifel wie die Notwendigkeit internationaler Zusammensetzung und hohen wissenschaftlichen Standards der Beteiligten.

Der Forschungsplan hätte mehrere Phasen vorzusehen, wie sie bei jedem historischen Forschungsunternehmen selbstverständlich sind:

- 1) Erfassung des gesamten im Druck vorliegenden Quellenmaterials sowie der Sekundärliteratur.
- 2) Deren inhaltliche Sichtung und Aufbereitung der Ergebnisse.
- 3) Erfassung des ungedruckten Quellenmaterials aus den US-amerikanischen, europäischen (Frankreich, Deutschland, Polen, evtl. Italien) Archiven, sodann den israelischen Archiven.
- 4) Formulierung der die inhaltliche Auswertung des Materials leitenden Fragestellungen.
- 5) Sind diese Arbeitsschritte durchgeführt - was je nach Umfang und Qualität des Forschungspersonals in 5-7 Jahren geschehen sein könnte, wäre damit zu

rechnen, daß auch die Vatikanischen Bestände für die Benützung aufbereitet wären. Daß dies eine beträchtliche Vermehrung des Archivpersonals und des Etats voraussetzt, ist offenkundig.

6) Dann erst könnte an die Erarbeitung einschlägiger Darstellungen herangegangen werden.

Diese hier vorgeschlagene Abfolge der Arbeitsgänge ist indes keineswegs nur durch die augenblickliche organisatorische und ökonomische Situation des Vatikanischen Archivs bedingt. Jedem Kundigen ist vielmehr klar, daß der Gang ins Archiv erst dann sinnvoll ist, wenn alles Gedruckte aufgearbeitet ist. Nur so kann man vermeiden, daß man im Archiv „entdeckt“, was längst im Druck vorlag.

Daß ein solches, notwendigerweise groß anzulegendes Forschungsprogramm einen hohen Finanzaufwand erfordert, ist selbstverständlich. Selbstverständlich müßte es aber auch sein, daß seitens aller (!) Beteiligten die Bereitschaft bestünde, dazu beizutragen.

Mehr als alles andere ist aber eine gemeinsame Basis gegenseitigen Vertrauens für eine gedeihliche Zusammenarbeit notwendig, die sich der gemeinsamen inneren Verpflichtung auf jenes wissenschaftliche Ethos ergibt, das *Leo XIII.* in Anlehnung an *Cicero* in seinem Schreiben „*Saepenumero considerantes*“ formuliert hat, mit dem er die Öffnung der Vatikanischen Archive vor mehr als 100 Jahren begründet hat: „Dies ist der Geschichtsschreibung erstes Gesetz, daß man nicht wage, Falsches zu behaupten, sodann daß man Wahres nicht zu sagen wage, noch gebe man Anlaß zu dem Verdacht, daß Gunst oder Mißgunst die Feder führte.“

Anmerkungen

1) Vgl. den biographischen Abriß in P. Blet, Papst Pius XII. und der Zweite Weltkrieg. Aus den Akten des Vatikans, Paderborn 2000.

2) Vgl. den Nekrolog in: *Notizie dei Gesuiti d'Italia* 15 (1982) 77-78.

3) Nekrolog in: Rundbrief der Oberdeutschen Provinz SJ Nr. 2/76 S. 6-8.

4) Nekrologe in: *La Civiltà Cattolica* 148 (1977) 474-476; und *The Tablet* 8 März 1997 S. 338. Vgl. z. B. sein Werk: *The Pope and Poland in World War Two*, London 1968.

5) Die Bände erschienen in der *Libreria Editrice Vaticana*.

6) Hrsg. von B. Schneider in Zusammenarbeit mit P. Blet und A. Martini (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe A Bd. 4) Mainz 1966.

7) Nach Blet, Pius XII., S. X.

8) Eine solche Zusage, die Kardinal Cassidy zu machen nicht befugt gewesen wäre, ist nie gegeben worden. (Vgl. Presseerklärung von Kardinal Kasper vom 24. August 2001)

9) *Annuario Pontificio* 2001 S. 1015.

10) Für die wissenschaftliche Präsentation der Mitglieder dienten die im Internet verfügbaren bibliographischen Angaben als Quelle.

11) Die Originalausgabe mit dem Titel „*L'encyclique cachée de Pie XI., Une occasion manquée de l'Eglise face à l'antisemitisme. Préface de Emile Poulat*“, erschien 1995 in Paris.

12) Besonders auffällig ist, daß die bedeutendste Institution für kirchliche Zeitgeschichte, nämlich die „Kommission für Zeitgeschichte“, die seit 1965 mittlerweile 45 Bände von Quelleneditionen vorgelegt, wozu noch 79 Bände Monographien kommen, in keiner Weise berücksichtigt wurde.

13) So Prof. Wistrich in einem Interview mit dem Jerusalem Report. Vgl. auch seine beleidigende Unterstellung: „Io sono sempre stato molto scettico riguardo le buone intenzioni della Chiesa cattolica su questa commissione ... mi è sembrato che questa commissione non fosse altro che una farsa ...“ (SHALOM-mensile ebraico d'informazione e cultura, Dic. 1999). Ähnlich in: Der Spiegel 14 April 2001 S. 66-67 und „An Ill Wind from Rome“, in The Jerusalem Report, August 27 2001 S. 30-31., wo es über P. Gumpel heißt: “Behind his polite façade, there was an unmistakable steely hostility toward our mandate of work, which he predictably sought to rubbish in the press. Gumpel, a fanatical admirer of Pius XII ... His paranoia (!) made me feel like one of the Elders of Zion”!

14) Vgl. den verabredungswidrig im Internet zugänglichen „Zwischenbericht“.

15) Prof. Dr. Konrad Repgen, Bonn, in einem Brief an den Vf.; vgl. auch K. Repgen, Im Haus des Geheimarchivs sind viele Wohnungen, in: FAZ 27 September 2001 S. 52-53.

16) Dieser Notenwechsel ist in drei Bänden von Prof. Dr. Dieter Albrecht in der Reihe: Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, hrsg. v. K. Repgen, Reihe A Quellen Bd. I, Mainz 1965, 2. Aufl. 1974; Bd. II 1969; Bd. III 1980 ediert worden.

17) Unter der Kopfleiste „Holocaust victim and Survivor Information - A Service of B'nai B'rith International“. Der Text hat die Überschrift: „The Vatican and the Holocaust: A Preliminary Report ... by the International Catholic-Jewish Historical Commission“. Hier auch die mehrfach erwähnten 47 Fragen. Daß diese grobe Indiskretion durch Dr. Suchecky begangen wurde, stellt Kardinal Keeler in seiner Presseerklärung vom 27 Juli 2001 (Communications US Conference of Catholic Bishops) fest.

18) Vgl. die Presseerklärung von P. Gumpel vom 7. August 2001 (Bollettino Sala Stampa della Santa Sede Nr. 0439).

19) Statement by Card. William H. Keeler wie Anm. 17.

20) Ludwig von Pastor berichtet darüber in einem Brief an seine Frau vom 24. Februar 1884 (Ludwig Frhr. von Pastor 1854-1928. Tagebücher - Briefe - Erinnerungen, hrsg. v. W. Wühr, Heidelberg 1950, 179).

21) Annuario Pontificio 2001, 1113 f.

22) Es sei den Kritikern auch empfohlen, den schon vor 16 Jahren erschienenen Aufsatz von M. Maccarrone, L'apertura degli Archivi della Santa Sede per i pontificati di Pio X. e di Benedetto XV (1903-1922), in: Rivista di Storia della Chiesa in Italia 39 (1985) 341-348 zur Kenntnis zu nehmen, um zu begreifen, daß auch bei weniger „umstrittenen“ Pontifikaten dieselben archivtechnischen Probleme zu bewältigen waren wie jetzt für die Pontifikate Pius XI und Pius XII. Man wird auch feststellen, wie unbelastet von Sachkenntnis es ist, wenn Prof. Marrus sagt: „Mi stupisce che in cinquanta anni non abbiano ordinato le carte ...“ (SHALOM, Dicembre 1999). In die gleiche Richtung zielt der Artikel „Die Verlierer des Vatikans. Die Archive bleiben geschlossen - die Historikerkommission wird bei ihren Recherchen zu Pius XII. behindert“ (Süddeutsche Zeitung 28. Juli 2001). Der gelehrte Verfasser, Prof. Dr. Wolfgang Schieder, legt damit eine bemerkenswerte Unkenntnis der Personen und der Sachlage an den Tag - der hämische Ton des Artikels spricht für sich.

Prälat Prof. Dr. Walter Brandmüller lehrte Neuere und Mittelalterliche Kirchengeschichte an der Universität Augsburg und ist Präsident des Päpstlichen Komitees für Geschichtswissenschaft in Rom.

Paul-Johannes Fietz

Religion und Grenzen der Kunst

Das 36. „Essener Gespräch“

„Im Prinzip sind Schwule und Lesben für alles geeignet – sogar als Papst.“ So hat es SPD-Generalsekretär *Franz Müntefering* dem „Stern“ gesagt. *Franz Josef Wagner*, der Kolumnist des Axel-Springer-Verlages, der seine katholische Sozialisation nicht verleugnet, schrieb dazu in der „Bild-Zeitung“ an *Müntefering*: „Schwule sind für alles geeignet, sogar als Dalai Lama’, hätten Sie sich nicht getraut zu sagen, weil es political incorrect ist, auch im Hinblick auf die grünen Seelchen in Ihrer Koalition. Und ‚Schwule sind für alles geeignet – sogar als Oberrabbiner von Jerusalem’, hätten Sie sich auch nicht getraut, schon aus Rücksicht auf Ihre Fönfrisur. Der Rabbiner würde nämlich seinen siebenarmigen Leuchter nach Ihnen werfen. Ein schwuler Papst, das war’s. Da klatschen alle. Da hat die Spaßgesellschaft ein offenes Ohr.“

Das „Essener Gespräch“, das sich in diesem – 36. – Jahr mit dem Thema „Kirche und Kunst“ beschäftigte, näherte sich diesem Befund aus einer anderen Richtung. So ging es in der „Wolfsburg“, der Akademie des Bistums Essen in Mülheim an der Ruhr, um „Religion und Grenzen der Kunst“ und damit auch um den „Gotteslästerungs-Paragrafen“ 166 des Strafgesetzbuches (StGB). Während bis 1969 Gott selbst und die religiösen Gefühle der Menschen strafrechtlich geschützt wurden, ist seitdem die Beschimpfung religiöser oder weltanschaulicher Bekenntnisse nur noch dann strafbar, wenn sie den öffentlichen Frieden zu stören geeignet ist. Weil dazu die sich gestört fühlenden Kirchenmitglieder wahrnehmbar auf die Barrikaden gehen müßten, dies aber gewöhnlich nicht tun, vielmehr außerordentlich duldsam sind, können die religiösen Gefühle vieler Christen durch verunglimpfende Darstellungen etwa des Kreuzes oder des Abendmahls in der Regel ungestraft verletzt werden. Da es aber nicht letztlich von der Gewaltbereitschaft der Anhänger einer Religion abhängen kann, ob eine Gotteslästerung strafbar ist oder nicht, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 166 StGB eingebracht. Danach soll die Beschimpfung allein künftig für eine Strafbarkeit genügen – unabhängig von einer Störung des öffentlichen Friedens. Dem liegt der Gedanke zugrunde, daß die Ehrfurcht vor dem Heiligen überhaupt, vor Gott, auch demjenigen zumutbar ist, der selbst nicht an Gott zu glauben bereit ist. *Christian Hillgruber*, Staatsrechtler aus Erlangen-Nürnberg, stimmte dem Grundanliegen der Unionsfraktion in seinen Ausführungen in der Wolfsburg ausdrücklich zu. Er gab jedoch zu bedenken, daß man das Tatbestandsmerkmal „Eignung zur Störung des öffentlichen Friedens“ nicht eliminieren, sondern lediglich den Zweck der Vorschrift bei der Interpretation berücksichtigen müsse, um in der Praxis sachgerechte Ergebnisse zu erlangen. § 166 StGB entfalte nämlich einen vorgelagerten Schutz, „indem er bereits einer erfahrungsgemäß konflikträchtigen Vergiftung bzw. Verrohung des geistigen Klimas durch herabwürdigende, verbale Angriffe entgegenwirkt, die dann in der Folge in

einem zumeist nicht mehr aufzuhaltenden Prozeß in tätliche Angriffe umschlagen können.“ Dieser Auffassung war auch der Freiburger Moraltheologe *Eberhard Schockenhoff*, der in seinem Referat über „Wahrheit und Freiheit der Kunst aus der Sicht der theologischen Ethik“ betonte, eine Aushöhlung des öffentlichen Friedens liege „bereits in der gezielten Verweigerung von Toleranz, Duldsamkeit und Rücksichtnahme“.

Schockenhoff war es auch, der das gesellschaftliche Klima, das Äußerungen wie der von *Franz Müntefering* zugrunde liegt, auf den Punkt brachte: „Strafandrohungen gegen Rechtsradikale, die davon abhalten sollen, jüdische Glaubenssymbole oder die religiösen Vorstellungen unserer muslimischen Mitbürger zu verhöhnen, gelten als Ausdruck eines abwehrbereiten Rechtsstaates. Ihr Einsatz zu Gunsten der christlichen Kirchen wird dagegen als Angriff auf die Kunst- und Meinungsfreiheit gewertet.“ Dieses gespaltene Rechtsbewußtsein wirke insbesondere mit Blick auf den zurückgehenden gesellschaftlichen Einfluß der christlichen Kirchen grotesk. *Schockenhoff* bot auch eine psychologische Erklärung für das anachronistische Weiterwirken der antireligiösen Blasphemie in Deutschland an. Danach dienen diffamierende Äußerungen und blasphemische Handlungen gegen die Symbolwelt des Christentums der Abwehr eigener Zweifel und der Stabilisierung der eigenen antireligiösen Identität: „die Blasphemie als Instrument der Selbstrechtfertigung angefochtener Gottesleugner“. Möglicherweise, so fügte er jedoch an, sei diese Erklärung noch immer zu rationalistisch, da sie die diffusen emotionalen Widerstände vieler Menschen gegen alles unterschätze, was irgendwie mit Religion und Kirche zu tun habe.

Die aktuelle politische Debatte war aber nur *ein* Aspekt der Tagung. Zu Beginn hatte die Dresdner Religionsphilosophin *Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz* – die erste Referentin in 36 Jahren „Essener Gespräche“ – unter dem Titel „Geschmückt wie eine Braut“ Überlegungen zu einer Ästhetik des Christentums angestellt und dabei unter Verwendung biblischer Schlüsselszenen aus der Geheimen Offenbarung, der Leidensgeschichte, der Verkündigung *Mariens* und der Selbstverfluchung des *Judas* vier Träger-Elemente ausgemacht: Vollendung und Endlichkeit, Heiligkeit und Dämonie.

Mit dem wechselvollen Verhältnis der Religion zur Kunst im Verlauf der Geschichte befaße sich *Christian Hillgruber*. Danach hatte das Christentum mit den Heiligen Schriften des Alten Testaments auch das jüdische Bilderverbot geerbt. Die Folge: Aus den christlichen Urgemeinden waren ursprünglich Künstler ausgeschlossen. Erst allmählich entwickelte sich eine christliche Bild-Kunst, die vor allem mit der Bedeutung und dem Nutzen des Bildes als Bibel der des Lesens Unkundigen gerechtfertigt wurde. Wichtigstes theologisches Argument zur Rechtfertigung des christlichen Bildes als Menschenwerk wird die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus und die Gottesebenbildlichkeit des Menschen selbst. Mit den Worten Kardinal *Ratzingers*: „Wir können damit zwar nicht Gott selbst in seiner ewigen Unendlichkeit darstellen, aber wir können das Bild sehen, in dem er sich selbst dargestellt hat. Von nun an *machen* wir nicht mehr ein Bild, sondern Gott selbst hat sein Bild *gezeigt*.“ Für das Christentum leitete dann die Renaissance eine neue kulturgeschichtliche Epoche und einen grundlegenden Wandel im Verhältnis zwischen Religion und Kunst ein. Die Kunst emanzipierte sich von der Religion. Mit der Hinwendung zur Diesseitigkeit und Weltlichkeit war der Wille zu schöpferischer Freiheit verbunden. Der Künstler

ging dazu über, sich in dem von ihm geschaffenen Kunstwerk selbst zu verwirklichen. Bis dahin war er dahinter stets zurückgetreten, weil das Kunstwerk nicht als subjektiver Ausdruck der eigenen Persönlichkeit, sondern als „objektive“ Manifestation Gottes galt, der sich nur seiner Person und seines künstlerischen Schaffens als Medium bediente. Jetzt hörte der Künstler – selbstbewußt geworden – auf, Meister und Werkmann im mittelalterlichen Sinne zu sein. So werden das Schöne und das Heilige unterscheidbar. Erstmals entsteht die Gefahr, daß sie zueinander in Gegensatz und Widerspruch geraten. Areligiöse, ja antichristliche Kunst, die sich von Gott und Kirche entfremdet, wird möglich. Schon wegen der fortdauernden Gottesfürchtigkeit der großen Künstler realisiert sich der mit dem Auseinandertreten von Kunst und Religion möglich gewordene Konfliktfall – gotteslästerliche Kunst – nicht sogleich. Der Blasphemievorwurf trifft jedoch – wegen der Altarwand der Sixtinischen Kapelle – auch einen gottesfürchtigen Mann wie *Michelangelo*. Und *Eberhard Schockenhoff* rief in Erinnerung, daß der christliche Glaube in dem historischen Umfeld, dem er entstammt und in das hinein er sich ausbreitete, ursprünglich selbst als Blasphemie empfunden wurde.

Die Reformation wirft dann noch einmal grundsätzlich die Frage nach der Zulässigkeit christlicher Bildkunst auf. Die Losung „sola scriptura“ erweist sich als potentiell bilderfeindlich. Diese Bildfeindlichkeit entlädt sich im „Bildersturm“, einem barbarischen Akt der Kunstzerstörung, der in vielen Regionen zu rücksichtslosen Verwüstungen der Kirchen und Klöster führt. Schließlich setzt sich die im Vergleich zu *Calvin* und *Zwingli* besonnene Haltung *Luthers* durch und bereitet dem Bildersturm ein Ende. Die konfessionelle Spaltung aber hat auch auf dem Gebiet der Kunst Folgen: Während in den protestantischen Ländern eher die „Ohren-Künste“ – Musik, Dichtung und Literatur – gepflegt werden, entfalten sich in den katholisch gebliebenen oder wieder gewordenen Ländern die „Augen-Künste“ intensiver – Kirchenbau, Malerei und Bildhauerei. Insgesamt jedoch setzt sich die Emanzipierung der Kunst von der christlichen Religion unaufhaltsam fort.

Nach diesem historischen Ausflug wandte sich *Hillgruber* der verfassungsrechtlichen Frage zu, wo die Freiheit künstlerischer Betätigung endet. Welche Grenzen darf mit anderen Worten der durch das Grundgesetz verfaßte Staat, der sich zwar als „Kulturstaat“, aber nicht mehr als „christlicher Staat“ versteht, in seiner weltlichen Rechtsordnung der Kunst mit Rücksicht auf die Religion setzen, ohne gegen die grundrechtlich garantierte Kunstfreiheit und die ihm aufgebene religiöse und weltanschauliche Neutralität zu verstoßen? Das Grundgesetz gewährleistet in seinem Artikel 5 die Freiheit der Kunst. Auf die Qualität des Kunstwerks kommt es dabei für den grundrechtlichen Schutz nicht an. Dieser gilt nämlich nicht dem Ergebnis und der Qualität des künstlerischen Schaffens, sondern der Freiheit künstlerischer Betätigung. Denn es gibt schon lange keinen Konsens über objektive Maßstäbe mehr, nach denen sich gute von schlechter Kunst unterscheiden ließe. Dafür aber Bonmots wie das von *Hellmuth Karasek*: „Der gute Geschmack von heute ist der Stein des Anstoßes von gestern. Das Ärgernis von gestern ist der Klassiker von heute.“ Das Grundgesetz enthält also keine Kunstschutz-, sondern eine Kunstfreiheitsgarantie, und die Gerichte versuchen in der Regel, ein Urteil über den Kunstcharakter eines in Frage stehenden Werkes zu umgehen. Da aber, wo Freiheit garantiert ist, keine Verpflichtung zur

Wahrheit, zum Guten und zum Schönen bestehen kann, läßt sich auch blasphemische Kunst nicht von vornherein aus dem Schutzbereich der Kunstfreiheit eliminieren. Die Anstößigkeit der Darstellung nimmt ihr nicht die Eigenschaft als Kunstwerk – garantiert sie allerdings auch nicht. Andererseits, so *Hillgruber*: „Wer das verächtlich macht und böswillig herabwürdigt, was anderen heilig ist, was für andere den Kern ihrer tiefsten Glaubensüberzeugung, die geglaubte und gelebte religiöse Wahrheit darstellt, versündigt sich am religiösen Frieden und damit am öffentlichen Frieden der staatlichen Gemeinschaft.“ Zurecht wies er darauf hin, daß gegenwärtig weniger Anlaß dazu bestehe, „darauf aufmerksam zu machen, daß nicht jede gegenüber Religion kritische Kunst ‚Beschimpfung‘ ist, als vielmehr umgekehrt in Erinnerung zu rufen, daß die Berufung auf Kunstfreiheit nicht als Freibrief für jede grobe Beschimpfung des Glaubens anderer herhalten kann.“ Ob eine künstlerische Darstellung eine schwerwiegende Herabsetzung des betroffenen Bekenntnisses darstellt, bemesse sich dabei nach dem objektiven Urteil eines auf Wahrung der religiösen und weltanschaulichen Toleranz bedachten und zugleich dem Verständnis von Kunst aufgeschlossenen Betrachters.

Eberhard Schockenhoff machte in diesem Zusammenhang auf einen weiteren Aspekt der Debatte aufmerksam: Schwinde nämlich der Konsens darüber, was als große und daher förderungswürdige Kunst zu gelten habe, und löse sich der Unterschied zwischen Kunst und Nicht-Kunst tendenziell auf, so verliere die bisherige staatliche Kunstförderung ihren Sinn und werde selbst zum öffentlichen Ärgernis. Dabei bezog er sich auf *Vittorio Hösle*: „Hat sich eine Gesellschaft gar davon überzeugt, daß es keine immanenten ästhetischen Kriterien gibt und daß die Kunst auch mittelbar mit den moralischen Fundamenten eines Gemeinwesens nichts zu tun hat, dann ist ein qualifizierter Schutz der Kunstfreiheit, der über den der üblichen Meinungsfreiheit hinaus geht, Unsinn und die Besteuerung der nicht an Kunst Interessierten für kunstpolitische Zwecke illegitim, ja nur eine Form von Sozialpolitik zu überhöhten Sätzen.“ Hier liegt wohl auch der Grund für manche pikirierte Reaktion in der Öffentlichkeit, wenn durch die „Kunst am Bau“-Förderung der öffentlichen Hand unter der Schirmherrschaft einiger weniger „Experten“ wieder einmal besonders bizarre Formen der künstlerischen Darstellung gleichsam geadelt werden.

Und die Kirche? Selbst nach Auffassung eines dezidierten Religionskritikers wie *Ludwig Feuerbach* hat sie, „als moralische Person, ein Recht auf Ehre“. Weder lammfromme Duldsamkeit und Selbstsäkularisierung noch der in die Selbstisolation führende Rückzug in eine Wagenburgmentalität stellen nach der im Kern identischen Auffassung sämtlicher Diskutanten des Essener Gesprächs eine angemessene Reaktion auf die Herausforderung einer zunehmend glaubensfernen, nicht unbedingt glaubensfeindlichen Gesellschaft dar. Einer Gesellschaft, der, so *Hillgruber*, Gottesfurcht und auch die entsetzte, innere Abwehrreaktion gegenüber künstlerisch verbrämter Gotteslästerung weithin abhanden gekommen sei. Patentrezepte gebe es nicht. Das Verhältnis der Religion zur Kunst aber werde immer so ambivalent bleiben wie die menschliche Freiheit – als Freiheit zum gottgefälligen sittlichen Guten wie zum selbstzerstörerischen diabolischen Bösen. Im Wesen der menschlichen Freiheit liege die Möglichkeit ihres Mißbrauchs. Mißbrauch von Freiheit aber lasse sich nur dadurch ausschließen, daß man die Freiheit überhaupt aufhebe. Nur in freier

schöpferischer Gestaltung könne jedoch jenes vollendet Schöne entstehen, in dem *Thomas von Aquin* „den Glanz des Wahren“ erblickte. Wen nun die Notwendigkeit schmerzte, um des – Kunstfreiheit voraussetzenden – wahren Schönen willen hinnehmen zu müssen, auch der häßlichen Fratze des Bösen ansichtig zu werden, den tröstete *Hillgruber* in Anlehnung an das psychologische Erklärungsmuster *Schockenhoffs* mit dem Hinweis, „daß auch das Gott verspottende Kunstwerk letztlich nur Ausdruck der allerdings irregeleiteten Suche des Künstlers nach Gott ist“. Auch wenn der Künstler sich damit auf dem Holzweg befinde, zeige dies doch exemplarisch, daß Gott jeden existentiell anspreche und sich nicht einfach totsichweigen lasse. „So spiegelt sich auch im Diabolischen noch – unauslöschlich – das Göttliche.“ *Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz* betonte zudem, wo die Lust am Gemeinen das „künstlerische“ Werkzeug bilde, handele es sich um Blasphemie nicht allein am Göttlichen, sondern am Menschlichen und Geschöpflichen. Zelebrierte Verachtung, dummdreistes Wichtigmachen des Tabubruchs, absichtliche Erniedrigungen, Gelächter über ausweglose Brutalitäten, Stimulation der Zerstörung seien Kulte des Bösen. „Wenn solcherart ‚Kunst‘ ins ‚wirkliche Leben‘ wechselt, wird aus dem mit dem *Ingeborg-Bachmann*-Preis bedachten Schriftstück ‚Babyficker‘ (1995) die real existierende Kinderschändung.“ Und sie fragte: „Was unterscheidet die künstlerische Phantasie von der vulgären?“

Christian Hillgruber wies darauf hin, den böswilligen Gotteslästerer erwarte die gerechte göttliche Strafe: „Irret euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten! Denn was ein Mensch sät, das wird er auch ernten“ (Galater 6, 7). Der vom Grundgesetz verfaßte Staat aber lasse nach seiner weltlichen Rechtsordnung, die ihn in religiöser Hinsicht auf eine friedenswahrende Funktion reduziere, gotteslästerliches Treiben Einzelner, auch künstlerisches, zu. Er schreite erst ein, wenn die (Religions-)Freiheit anderer berührt oder aber durch Verächtlichmachung des Glaubens der öffentliche Friede, den der Staat unbedingt zu garantieren habe, konkret bedroht sei.

„Diese Welt“, so heißt es in einem Grußwort des Zweiten Vatikanischen Konzils an die Künstler, „diese Welt, in der wir leben, hat Schönheit nötig, um nicht in Verzweiflung zu verfallen.“ Und so ist, wie der ehemalige Bundesverfassungsrichter *Paul Kirchhof* betonte, Kunst eine ganz wesentliche Bedingung religiösen Lebens. Der Bonner Staatsrechtslehrer *Josef Isensee* meinte, für die Vermittlung der Religion sei *Tintoretto* genauso wichtig wie *Augustinus*, *Michelangelo* und *Giotto* ebenso wie *Thomas von Aquin*. Nach *Botho Strauß* ist die erste Richtung der Kunst eine Vertikale, so daß die Kirche sich damit trösten mag, daß ihr, solange sie verhöhnt wird, noch eine gewisse Stärke unterstellt wird. Aber vielleicht sollte ihr die Aussage des englischen Bühnenschauspielers zu denken geben, der dem anglikanischen Bischof auf dessen Frage, wo die Unterschiede zwischen ihnen lägen, antwortete: „Wir Schauspieler sprechen von erdichteten Dingen wie von wahren, Sie aber – die Geistlichen – sprechen von wahren Dingen wie von erdichteten.“

Paul-Johannes Fietz ist Ministerialrat im Bundesministerium des Innern.

Harald Bergsdorf

Die PDS und rechtsextremistische Parteien

Siegmar Gabriel (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen, hat die aktuelle Debatte über die PDS um den Hinweis bereichert, die linksextremistische Partei ähnele rechtsextremistischen Parteien. Links- und rechtsextremistischen Parteien unterscheiden sich zwar voneinander, ähneln sich aber auch. Gerade auch um das Spezifische der PDS möglichst klar herauszuarbeiten, ist es sinnvoll, die PDS mit rechtsextremistischen Parteien wie DVU, REP und NPD zu vergleichen – und umgekehrt. Sinnvolle Vergleiche bedeuten entgegen manchen Mißverständnissen oder gar Irreführungen vor allem keine Gleichsetzung, sondern offenbaren üblicherweise neben Analogien auch Unterschiede.

Beide, PDS und rechtsextremistische Parteien, betreiben eine pauschalierende Agitation gegen die „Altparteien“ und ihre Vertreter. Ziel dabei ist es offensichtlich, Parteien und Politiker pauschal als inkompetent und korrupt zu diffamieren. Ihre Distanz zu unserer primär repräsentativen Demokratie betont die PDS z.B. mit dem Satz, der „außerparlamentarische Widerstand“ sei ihr am wichtigsten. Um sich sogar als besonders demokratisch zu gerieren, fordern rechtsextremistische Parteien und PDS mehr plebiszitäre Elemente. Vielfach verwischen beide, PDS und rechtsextremistische Parteien, klare Unterschiede zwischen freiheitlicher Demokratie und Diktaturen. Ähnlich wie die rechtsextremistische Parteien, moniert *Gysi*, die Bundesrepublik habe einen „totalitären Machtanspruch“. Verunglimpfend erklären rechtsextremistische Parteien, die Bundesrepublik Deutschland sei ein „Unrechtsstaat ohne Konzentrationslager und physische Vernichtung“.

Ähnlich wie die PDS beklagen rechtsextremistische Parteien „Sozialabbau“ und „Haifisch-Kapitalismus“. Zugleich fordern rechtsextremistische Parteien – anders als PDS – die ausufernde Staatstätigkeit insgesamt zu reduzieren. Allerdings versucht auch die PDS seit einiger Zeit, sich als Interessenvertreter von Unternehmern zu präsentieren – vor allem von solchen, die aufgrund ihrer DDR-Vergangenheit nach 1989/90 beinahe gezwungen waren, sich selbständig zu machen, etwa als Gastwirt. Beide, rechtsextremistische Parteien und PDS, diffamieren die „Soziale Marktwirtschaft“ als „Kapitalismus“ – und unterschlagen dabei, daß die Staatsquote in Deutschland derzeit bei rund 50% liegt, daß also rund 50% dessen, was alle Beteiligten offiziell erwirtschaften, staatlich umverteilt wird. Wie die PDS gestrickt ist, unterstreicht sie auch mit ihrer Forderung, Empfänger von Sozialleistungen seien von der „entwürdigende(n) Bedürftigkeitsprüfung“ zu befreien. Jetzt droht die PDS – nach Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – auch in Berlin massenweise Investoren in die Flucht zu schlagen.

Im Unterschied zu DVU, REP und NPD ist die PDS gesellschaftlich breit und tief verwurzelt. Die PDS ist stark im vorpolitischen Raum verankert, verfügt in der ehemaligen DDR zudem über große publizistische Unterstützung und ein breites Reservoir an eigenen Massenmedien. Überdies ist die Partei wesentlich mitgliederstärker

als es alle rechtsextremistischen Parteien jeweils sind. Spitzenvertreter der PDS bekommen und nutzen überdies häufig die Chance, sich im Fernsehen zu präsentieren. Allein in „Talk im Turm“ ist *Gregor Gysi* 15 Mal aufgetreten – niemand diskutierte häufiger in dieser Sendung mit dem ehemaligen Spiegel-Chefredakteur *Erich Böhme*; auch in vielen anderen Talkshows war der linksextremistische Politiker geradezu Stammgast. Hinzu kommt: Die Mehrzahl der Medien schont die PDS, wie qualitative Medieninhaltsanalysen herausgearbeitet haben. Vor allem die politischen Inhalte der PDS untersuchen Journalisten viel seltener und weniger gründlich als jene der anderen Parteien – insbesondere seit die SPD mit der PDS in Sachsen-Anhalt kollaboriert.

Anders als die REP ist die PDS eine umbenannte Diktaturpartei. In der PDS versammelt sich der harte Kern der SED. Um von der eigenen Geschichte abzulenken, diffamiert die PDS jene, die sich für die Vergangenheit der PDS interessieren, gerne als „Kalte Krieger“. Im Widerspruch dazu ist es wichtig, nicht nur zu fragen, welche Geschichte die PDS hat, sondern gerade auch, wie sie sich heute darüber äußert – ohnehin ist es bezeichnend, daß die Neo-SED bis heute jene als „Kalte Krieger“ diffamiert, die sich weigern, Menschenrechtsverletzungen zu verharmlosen oder gar zu vertuschen. Nivellierend bekundet zudem nicht irgendein Vertreter der „Kommunistischen Plattform“ oder des „Marxistischen Forums“, sondern *Gysi* höchst selbst: „An der Grenze zwischen Bayern und Österreich sind in den letzten 40 Jahren über 50 Menschen erschossen worden; der Schießbefehl an der Grenze gehört – leider – zur Souveränität eines Staates.“ Die PDS-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, *Rosemarie Hein*, weigert sich, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen, nennt die Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 lediglich einen „Fehler“ und will sich, um zu nivellieren, auch für die toten Grenzsoldaten entschuldigen. Die PDS hält die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik für das „friedlichere“ Deutschland.

Rechtsextremistische Parteien unterstellen, Ergebnisse zeithistorischer Forschung gründeten üblicherweise auf der „Kriegspropaganda der Siegermächte“ und sogar auf „Fälschungen“. Die PDS fordert, die Geschichte der DDR sei „sachlich, differenziert“ zu erörtern. Was die PDS allerdings darunter versteht, enthüllen gerade auch zahlreiche Verfassungsschutzberichte. So beklagte *Bisky*, die Niederschlagung des ersten Volksaufstandes im Ostblock am 17. Juni 1953 in der DDR sei illegitim gewesen, um kurze Zeit später *Ulbricht* als „großen Staatsmann“ zu loben. In SED-Manier verteidigt eine andere PDS-Spitzenfunktionärin die Berliner Mauer als „Maßnahme zur Grenzbefestigung ... die dem lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende“ gesetzt habe. Überhaupt legitimiert die PDS die SED-Diktatur gerne mit dem Hinweis auf die feindliche Umgebung, die einen „demokratischen Kommunismus“ verhindert habe, den *Timothy Garton Ash* wiederum als „gebratenen Schneeball“ bezeichnet.

Ähnlich wie rechtsextremistische Politiker lobt *Täve Schur*, Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion, die Beschäftigungspolitik *Hitlers* (Autobahnbau und Aufrüstung), ohne darauf hinzuweisen, daß diese vor allem darauf zielte, den Angriffskrieg und massenhaften Judenmord vorzubereiten. Zudem verharmlosen PDS und rechtsextremistische Parteien den millionenfachen Judenmord im „Dritten Reich“: Pauschalierend insinuierten rechtsextremistische Parteien, die bisherige Erforschung des

nationalsozialistischen Judenmordes sei unwissenschaftlich betrieben worden; die Partei *Gysis* betont statt des massenhaften Judenmordes die kommunistischen Opfer des „Faschismus“. Die DDR war für die PDS vor allem lediglich ein „legitimer Sozialismus-Versuch“ – ein Versuch, der die Lebenschancen vieler Menschen zerstörte und viele Menschen auch physisch vernichtete. Gescheitert sei die DDR lediglich deshalb, weil einige Führungsfiguren versagt hätten.

Während rechtsextremistische Politiker grob apologetisch erklären, *Hitler* habe sich in den Zweiten Weltkrieg „treiben lassen“, glorifiziert die PDS bis heute *Lenin* und die Oktoberrevolution von 1917, als die Kommunisten in Rußland begannen, massenhaft Menschen zu ermorden und damit einen autoritären Polizeistaat durch eine totalitäre Diktatur ersetzen. Deshalb ist es auch besonders unzureichend, wenn sich die PDS, um Legitimität zu gewinnen, lediglich vom Stalinismus distanziert; analog distanzieren sich Spitzenfunktionäre rechtsextremistischer Parteien zuweilen von *Hitler* – und äußern zugleich Sympathien für die „linke“ NSDAP um die Brüder *Strasser* und den italienischen Faschismus. Außerdem diffamiert die PDS die Wiedervereinigung als „Anschluß“ – und insinuiert dabei Parallelen zwischen dem Wiedervereinigungs-Kurs nach Artikel 23 (für den die breite Mehrheit der Wähler 1990 in mehreren freien Wahlen votierte) und der Politik *Hitlers* gegenüber Österreich 1938. Die rechtsstaatliche Auseinandersetzung mit Verbrechen in der DDR nennt die PDS gerne „Siegerjustiz“ – analog agitieren rechtsextremistische Parteien gegen die rechtsstaatliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des „Dritten Reichs“.

Um von der eigenen Demagogie und Agitation abzulenken und Legitimität zu gewinnen, distanzieren sich einzelne PDS-Spitzenfunktionäre gelegentlich von der DDR – auch rechtsextremistische Parteien bekunden mitunter, das „Dritte Reich“ sei ein „Unrechtsstaat“ gewesen, den sie aber vielfach beschönigen. Beide, rechtsextremistische Parteien und PDS, versuchen davon, daß sie Diktaturen beschönigen, abzulenken, indem sie darauf verweisen, auch in den Reihen der verfassungstreuen Parteien hätten sogar Spitzenpolitiker zuweilen Diktaturen verharmlost – doch sind solche Entgleisungen bei rechtsextremistischen Parteien und der PDS die Regel, in den verfassungstreuen Parteien hingegen die Ausnahme, was rechtsextremistische Parteien und die PDS jedoch hinwegnivellieren wollen; beide versuchen auch darüber hinwegzutäuschen, daß es einen Unterschied macht, ob sich Bürger, die sich in Diktaturen kompromittiert haben, später bei rechtsextremistische Parteien bzw. der PDS engagieren oder in einer verfassungstreuen Partei.

Rechtsextremistische Parteien und die PDS bedienen sich einer populistischen Agitationsweise und einer teilweise äußerst rüden, kompromißlosen Sprache (das alles in ihren Programmen, mehr noch aber in diversen mündlichen Äußerungen ihrer Spitzenfunktionäre). Während sich die Agitation der PDS vor allem gegen „Kapitalisten“ richtet, wenden sich rechtsextremistische Parteien neuerdings nicht nur gegen Juden und Ausländer, sondern ebenfalls gegen „Kapitalisten“. Rechtsextremistische Parteien und PDS insinuiieren oder betonen, die „Kapitalisten“ bzw. Juden und „die“ Ausländer seien haupt- oder gar alleinverantwortlich für Probleme wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Umweltverschmutzung. Die grob vereinfachte Sündenbock-Agitation rechtsextremistischer Parteien und der PDS bietet die Basis, um rigide Lösungen zu fordern.

Beide, PDS und rechtsextremistische Parteien, verfechten außen-, sicherheits- und europapolitisch schließlich einen Wagenburg-Nationalismus, der primär auf nationale Abschottung zielt, wobei rechtsextremistische Politiker in ihrer Agitation den territorialen Status-Quo insofern überschreiten, als sie die Wiedervereinigung „Teil-Vereinigung“ nennen; beide polemisierten in den 1990er Jahren gegen Kriege der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft, die darauf zielte, den irakischen bzw. serbischen Aggressor aus Kuwait, Bosnien bzw. dem Kosovo zurückzudrängen. Beide befeißigen sich eines rüden Antiamerikanismus, der sich vor allem bei der PDS, aber auch bei rechtsextremistischen Parteien mit Antikapitalismus verbindet; insbesondere hätten die USA der Bundesrepublik nach 1945 ein politisches System aufgezwungen.

Während die PDS das linksextremistische Lager klar dominiert, konkurrieren auf dem rechtsextremistischen Flügel mehrere Parteien miteinander, deren Wählerpotential sich stark ähnelt. Gerade auch weil das rechtsextremistische Lager zersplittert ist, mangelt es den einzelnen Parteien dieses Lagers an politischen Erfolgen – die Zersplitterung des rechtsextremistischen Lagers in Deutschland könnte durch das Verbot einer rechtsextremistischen Partei fatalerweise verringert werden. Anders als die rechtsextremistischen Parteien verfügt die PDS mit der SPD (vor allem in Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern) über einen politischen Kooperationspartner sogar aus den Reihen der verfassungstreuen Parteien, der dazu beiträgt, die extremistische Partei zu etablieren und zu akkreditieren.

Die Wählerpotentiale der rechtsextremistischen Parteien und der PDS haben mehrere Gemeinsamkeiten. Unter anderem sind die Wähler besonders kirchenfern. Beide, PDS und rechtsextremistische Parteien, profitieren besonders von schwindenden Kirchenbindungen, wobei die SED in den 40 Jahren ihrer diktatorischen Herrschaft in Ostdeutschland Kirchenbindungen nachhaltig zerschlagen hat. Im Unterschied zu Wählern rechtsextremistischer Parteien, deren Mehrzahl nur über eine geringe formale Bildung verfügt, liegt das formale Bildungsniveau der meisten PDS-Wähler über dem Durchschnitt. Wie stark die Wähler rechtsextremistischer Parteien und der PDS indes einander auch ähneln, unterstreicht die Tatsache, daß rund 23% derer, die 1998 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt der rechtsextremistischen DVU ihre Zweitstimme gaben, mit der Erststimme die PDS wählten, wobei die ferngesteuerte Briefkasten-Partei DVU bezeichnenderweise keine Wahlkreis-Kandidaten aufgestellt hatte.

Interessant ist auch: Während rechtsextremistische Parteien zuletzt stark auch aus dem Wählerpotential „linker“ Parteien schöpften, läßt sich die PDS kaum begründet als Arbeiterpartei bezeichnen. Zum Beispiel stimmten 1994 bei der Bundestagswahl 14% der Arbeiter für die PDS, 45% für die CDU und 32% für die SPD. Vor allem hat die PDS wesentlich mehr treue Stammwähler als rechtsextremistische Parteien – und deshalb kontinuierlichere, höhere Wahlergebnisse.

Die PDS (und auch die SPD) profitiert heute insbesondere auch davon, daß der Kommunismus lange Zeit kaum gründlich erforscht bzw. öffentlich diskutiert wurde, wohingegen der Nationalsozialismus vor allem seit Kriegsende sorgfältig und umfassend analysiert wird. Eine stärkere Auseinandersetzung nicht nur mit dem Nationalsozialismus, sondern auch dem Kommunismus kann dazu beitragen, den antiextre-

mistischen, antitotalitären Grundkonsens zu stärken bzw. wiederzubeleben. Deswegen ist das „Schwarzbuch des Kommunismus“ und die öffentliche Debatte darüber auch so wichtig. Wesentlich ist es, den Kommunismus, dem 100 Millionen Morde anzulasten sind, mit den selben politisch-historischen Maßstäben zu messen wie den Nationalsozialismus – ohne zu beschönigen oder Ungleiches gleichzusetzen.

Weil *Schröder* seine Koalitionsoptionen erweitern will, versucht er nun auch in Berlin, mit der PDS die CDU dauerhaft in die Opposition zu drängen. Gerade in der vormals geteilten Stadt will *Schröder* testen, inwieweit es ihm gelungen ist bzw. künftig gelingen kann, auch Westdeutsche an die PDS zu gewöhnen. Wesentlich dabei ist: Wer wie *Schröder* mit der PDS kollaboriert, verläßt endgültig die politische Mitte. Allerdings wird *Schröder* versuchen, sich gerade wegen seiner Kollaboration mit der PDS als Politiker der Mitte zu präsentieren – zwischen der „linken“ PDS und den angeblich „rechten“ Unionsparteien.

Um von der SPDS-Mesalliance abzulenken, argumentiert die SPD, die PDS sei doch demokratisch gewählt. Dieses Argument gilt aber auch für rechtsextremistische Parteien in Deutschland (und die FPÖ in Österreich). Vor allem sind weder rechts-extremistische Parteien noch die PDS, wie einige jetzt behaupten, „normale“ Parteien. Weil sie keine normalen Parteien sind, sondern extremistisch, beobachtet sie auch der Verfassungsschutz. Gerade deshalb ist es ein besonders einmaliger Vorgang, daß ein Bundeskanzler eine Koalition seiner Partei mit einer extremistischen Partei einfädelt, die sein Innenminister zurecht beobachten lassen muß. Zudem ist die PDS keinesfalls „die“ Ost-Partei, wie manche glauben machen wollen: Nur eine Minderheit der Ostdeutschen gibt der Partei ihre Stimme.

Selbstverständlich gibt es keine Patentrezepte mit Erfolgsgarantie, wie mit extremistischen Parteien und Politikern umzugehen ist. Kein Allheilmittel gegen extremistische Parteien, aber besonders wichtig ist: Die verfassungstreuen Parteien müssen differenziert und mit gelassener Entschlossenheit jene Probleme möglichst lösen, die aus der Sicht der Wähler extremistischer Parteien primär gelöst werden müssen. Besonders schwierig ist es allerdings, der PDS Wähler abzuführen. Denn zum einen ist die Partei besonders schlagkräftig, mobilisierungsfähig und hat, zumindest in Ostdeutschland, mehr Stammwähler als jede andere Partei. Zum anderen ist es 1993 durch die Asylrechts-Änderung gelungen, mit differenzierter Politik reale Probleme wirksam zu bekämpfen und REP damit stark zu schwächen. Die vielschichtigen Probleme (des Strukturwandels, der Investitionsschwäche und Arbeitslosigkeit) in Ostdeutschland lassen sich hingegen schwerlich mit einer Grundgesetz-Änderung oder überhaupt allein mit politischen Maßnahmen stark reduzieren. In der Auseinandersetzung mit der PDS ist also langer Atem gefragt, ist es erforderlich, besonders dicke Bretter zu bohren, um die Partei stärker zu enttarnen statt zu maskieren. Höchst fraglich ist schließlich, wer mittel- und langfristig mehr von der Kooperation profitiert: Die PDS oder die SPD? Bereits *Fontane* schrieb einst: „Wer ein Gespenst großzieht, den bringt es eines Tages um.“

Dr. Harald Bergsdorf ist Politikwissenschaftler und arbeitet im thüringischen Innenministerium.

Medienethik im Mediensystem

Wir erleben eine Hochkonjunktur des Moralischen. Doch leider hat das nur äußerst selten mit einer Hausse der wissenschaftlichen Reflexion von Moral, der Ethik zu tun. Viel eher als um eine Hochkonjunktur der Ethik oder der Moral handelt es sich um eine Hochkonjunktur des Moralisierens und Polemisierens. Kein Tag vergeht, an dem nicht nach einer Wiederentdeckung der Sekundärtugenden gerufen würde, kein Tag im Medienalltag, an dem nicht neue Vergehen von Medienakteuren zum Skandal stilisiert würden, keine Stunde, in der nicht rast- und ruhelose Moralapostel auf der Suche nach Aufdeckungswürdigem wären.

Nichts scheint im Moment unkämpfter als „die Moral von der Geschichte“. Was wunder, daß eine Reihe von Autoren auf den diagnostizierten „Ethikbedarf“ (vgl. *Haller/Holzhey*, Medien-Ethik, 1992; *Debatin*, Medienethik als Steuerungsinstrument?, 1997) mit Veröffentlichungen von durchaus unterschiedlicher Qualität reagieren. Ob ein Bedarf an Medienethik in den 90ern so stark gestiegen ist, wie die Häufigkeit der Frage nach der Medienethik suggeriert, kann hier nicht geklärt werden. Gefragt werden muß hingegen, ob die publizierten Antworten sich die Mühe machen, sich gründlich mit ihrem Gegenstand und der Rückbindung einer „Bindestrich-Ethik“ an das Ganze der ethischen Fragestellung auseinanderzusetzen.

Klaus Wieglerling: Medienethik. Stuttgart/Weimar: Metzler 1998 (Sammlung Metzler; Bd. 314), 250 S., ISBN 3-476-10314-5.

Klaus Wieglerling (Jg. 1954), freier Autor und Lehrbeauftragter an mehreren Universitäten, macht gleich am Anfang seines kleinen Handbuchs klar, daß es bei Medienethik nicht um die „Neubegründung einer ethischen Theorie“ gehe, auch nicht um die „Neubegründung einer Normen- oder Wertlehre“, sondern um „eine Spezifikation ethischer Fragestellungen.“ (S. 1) Medienethik ist für ihn eine deskriptive Form der Ethik, weil es ihm um das Verhalten der Menschen angesichts geänderter medialer Bedingungen gehe. Medienethik „ist also weniger normbegründend als vielmehr Verantwortlichkeit sensibilisierend.“ Zweitens sieht er in der Medienethik ein emanzipatorisches Element, da sie sich „mit der Kritik der bestehenden Moral beschäftigt.“ (ebd.) Schon hier, bei der Verschränkung der Termini Ethik und Kritik, entsteht ein Verdacht, der sich bei der Durchsicht des ganzen Buches durchaus bestätigt: Der Autor *Wieglerling* verwendet einen besonders weit gefaßten Begriff von Ethik bzw. Medienethik, der es ihm erlaubt, sehr viele Perspektiven und Einzeldiskurse einzubeziehen. Umgekehrt gerät eine so gravierende Aufweichung des Begriffs in die Gefahr, eine einende Mitte zu verlieren und ins Metaphorisch-Amorphe abzugleiten.

In seiner programmatischen Einleitung versteht der Autor mediengebundenes Handeln als gesellschaftliches Handeln schlechthin. Ohne Medien keine Kultur, lautet sein Credo. So bestimmt *Wiegerling* Medienethik als die Disziplin, die (1) den Zusammenhang zwischen medialem Ausdruck und dem menschlichen Verhalten untersucht (was ja auch die Medienwirkungsforschung könnte), dabei aber (2) medienbedingtes Verhalten auf seine Verantwortbarkeit befragt. Sein drittes Kriterium lautet, Medienethik versuche, die „Ausführungsbestimmungen ethischer Gebote unter medialen Gesichtspunkten zu beleuchten“ – eine Wendung, die (ohne nähere Erläuterung) bloße Leerformel bleibt.

Für die berufsständische Ethik fallen *Wiegerling* fünf Rubrizierungen ein: journalistische Ethik, Medienwirtschaftsethik, Informationsethik, Wissenschaftsethik und pädagogische Ethik. Während „journalistische Ethik“ unmittelbar einleuchtet (schon deshalb, weil fast immer sie gemeint ist, wenn von Medienethik die Rede ist), erschließt sich die Unterscheidung der übrigen Rubriken nicht ohne weiteres. Medienwirtschaftsethik ist, so der Autor, die Ethik der Medienmanager, Programmverantwortlichen, der Soft- und Hardwarehersteller; Informationsethik betreffe Dokumentare und Informations-Manager (wen er da meinen mag?), allerdings auch Programmierer, Computerwissenschaftler – all jene, „die die technischen Voraussetzungen für Medien schaffen“.

Auch wenn *Klaus Wiegerling* dieser Rubrizierung voranstellt, sie umfasse fünf „einander durchaus überschneidende Felder“, so wird dadurch noch nicht einsichtig, warum Medienwirtschaftsethik und Informationsethik, die in etwa das gleiche meinen, in der Betrachtung getrennt werden müssen. Es sei denn, diese stünde ganz und gar für den Inhalt der Medien, jene aber für deren Technik. Fast überflüssig anzumerken, daß es eine solche Trennung – wenn überhaupt – nur hypothetisch gibt: Die Entkopplung von Form und Inhalt ist empirisch – auch und vor allem in den Handlungsrollen des Medienalltags, auf die es hier ja ankommen soll – nirgends zu ‚besichtigen‘.

Der deutlichste Vorzug des ‚kleinen Handbuchs‘ ist *Wiegerlings* gleich zu Anfang (S. 5) geäußerte Positionierung gegen ein Zerfallen der Ethik in sogenannte Bereichs- oder Bindestrich-Ethiken. Er stellt dazu klar: „Es ist zwar richtig, daß in jedem Bereich des menschlichen Verhaltens besondere Ausführungsbestimmungen für ethische Gebote gelten, nicht aber, daß jeder Bereich einer besonderen Ethik bedarf.“

Bei seinem Versuch, dieses im Definitivischen entfaltete Programm aufzuarbeiten, verfällt *Wiegerling* auf einen bemerkenswerten Trick: Statt – wie viele Autoren vor ihm – eine medienethische Darstellung aus der medienethischen Theorie abzuleiten, stellt der Autor die medienethische Frage an aktuelle medientheoretische und medienphilosophische Theoriebestände (respektive Theorieversatzstücke). So beginnt er bei den Entwürfen von *Walter Benjamin*, *Hannah Arendt*, *Ludwig Wittgenstein* und *Ernst Cassirer* (dessen Bedeutung für den medientheoretischen Diskurs noch immer nicht klar genug erkannt wurde), geht über die Schrift- und Bildtheorien bis hin zu Theorien der Massen- und der Hypermedien. Diese Ausweitung des Blickfelds überrascht. Leider – und damit war zu rechnen – bleiben die meisten von *Wiegerlings* Applizierungsversuchen im Vorläufigen

und Oberflächlichen stecken. Nehmen wir als Beispiel seine Darstellung der Arbeiten *Kittlers*, die lediglich Anklänge medienethischer Fragestellungen offenbart. Allein: *Kittlers* Diskurs verweigert sich einer Systematisierung im medientheoretischen Gebäude, das *Wiegerling* zwar qua Systematisierung zu errichten behauptet, ohne diese Behauptung ernsthaft einlösen zu können. Wie sollte er auch, denn nicht umsonst existieren handfeste Sprach- und ‚Übersetzungsprobleme‘ zwischen Theoriezweigen, die sich auch von einem dritten Beobachterstandpunkt (dem des Autors) nicht leichthin beiseite schieben lassen.

Was *Wiegerling* geradezu meisterhaft beherrscht, ist die Synopse der aktuellen Medientheorie unter ethischer Fragestellung. Das ist nur etwas ganz anderes, als eine Medienethik zu schreiben. Und dennoch: Der Autor macht bewußt, daß viele der *Flussers*, *Virillios*, *Baudrillard*s, *Kittlers* etc. sich nicht nur indirekt auf ethische Fragen beziehen. *Wiegerlings* Fokussierung offenbart, daß diese Autoren vielmehr dazu neigen, Medienethik als Fluchtpunkt und demonstrativen Effekt zu nutzen! Vor dem Hintergrund (längst zerfallener?) anthropologischer Muster setzen sie medienethische Pointen ein, ohne „Ethik“ jemals bewußt als Begriff zu verwenden („Gott bewahre!“). Gewissermaßen als Bonus (heute sucht man ja gern am sogenannten „Zusatznutzen“) ist der vorliegende Band ein *Vademecum* durch die Untiefen und vor allem die Platitüden neuester Theorieentwürfe – und das manchmal so unterhaltsam, daß sich der Band (vgl. S. 146f. über *Norbert Bolz*) schon deswegen lohnt.

Peter Voß: Mündigkeit im Mediensystem. Hat Medienethik eine Chance? Anmerkungen eines Verantwortlichen zur Theorie und zur Praxis der Massenmedien. Baden-Baden: Nomos 1998, 200 S., ISBN 7890-5692-8.

Von ganz anderer Art ist die Arbeit von *Peter Voß* (geb. 1941), dem Intendanten des Südwestrundfunks und derzeitigen ARD-Vorsitzenden. Hier schreibt ein Medienmacher, der zwar auf einen wissenschaftlichen Textapparat zurückgreift, aber kaum den Anspruch erhebt, ein wissenschaftliches Werk vorzulegen, wohl aber, „sich in den aktuellen Diskussionprozeß der Medienwissenschaften einzubringen.“ (S. 10) Und warum gerade zu diesem Zeitpunkt? *Voß* begründet das auf zwei Ebenen: Zum einen seien seine Formulierungen Antworten auf die Fragen, welche die Studierenden an der Karlsruher Hochschule für Gestaltung ihm, dem nebenamtlichen Professor, gestellt hätten. Zum anderen habe ihm das den Anlaß geboten, jene theoretischen Überzeugungen zu verbalisieren, denen er „jahrein jahraus“ gefolgt sei, „ohne es zu wissen und ohne sie zu überprüfen“.

Mit dem Radikalen Konstruktivismus tut *Voß* sich besonders schwer und bescheinigt ihm ein massives Ethikdefizit. *Heinz von Foersters* Imperativ „Handele so, daß neue Möglichkeiten entstehen!“ sei unzureichend. Eine solches Fazit kann *Voß* allerdings – bei *von Foerster* ebenso wie wenige Seiten später bei *Luhmann* – nur ziehen, weil er von Konstruktivismus und Systemtheorie Antworten auf Fragen erwartet, die diese sich weder stellen, noch zu beantworten vorgeben. Die Frage „Wo bleibt der Mensch bei *Luhmann*?“ ist aber nicht nur falsch gestellt, sondern wird auch gern als Schreckgespenst instrumentalisiert.

Ein wissenschaftliches Buch hat *Peter Voß* schon deshalb nicht geschrieben, weil es ein durch und durch subjektives Buch ist. *Voß* versucht in der Tat, seine Position zu plausibilisieren. Hier schreibt ein Journalist mit Gewissen, ein Intendant, ein Medienmanager, nicht ein Wissenschaftler – soviel ist klar. *Voß* sucht Halt an den theoretischen Entwürfen, um sich (und den Seinen) Ex-post-Rationalisierung zu verschaffen: Jetzt – auf dem Gipfel der Macht – die Frage nach der Medienethik! Vorher hätte wahrscheinlich keiner zugehört.

Bloßes Debattieren über den Werteverfall ist ihm zuwider, er will vielmehr statt einer ethischen Norm eine operationalisierbare Moral. Und das – so *Voß* – setze nun einmal Sanktionierungsmöglichkeiten voraus: Ohne Sanktionen keine Moral! Nun ist *Voß* gewiß kein ‚Scharfmacher‘. Das paßt ganz und gar nicht zu seiner hanseatischen Zurückhaltung. Man muß ihn hier eher logisch widerlegen, denn mit den Sanktionen ist das so eine Sache: Unmoralisches Handeln ist – gegenüber ungesetzlichem Handeln – eher dadurch gekennzeichnet, daß es zwar gegen die geltende Moral (je nach Kontext) oder die Idee des Sittlichen verstößt, daß dieser Verstoß jedoch nicht ohne weiteres sanktioniert wird/werden kann. Sicher, auch die Moral hat ihre Mechanismen, zumal die vorherrschende. *Voß*‘ schnelle Kopplung von Moral und Sanktion bleibt dennoch fragwürdig.

Lars Rademacher, M.A., ist Redakteur des Medieninformationsdienstes nordpress in Hannover und Online-Redakteur des www.pr-guide.de.

Besprechungen

Katholische Soziallehre

Wer sich über den Stand, den Gehalt, den Ausgangspunkt und die Ziele der katholischen Soziallehre informieren will und die flüssige, kurzweilige Darstellung schätzt, ist mit dem Buch von A. Saberschinsky bestens bedient.

Alexander Saberschinsky, Warum die Guten nicht die Dummen sind. Katholische Soziallehre heute, Tri-er (Paulinus-Verlag) 1999. 184 S. (ISBN 3-7902-0086-7)

Es greift nicht zu weit aus, so daß der Leserschaft eine ermüdende Materialschlacht erspart bleibt, vermittelt aber Daten genug, die zeitgenössische Lebenswelt aus religiöser Perspektive in den Blick zu bekommen. Damit ist bereits gesagt, wie der Vf. Methodisch vorgeht:

Gestützt auf die Prinzipien des christlichen Menschen- und Gesellschaftsbildes, die sorgfältig vorgestellt werden, nimmt er den Dialog mit den Gegebenheiten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens auf, um sie im Licht des Glaubens zu deuten. Das geschieht auf sehr behutsame, gleichwohl zupackende Weise im Rahmen von fünf Problemfeldern: Jedes gibt schon für sich Einblick in den komplexen Zusammenhang von Politik, Wirtschaft und Weltanschauung; miteinander dienen sie zur Sichtung des globalen sozialen Zustands zu Beginn des dritten Jahrtausends.

Der Vf. klärt zunächst die grundlegende Frage, was katholische Soziallehre eigentlich will, was sie soll und woher sie ihre Kompetenz nimmt; man könnte von einer Art Grundkurs

im Blick auf fachspezifische Diktionen und Quellen sprechen. Der zweite Abschnitt bringt das Thema Menschenrechte zur Sprache, ein dritter behandelt die herausfordernde Frage, ob denn „mit Tugend noch Staat zu machen“ sei (91), und zwei abschließende Kapitel sind den Phänomenen Arbeitslosigkeit und Globalisierung gewidmet. Alle fünf Segmente bieten Informationen über die wichtigsten Äußerungen der katholischen Soziallehre seit der Aufklärung sowie über die Entwicklung und den Stand der Dinge im Bereich der wirtschaftlichen und weltanschaulichen Öffentlichkeit. Was die Darstellung Saberschinskys besonders auszeichnet, ist das ausgewogene Verhältnis zwischen Problemanzeige und Problemlösung.

Der Vf. versteht sich nicht als neutraler Analytiker, sondern er bezieht Stellung. Seine eigene Meinung wird offen auf den Tisch gelegt und begründet. Beachtung finden auch heikle Punkte, etwa die Frage, ob und wie aus religiösen Vorgaben – konkret der Bergpredigt – handlungsleitende sozialpolitische Weisungen zu gewinnen sind, oder was es mit der Tatsache auf sich hat, daß im neunzehnten Jahrhundert bezüglich des Menschenrechtsgedankens vom päpstlichen Lehramt eine Position vertreten worden ist, die aus heutiger Perspektive „die Haare sträuben“ macht (84). Der Vf. verteidigt die damalige kirchliche Position, tut es aber nicht mit Hilfe billiger Apologetik; er benennt vielmehr die Frontstellungen, die die einschlägigen Aussagen konditioniert haben, und macht auf diese Weise die päpstliche Haltung erklärlich.

Natürlich brauchen Leser und Leserin nicht allen Urteilen im engagierten Opus Saberschinskys zuzustimmen.

Gerade weil bei ihm sachliches Denken mit Urteilsfreude einhergeht, wirkt die Lektüre des Buches anregend. Zum Beispiel kann man darüber streiten, ob sich das Ideal „unabänderlicher ethischer Norm“ so einfach der „faktischen gesellschaftlichen Situation“ gegenüberstellen läßt (vgl. 16-21; Zitate 17). War nicht zumindest die *Handhabung* der katholischen Lehre jeweils von konkreten gesellschaftlichen Zuständen abhängig? Auch die Tatsache der Globalisierung wirft wohl mehr Fragen auf, als der Vf. tatsächlich stellt – ganz zu schweigen von den möglichen Antworten (vgl. 141-175). Aber selbst ausgewiesene Experten haben mit der Problematik schwer zu kämpfen, und so ist man dankbar, eine couragierte Einführung zu erhalten.

Warum freilich sind – soviel darf der Rezensent sicher verraten – die Guten nicht die Dummen? *Saberschinskys* Studie gibt eine treffende Antwort: Da in der Welt von heute das ethische Gebot mehr denn je an das rational Notwendige appelliert, ist es ein Ausweis von Klugheit, sich gegen die Diktatur des Geldes zu stemmen (vgl. 160). Für die katholische Soziallehre bleibt dieser Zusammenhang zweifelsohne bestimmend; der vorgelegte Band trägt dazu bei, ihn zu präzisieren.

Bertram Stubenrauch

Familienpolitik

Bernhard Jans, André Habisch und *Erich Stutzer* haben eine opulente Festschrift herausgegeben, die *Max Wingen* zum 70. Geburtstag mit beinahe ebenso vielen Beiträgen ehrt wie der Jubilar Lebensjahre zählt. Die schiere Fülle überwältigt. Aber sie lädt doch zum Lesen ein, indem je-

dem Artikel Foto und Kurzlebenslauf des Autors vorangestellt worden ist.

Eine erste Orientierung – jenseits des die Vielfalt der Beiträge ordnenden Inhaltsverzeichnisses – bietet der lebendige Rückblick auf *Wingens* familienpolitisches und –wissenschaftliches Wirken, den *Lukas Rölli-Alkemper* souverän vorlegt (*Max Wingen* – ein Berufsleben an der Nahtstelle von Wissenschaft und Praxis der Familienpolitik). Spätestens nach Lektüre dieser 20 prall gefüllten Seiten versteht man den Titel der Festschrift

Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, hg. von Bernhard Jans, André Habisch und Erich Stutzer, Vektor-Verlag, Grafchaft 2000, 687 Seiten.

Max Wingen war und ist ein Leuchtturm in der familienpolitischen Landschaft Deutschlands. Immer hat er signalisiert, wo es lang gehen müßte und zur Orientierung beigetragen, wenn Fragen des Familienlasten- und des Familienleistungsausgleichs auf der Tagesordnung standen. Mit akribisch verfeinerter Scheinwerfertechnik hat er auch dichte Nebelwände durchdringen können, wenn der Primat der Ökonomie oder Vorbehalte gegenüber „überkommenen Institutionen“ die Anliegen von Ehe und Familie an den Rand drängen wollten.

Zu den akribisch verfeinerten Methoden zählt insbesondere *Wingens* Bereitschaft statistisch gesicherte Zahlengrundlagen zu schaffen. Damit ist es ihm nicht selten gelungen, die besondere Herausforderung zu meistern, daß beim Thema Familie „alle Leser Experten sind“, wie *Michael Hannich* in seinem Beitrag einleitend schreibt (*Michael Hannich*, Ehe & Familie heute bedeutungslos?).

Fünf Thesen mutet *Hannich* seinen Experten-Lesern zu – und die Ausführungen zu jeder These enden in Fragen oder Zwischenrufen, mit denen er die Kompetenz seiner Leser bewußt herausfordert: Schützt heute die Institution (Ehe) die Beziehung (Liebe) noch? Was ist Gegenstand staatlicher Politik oder auch kirchlicher Verkündigung – Institution oder Beziehung? Gibt es andere Institutionen (als Ehe und Familie), die eine Beziehung schützen können? Wer ist auf die lange Zweisamkeit (der Ehe in der Phase erwachsener Kinder) vorbereitet? Und wie kann man sich darauf vorbereiten? – dies sind nur einige der Fragen, die in *Hannichs* Beitrag das ansonsten eher „Enzyklopädische“ des Festschrift-Vorhabens konstruktiv durchbrechen. Sie machen deutlich: Auch 700 hoch kompetente Seiten geben keine abschließende Antwort auf die familienpolitischen Herausforderungen unserer Zeit.

Ehe und Familie stehen im Zentrum eines orkanartigen gesellschaftlichen Wandels, der an beiden Institutionen keineswegs spurlos vorübergeht. Wer den Gehalt der beziehungsreichen Institutionen schützen will, kann sich nicht schlicht auf den eingefahrenen „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ verlassen, den das Grundgesetz einfordert.

Sehr faktenreich unterstreichen *Franz Ruland* und *Ulrich Bieber* (Trends und Fakten zur Sicherung von Ehegatten in der gesetzlichen Rentenversicherung) die These des Wandels und seiner Bedeutung mit Blick auf die sozialen Sicherungssysteme. Sie konstatieren zusammenfassend – leider zutreffend –, daß sich mit der „durch Modernisierungsprozesse hervorgerufenen Funktionsveränderung

der Ehe gleichzeitig ihr Auflösungsrisiko erhöht“ hat. Anschaulich und übersichtlich stellen sie Ergebnisse jener Studien dar, die in jüngster Zeit wesentliche Befunde zur Altersvorsorge von Eheleuten zusammengetragen haben. Unterschiede zwischen Männern und Frauen, geschieden oder verwitwet, werden sichtbar, vor allem aber Unterschiede zwischen Eltern und kinderlosen Senioren. „In den alten Bundesländern besteht ein negativer Zusammenhang zwischen der Zahl der Kinder und der Höhe der GRV-Anwartschaften.“ – Familie als Altersarmutsrisiko. Kein Wunder, daß die Zahl der Kinder nicht steigt!

Bernhard Laux knüpft an diese Ergebnisse an, wenn er schreibt: „Die Bereitschaft zur Familiengründung und die Lebensbedingungen von Familien hängen in starkem Maße davon ab, daß man es Eltern erlaubt und ermöglicht, nicht nur Eltern zu sein, sondern sich auch an anderen Lebensbereichen zu beteiligen, und zugleich in anderen Lebensbereichen berücksichtigt, daß sie auch Eltern sind.“ Sehr einfühlsam analysiert er den Zusammenhang zwischen Frauenleitbildern und Familienfragen, ein Zusammenhang, der ja für die Entwicklungsgeschichte der deutschen Rentenversicherung ebenfalls von großer Bedeutung ist.

Neben *Bernhard Laux*, der den Blick über die deutschen Grenzen schon hinauswirft, finden sich in der Festschrift weitere zehn Beiträge, die gezielt den internationalen Vergleich der familienpolitischen Vorgehensweisen thematisieren. Sie machen noch einmal besonders die Leuchtturm-Funktion *Wingens* deutlich, der seit einigen Jahren die internationalen Kontakte und den vergleichenden Austausch aktiv gesucht hat, weil nur

so eingefahrene Denkmuster und Quasi-Gesetzmäßigkeiten überwunden werden können, die Entwicklungen zum Wohle der Familie allzu oft behindern.

Interessant ist unter den internationalen Beiträgen nicht zuletzt der Artikel über unser kleines Nachbarland Luxemburg von *Michel Neyens*. Kenntnissreich zeichnet er die luxemburger Familienrechtsgeschichte nach und macht dabei dem deutschen Leser den Vergleich leicht.

Es erweist sich, daß kleine Länder es gelegentlich einfacher haben, bei der Umsetzung internationaler Konventionen ihre eigene Sichtweise zu erhalten: „Mit dem Gesetz vom 20. Dezember 1993 wurde die UN-Kinderrechtskonvention ins luxemburger Recht eingeführt. Dies geschah mit einigen Interpretationsvorbehalten. ... Ein durch Blutschande geborenes Kind kann nur von einem Elternteil anerkannt werden, um somit diese Schande nicht in aller Öffentlichkeit preisgeben zu müssen. Auch wurde ein Vorbehalt gegenüber der Schwangerschaftsabbruchgesetzgebung sowie für die Aufrechterhaltung der anonymen Niederkunft im Interesse des Kindes festgehalten.“

In Deutschland ist die anonyme Geburt zur Zeit legal nicht möglich und die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Personenstandsgesetz erweist sich als kompliziert. Interventionen von verschiedener Seite erschweren hier eine Initiative, die vor allem verzweifelten Müttern und ihren Kindern helfen soll.

Der Blick über die Grenzen macht auch an diesem Punkte Mut – Resignation ist Sache des Jubilars nie gewesen.

Eva M. Welskop-Deffaa

Werte gegen Gewalt

Während *Viktor Frankl* bereits 1947 seinen bekannten Erfahrungsbericht „Ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager“ veröffentlichte und damit seinen subjektiven Widerstand gegen das Grauen nacherzählte, brauchte *Anna Pawelczynska* als Soziologin für ihre Aufzeichnungen „Werte gegen Gewalt“ fast drei Jahrzehnte, bevor sie 1973 in Polen erscheinen konnten.

Anna Pawelczynska, Werte gegen Gewalt. Betrachtungen einer Soziologin über Auschwitz. Mit einem Vorwort von Wladislaw Bartoszewski. Aus dem Polnischen von Jochen August. Verlag des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, Oswiecim 2001, 287 Seiten.

„Erst die Perspektive historischer Distanz, langes Nachdenken und die Ruhe des näherkommenden Alters ermöglichen, das Konzentrationslager in objektiven Kategorien zu betrachten“ (13). Inzwischen ist ihr Werk, mit einem aktuellen Vorwort des ehemaligen Auschwitz-Häftlings und früheren polnischen Außenministers *Wladyslaw Bartoszewski* versehen, im Verlag des staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, der auch die bekannten „Auschwitz-Hefte“ herausgibt, in deutscher Fassung erschienen.

Für die Autorin, die von August 1942 bis April 1945 Häftling des Gefängnisses Pawiak, des Konzentrationslagers Auschwitz (Häftlingsnummer 44764) und des Konzentrationslagers Flossenbürg (Häftlingsnummer 58642) war, ist die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft „nicht allein ein Drama der Häftlinge der Lager und der während des Zwei-

ten Weltkriege okkupierten Länder, sondern ebenso des durch ein degeneriertes Herrschaftssystem moralisch zugrunde gerichteten deutschen Volkes“.

So werden das Lagergeschehen und die Lagerordnung von Auschwitz leidenschaftslos und wie in einer Art wissenschaftlicher „Führung“ umfassend geschildert und analysiert. Alles erscheint wie die Realisierung eines Albtraums, der schon vor dem historischen Geschehen nicht wenige sensible Menschen heimgesucht hat. Das Wort *Pascals*, daß „der Mensch den Menschen unendlich übersteigt“, bekommt angesichts der Dimension des Verbrechens eine vorher nicht intendierte Bedeutung (so der Psychiater *A. Kepinski*).

Angesichts des „sozialen Experimentes“ (208) des Konzentrationslagers mit seinen verheerenden Folgen auch moralischer Art auf Seiten der Häftlinge verweist die Autorin auf objektive Werte, die die Selbstbehauptung unter diesen Bedingungen ermöglichen können (223ff). Auch gewohnte Kategorien von Recht und Gerechtigkeit wurden in Auschwitz gesprengt: „Der anonymen Masse, an der das Verbrechen des Völkermordes verübt wurde, kann nur die anonyme Masse der das Verbrechen verübenden Täter gegenübergestellt werden. Das Leiden und Sterben des Menschen wurde seiner individuellen Würde beraubt,

und die individuelle Tatverantwortung für ein durch einen Menschen verübtes Verbrechen wurde aufgehoben“ (239). Hier liegt auch die Unsicherheit über die Zahl der Opfer, seien sie Juden, Polen oder Sinti und Roma, begründet. *Anna Pawelczynska* weist auf die unterschiedliche Wahrnehmung des Nazi-Terrors in West- und Osteuropa und das westliche Unverständnis für die polnische Situation hin. Die deutsch-russischen Okkupanten vernichteten viele Dokumente, die die Ermordungen zahlenmäßig nachgewiesen hätten (ebd.). Deshalb muß um so dringender „in der ganzen Welt der Kampf um eine solidarische Haltung und um die vollständige gesellschaftliche Verurteilung aller Täter von Kriegsverbrechen und ihrer ideologischen Nachfolger fortgesetzt werden“ (16).

Alle Ausführungen und Schilderungen seien besonders jungen Leserinnen und Lesern zum Nachdenken empfohlen, denn „jede Generation muß selbst ihre Ziele bestimmen und die zu ihrer Realisierung führenden Wege abstecken“ (245). Bedauerlich ist allerdings, daß das (was bei Texten aus Polen nicht immer der Fall ist) von *Jochen August* hervorragend übersetzte und mit wissenschaftlichem Apparat versehene Werk nur direkt in Oswiecim beim staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau erhältlich ist.

Stefan Hartmann

